

Politische Berichte



19. Februar 1988
Jg. 9 Nr. 4

G 7756 D

Preis:
2,50

Also sprach Kurt Waldheim: Da mir die Gnade der späten Geburt nicht zuteil geworden ist, will ich immer nur das eine



Jahreswirtschaftsbericht: Bangemanns Ziel: „Attraktivität des Produktionsstandorts BRD erhöhen“ Seite 4



Türkei und Naher Osten: Wie man von einem Krieg profitiert, ohne selbst beteiligt zu sein Seite 12



ISDN: Billigere Fernmeldedienste der Deutschen Bundespost zur Förderung sich ändernder Produktionsverhältnisse Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Jahreswirtschaftsbericht: Bange-
manns Ziel: „Attraktivität des Pro-
duktionsstandortes Bundesrepublik
Deutschland erhöhen“ 4

Waldheim: Solange im Amt, wie
es der Reaktion recht ist? 7

Stahl-Tarifverhandlungen: Kür-
zere Arbeitszeit bei Lohnsenkun-
gen? 7

„Zukunft Berlins“: Provokationen
gegen die DDR und neue Perspek-
tiven für den Brückenkopf 8
Bundestag debattiert Zukunft Ber-
lins 9

Westeuropäische Militärpolitik
der BRD: Über das Bündnis mit
Frankreich zur militärischen „Neu-
ordnung Europas“ 10
WEU-Wiederbelebung und west-
deutsche Interessen 11

Auslandsberichterstattung

Türkei und Naher Osten: Wie
man von einem Krieg profitiert,
ohne selbst beteiligt zu sein 12
Geknechtet und ausgebeutet . . . 13

Golfstaaten-EG: EG weitet ihren
Einfluß am Golf aus 13

Australien: Aktionen gegen Jubi-
läumsfeiern 14

US-Stützpunkte in Spanien: Mil-
itärische Neuorganisation in Euro-
pa 14

Schweden: Angestelltergewerk-
schaft in Streik und Aussperrung . 15

Großbritannien: Große Unterstüt-
zung für streikende Krankenhaus-
Beschäftigte 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
FDP-Funcke für rotationsfreundli-
ches Ausländerrecht 18
Broschüre gegen Hochsicherheits-
trakte 18
Planungen der Kampagne „Kein
Geld für Apartheid“ 18

**Strauß-Prozesse gegen Volks-
front:** Strauß ging bis zum rich-
tigen Richter. Solidarität wird benö-
tigt 19

Unterstützt den Hungerstreik der Gefangenen in Türkisch-Kurdistan!

Am 5. Februar hat das türkische Armeegericht des 7. Armee Korps in Diyarbakir 20 politische Gefangene, führende Kader der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), zum Tode verurteilt. Gegen weitere 15 der 146 angeklagten PKK-Mitglieder wurde lebenslange Haft verhängt.

Diese Entscheidung des Militärgerichts war der Ausgangspunkt für äußerst wichtige Entwicklungen sowohl innerhalb wie außerhalb der Gefängnisse in Kurdistan. Am 10. Februar begannen die politischen Gefangenen der 35. und 36. Abteilung des Militärgefängnisses von Diyarbakir einen unbefristeten Hungerstreik. Bereits am 12.2. beteiligten sich allein in Diyarbakir 2000 politische Gefangene an dieser Aktion. Inzwischen haben die Gefangenen erklärt, daß sie ihre Aktion in den nächsten Tagen in ein „Todesfasten“ umwandeln wollen. „Todesfasten“ bedeutet: der Hungerstreik wird bis zum Tode fortgesetzt.

Schon vor Beginn dieser Aktion hatten die politischen Gefangenen in Eskisehir (das dortige Gefängnis „Typ E“ gleicht westdeutschen Isolations-Haftanstalten wie Stammheim) aus Protest gegen die Todesurteile von Diyarbakir und gegen ihre Haftbedingungen einen Aufstand begonnen. 20 Gefangenen wurden bei der Niederschlagung des Aufstands von türkischen Polizei- und Militärkräften verletzt und mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die kolonialistische Gefängnisverwaltung sperrte 97 der Gefangenen in Isolationszellen, woraufhin diese einen unbefristeten Hungerstreik begannen.

Den Nachrichten zufolge breitet sich dieser Widerstand weiter aus. Auch die politischen Gefangenen in Mersin haben einen Hungerstreik begonnen. In Samsalilar haben gefangene PKKler es abgelehnt, bei ihrer Gerichtsverhandlung zu erscheinen, und damit gegen die Todesurteile und gegen die Angriffe auf die Gefangenen protestiert.

Die Forderungen der Hungerstreikenden sind:

- Aufhebung aller Todesurteile, Abschaffung der Todesstrafe;
- Beendigung der Folterungen;
- Aufhebung der Unterdrückung der Angehörigen und der politischen Gefangenen während der Besuchszeiten, das Verbot der kurdischen Sprache bei den Besuchen soll sofort aufgehoben werden, längere Besuchszeiten;
- menschenwürdige Lebensverhältnisse in den Gefängnissen.

Parallel zu diesen Aktionen in den Gefängnissen demonstrierten in Diyarbakir die Frauen und Mütter der Gefangenen zum Sitz des türkischen Generalgouverneurs und protestierten gegen die Todesurteile und die Angriffe auf die Gefangenen. In Eskisehir begannen drei Angehörige der Gefangenen, Hüseyin Dogan, Hasan Toprak und die Mutter des zum Tode verurteilten Riza Altun vor dem Gefängnis einen Hungerstreik. Sie protestierten damit gegen die Todesurteile wie gegen das Besuchsverbot, das die Gefängnisverwaltung nach Beginn der Widerstandskaktionen der Gefangenen verhängt hat. Nachdem sie von der Polizei vor dem Gefängnis verjagt wurden, setzten sie ihre Aktion im Gebäude der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) fort. Daraufhin räumte die türkische Gendarmerie auch dieses Gebäude. Erst als die Gefängnisverwaltung zusicherte, die Besuchssperre am 17. Februar wieder aufzuheben, brachen die Angehörigen diese Aktion ab.

Wir halten es für die Pflicht jedes Antifaschisten, gegen diese unmenschlichen Praktiken des türkischen Staates zu protestieren und die Gefangenen zu unterstützen.

Von der Bundesregierung verlangen wir erneut, jede militärische, finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für das türkische Regime sofort einzustellen. Schluß mit der Türkeihilfe!

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Feyka Kurdistan, FAU/R, Kivilcim (SVP), Kurdistan Komitee, Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg

Neue Angriffe auf Feyka Kurdistan

Bundeskriminalamt, Bundesinnenministerium und die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe haben neue Angriffe auf Mitglieder kurdischer Arbeitervereine von Feyka Kurdistan in der BRD gestartet. Am 8. Februar gab der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Prectel, vor der Presse bekannt, man habe eine Person verhaftet. Diese Person habe zusammen mit anderen versucht, am 5.2. einen Kurden aus Braunschweig zu entführen und vor ein „Volksgericht“ der PKK

in Köln zu stellen. Den Namen des angeblich „Entführten“, der entkommen sein soll, gab Prectel dabei ebenso wenig bekannt wie den Namen des Verhafteten. Am 9. Februar wies die PKK-Europavertretung in einer Presseerklärung die Erklärungen Prectels öffentlich als „lächerlich“ und verleumderisch zurück. Am 13.2. wurden in Köln Hassan Hayri Güler sowie der Generalsekretär von Feyka Kurdistan, Ibrahim Korkmaz, auf offener Straße verhaftet. Vorwurf: Verdacht auf Vergehen gegen § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung). Beide sitzen seitdem nach In-

formationen des Kurdistan-Komitees in der JVA Düsseldorf in Haft. Am Abend des 15.2. überfielen dann schwerbewaffnete Einsatzkommandos der Polizei gegen 21.45 Uhr abends die Räume des Kölner Kurdistan-Komitees. Beamte des BKA folgten, ließen alle Anwesenden ohne Angabe von Gründen verhaften und durchsuchten bis 2.20 Uhr die Büroräume. Am 16.2. mittags waren von den sieben am Vorabend Verhafteten vier Personen, darunter zwei zufällige Besucher des Komitees und zwei Mitarbeiter, nach Karlsruhe geschafft und dort weiter inhaftiert. Auch hier lautet der Vorwurf anscheinend Verstoß gegen § 129a. Zusätzlich sollen zwei weitere Kurden aus Hannover inhaftiert sein.

Soweit der Stand von Dienstag, 16.2., 15.00 Uhr. Mehrere Hinweise sprechen dafür, daß Bundesanwaltschaft, BKA und Bundesinnenministerium ihre seit Sommer letzten Jahres erfolglosen „Ermittlungen“ gegen kurdische Arbeitervereine nun mit Hilfe des türkischen Geheimdienstes MIT aufputzen wollen. So ist der am 13.2. in Köln verhaftete Hassan Güler bereits am 3. September 1987 in der regierungsnahen türkischen Zeitung Hürriyet als angeblicher „Olaf Palme-Mörder“ beschuldigt worden. Auch gibt es erste Hinweise, daß der angeblich in Braunschweig „Entführte“ ein erst kürzlich eingereister Spitzel des türkischen Geheimdienstes MIT ist. Feyka Kurdistan und das Kurdistan-Komitee wollen am 17.2. in Bonn auf einer Pressekonferenz gegen die neuerlichen Angriffe protestieren und verlangen die Freilassung aller Verhafteten. Sie verdienen die Unterstützung aller Antifaschisten in der BRD! – (rül)

Umfrage der GTB gegen Sonntagsarbeit

Bis zum 17. Februar führt die Gewerkschaft Textil-Bekleidung eine „Urabstimmung“ unter allen 220000 Beschäftigten in der Textilindustrie gegen die Arbeit an Sonntagen durch.



Die DGB-Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen führen zur Zeit eine Unterschriftensammlung gegen die Verschärfung des Paragraphen 218 durch. Die Unterschriftensammlung tritt – obgleich sich viele Gewerkschaften dafür ausgesprochen haben – nicht für die ersatzlose Streichung ein, sondern richtet sich vor allem gegen die Änderung der Beratungsinstitutionen. (uld)

Die GTB reagiert mit dieser Aktion auf die zahlreichen Ankündigungen und Aufforderung des Kapitalistenverbandes Gesamttextil, das Verbot der Sonntagsarbeit aufzuheben und insbesondere auf das im Januar vorgelegte Gutachten von Gesamttextil, wonach „nur“ drei bis vier Prozent der Arbeiter von Sonntagsarbeit betroffen sein würden und auch genügend Arbeiter bereit seien, am Sonntag zu arbeiten. Verschiedene Textilkapitalisten versuchten, die Urabstimmung in ihren Betrieben zu verhindern. Dennoch meldete die GTB, daß sich bis zum 12. Februar bislang 97,5 Prozent der Befragten gegen die Sonntagsarbeit ausgesprochen hätten. Befragt werden alle Beschäftigten, nicht nur Gewerkschaftsmitglieder.

Gesamttextil erklärte, die GTB habe überhaupt keinen Anlaß für die „Urabstimmung“, denn Arbeitsk Kampfmaßnahmen stünden nicht an. Über die Sonntagsarbeit habe darüber hinaus nur der Gesetzgeber zu entscheiden. Der Pressesprecher der GTB, Werner Mahlau, erklärte am 12. Februar: „Wenn Gesamttextil abstreitet, jemals behauptet zu haben, daß genügend Arbeiter zur Sonntagsarbeit bereit seien, dann können wir nur annehmen, daß die Herren nicht wissen, was sie selbst gegenüber der Presse festgestellt haben und ihre eigenen Materialien nicht kenne. Wenn Herr Frohwein vom Unternehmerverband im Fernsehen behauptet, das „nur“ etwa drei bis vier Prozent der Beschäftigten zur Sonntagsarbeit herangezogen würden, dann wissen wir aus Erfahrung: Wenn wir den Unternehmern den kleinen Finger geben, dann nehmen sie uns die ganze Hand. Wir werden aus diesen und auch aus noch anderen Gründen einer tariflichen Verankerung von Sonntagsarbeit auf keinen Fall zustimmen.“ Die GTB hat bereits in früheren Tarifverhandlungen angeboten, Arbeitszeiten von sechs Tagen in der Woche zuzulassen, wenn dafür die wöchentliche Arbeitszeit auf 36 Stunden mit vollem Lohnausgleich zugestanden würde. – (uld)

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Hamburger Haushalt: Elitebildung, Polizeiausbau, Privatisierung, Gebühren hoch und Wirtschaftsförderung 22

§ 129a: Bundesweite Razzien gegen Frauen- und Flüchtlingsarbeit . . 22

HBV und DAG: Aktionen gegen Änderung der Ladenschlußzeiten . 23

Bündnispolitik: Antifaschistische Woche in Heilbronn 23

Kampf gegen faschistische Propaganda: Kapitalist muß antifaschistischen Drucker wieder einstellen! 24

Arbeitszeiten: fuba: Unternehmensberater mischen wieder kräftig mit 25

FAP-Verbotsantrag: Die SPD nimmt Art. 21 GG, ohne Art. 137 zu erwähnen 25

Heilbronner Landtagskandidat der DKP: „Der Abzug der Pershing II ist ein Erfolg, aber wir kämpfen weiter: Die Atom-Heide muß wieder Waldheide werden“ . 26

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Malerei: Berlinausstellungen in den USA: „Moral im Gepäck“ . . 30

BWK und VSP: Ergebnis der Kommission „Kampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg“ 31

Spezialberichte

ISDN: Billigere Fernmeldedienste zur Förderung sich ändernder Produktionsverhältnisse 34
Die bestehende Fernmeldeinfrastruktur der Deutschen Bundespost 36
ISDN-Gebühren: Die Wirtschaft profitiert, von den privaten Haushalten wird's geholt 37
Die Kapitalisten betreiben die Zerschlagung des Monopols der Deutschen Bundespost 38
Postgewerkschaft gegen Privatisierung der Bundespost 39

Titelbild: Karikatur, vog, Köln

Jahreswirtschaftsbericht

Bangemanns Ziel: „Attraktivität des Produktionsstandortes Bundesrepublik Deutschland erhöhen“

Für die Reklame bürgerlicher Politik ist es wichtig, Begriffe zu besetzen. Die Bundesregierung will zum Beispiel als Kämpfer für die Attraktivität des Produktionsstandortes BRD gesehen werden. Die Presseöffentlichkeit – hier der Spiegel – nimmt den Ball aus dem Hause Bangemann flink auf und läßt den Chef der deutschen IBM, Hans-Olaf Henkel, über Gefahren für den Industriestandort BRD reden. Wie oft bei Schlagworten lohnt sich auch hier ein Blick auf die Entstehung.

Der Standort ist in der Wirtschaftsdiskussion unter Profitgesichtspunkten interessant. In der Standortanalyse werden die kostengünstigen bzw. kostenträchtigen Faktoren verschiedener Standorte miteinander verglichen und gegeneinander aufgerechnet. Je nachdem ist dann ein Standort attraktiv oder eben nicht. Früher bezog man sich bei der Standortanalyse wesentlich auf Naturgegebenheiten, die für eine konkrete Produktion entscheidend sein können. So hieß zum Beispiel die Regel für die Stahlproduktion, es sollten Erz, Kohle und Wasserwege am Standort vorhanden sein. Inzwischen spielen solche Faktoren für eine große Zahl von Industrien kaum noch eine Rolle. Der Direktor der IBM-BRD, Henkel, sagt zum Beispiel voll Stolz, daß er die Tagesproduktion an Mega-Chips im Kulturbeutel davontragen könne. Solche Beispiele gäbe es auch für andere Industrien und so könnte man denken, daß der Faktor Standort in der Wirt-

schaftsdiskussion eine abnehmende Rolle spielt. Aber die Standortdiskussion wird immer hitziger. Wieso, das versteht sich am leichtesten an einem Beispiel.

Das Bundesland NRW war jahrzehntelang standortbegünstigt, durch Energievorteile, Verkehrsvorteile, Verfügbarkeit von Rohstoffen, hohe Industrialisierungsdichte. All diese Faktoren führten dazu, daß in NRW kostengünstiger produziert werden konnte. Wegen des Steuersystems brachte NRW überdurchschnittlich viel Steuern auf. Ein Teil der Extraprofite, die in NRW produziert wurden, wurde über Steuern abgeschöpft und floß zum Beispiel über den Länderfinanzausgleich anderen, sogenannten strukturschwachen Bundesländern zu. Grundlage dafür bildete in jedem Fall die hohe Produktivkraft der Arbeit im „Standort“ NRW. Ein Teil des privaten Extraprofites wird also in diesem Fall in öffentliche Mittel verwandelt, über deren Verwendung politisch entschieden wird.

Nehmen wir dagegen an, im Freistaat Bayern verschenke eine Stadt erstklassige Industriegrundstücke an die Fa. Siemens. Das läßt die Produktivkraft der Arbeit unberührt. Öffentliche Mittel werden in private Mittel verwandelt, über die Verwendung entscheidet Siemens ganz privat und ohne der Öffentlichkeit Rechenschaft zu schulden.

In dem Kampf, den sich Länder und Gemeinden um Industrieansiedlungen liefern, geht es in den meisten

Fällen entweder um die öffentliche Bereitstellung recht spezieller Infrastruktur – typische Fälle sind Verkehrsanschlüsse, Energieversorgung, Abfallentsorgung – oder auch um kaum verdeckte Zahlungen – typisch dafür ist die billigste Überlassung wertvollster Grundstücke.

Konnte früher eine Stadt mehr Steuern heben, weil sie am Rhein lag, kann jetzt ein Investor viel Zuschuß herausholen, weil er einen Landesvater und drei Bürgermeister gesponsort hat. Unter Attraktivität des Standortes wird in den letzten Jahren immer eindeutiger der Grad an Willfährigkeit verstanden, den Gemeinden und Bundesländern gegenüber Konzernen entwickeln. An der Aufbringung der Steuer sind alle Klassen der kapitalistischen Gesellschaft beteiligt. Da formale Demokratie herrscht, ist über die Verwendung Rechnung zu legen. Die Kapitalisten sehen darauf, ob die Ausgabe die Profite verbessert, dann sind sie zufrieden. Die Lohnabhängigen, ob die Ausgabe das Leben verbessert. Dieser Standpunkt wurde aus der Politik weitgehend verdrängt.

Die Standortvorteile, die auf so künstliche Weise produziert werden, gleichen sich binnen weniger Jahre an. Eine neue Quote der Verteilung der Steuer zwischen den Abteilungen „Sozial“ und „Kapital“ bildet sich und die Verwaltungen lernen, genau in die Konzerne hineinzuhorchen und dementsprechend politisch zu gestalten, wobei sie auf die Wünsche der Lohnabhängigen pfeifen. Man sollte mei-

ÖD-Tarfbewegung – kein besseres Angebot

In der 3. Verhandlung am 12.02.88 haben die Dienstherren kein besseres Angebot vorgelegt. Die provokativen 1,3% beim Lohn und das Null-Angebot bei der Wochenarbeitszeitverkürzung bezeichnet Innenminister Zimmermann als „eine realistische Größenordnung für 1988“. Die von der Bundesregierung gesuchte Konfrontation mit der ÖTV findet Unterstützung bei der SPD. So warnt der Präsident des „Deutschen Städtetages“, der hannoversche SPD-Oberbürgermeister Schmalstieg, vor einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit, da sonst die „Städte und Gemeinden zu Gebührenerhöhungen und zum Abbau kommunaler Leistungen gezwungen“ seien. Der saarländische Ministerpräsident Lafontaine (SPD) schlägt „Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“ vor. In der Presse wird bereits nach dem

„Schlichtungsverfahren“ unter Vorsitz von H. Höcherl (CSU) gerufen. Die ÖTV will in der letzten Januarwoche bundesweit Warnstreiks durchführen. In der Mobilisierung dafür muß auch das 1,3% Lohnangebot angegriffen werden, damit sich die Dienstherren zur nächsten Verhandlung am 29.02. bewegen. – (gec)

Bischofskonferenz und EKD: Sonntagsarbeit nein, aber ...

Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland stimmen dem von der Bundesregierung vorgelegten Arbeitszeitgesetzentwurf zu. Beide christliche Kirchen plädieren lediglich dafür, daß die Ausnahmegenehmigungen für Sonntagsarbeit streng gehandhabt werden: „Die Bundesregierung ... wird gebeten sich dafür einzusetzen, daß im Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens der zentrale Punkt ‚Sonn- und Feiertagsarbeit‘ keinerlei Ab-

schwächung erfährt und die Ausnahmen wirklich auf ein Minimum beschränkt bleiben.“ Den Kapitalisten billigen die Kirchen ein berechtigtes Interesse an „internationaler Wettbewerbsfähigkeit“ zu. Den Lohnabhängigen kann nach Meinung der Kirchen sowohl die Arbeit am Samstag als auch des Nachts zugemutet werden – nur der Sonntag ist „heilig“. Von Sonntagsarbeit wegen „besserer Verdienstmöglichkeiten“ raten die Kirchen dringend ab. – (uld)

EKD setzt missionarische Umtriebe im Osten fort

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ließ gemeinsam mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ihre Freude über die Missionierung Rußlands erklären – die russische Orthodoxe Kirche feiert in diesem Jahr ihr tausendjähriges Bestehen – und appellierte an die russische Orthodoxe Kirche, trotz der Kriegsver-



Ziele der „Standort“-Debatte der Kapitalisten: Schrankenlose Nacht- und Sonntagsarbeit ...

nen, die Standortdiskussion nähme jetzt ein Ende. Von wegen. Jetzt kommt's darauf an, wie attraktiv die BRD als Standort ist oder nicht ist.

Ging es vorher darum, an Hand von Beispielen innerhalb des Rechtsraumes der BRD ein optimales staatliches Handeln vorzuexerzieren, greift man jetzt durch den Weltmarkt auf den ganzen Globus zurück. Unter diesem Blickwinkel gehen die Vorbilder niemals aus, erscheint der Standort BRD mit Nachteilen gespickt. Nachteilig, so der IBM-Deutschland-Chef, sind die Steuern auf Unternehmertätigkeit und Vermögen, nachteilig die Steuern auf den Lohn und besonders nachteilig die Gewerbesteuern. Nachteilig sind die Sozialversicherungsabgaben, nachteilig auch der Mangel an Flexibilität. Unverzichtbar ist die

Sonntagsarbeit. Berücksichtigung finden muß die Abnahme der Bevölkerung und zwar durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Auch (und womöglich dabei) wären die Frauen mehr zu fördern. Sollte sich in diesen Hinsichten nichts bessern, so würde die Anziehungskraft der BRD nachlassen. Durchaus zu Recht sieht sich der IBM-Mensch in einer Front mit allen aufrechten Unternehmern in Deutschland. Was steckt hinter solchen Forderungen?

Relativ hohe Steuern auf Unternehmertätigkeit und Vermögen konzentrieren große Mittel in der Hand des Staates, wo ihre Verwendung bis zu einem gewissen Grade öffentlicher Kontrolle unterliegt. Selbst wenn diese Mittel ganz und gar im Interesse des Kapitals ausgegeben werden, ent-

steht politisches Tauziehen. Wenn die Kapitalistenklasse die öffentliche Meinung nicht ganz und gar beherrscht oder wenn auch nur erhebliche Meinungsverschiedenheiten da sind, können Risiken auftreten. Hohe Unternehmensbesteuerung ist notwendig stark progressiv. Investitionen, die bei hohem Risiko hohe Profite versprechen, werden durch eine solche Besteuerung nicht begünstigt, weil im Erfolgsfall zu viel weggesteuert wird.

Eine hohe Lohnbesteuerung muß wegen der Differenzierung der Löhne und Gehälter progressiv sein; der Steuersatz, den die niedrigsten Lohn-einkommen tragen können, wäre schon für die mittleren sehr niedrig. Die Progressivsteuer auf die Löhne macht es für die Kapitalisten schwer, die Lohn- und Gehaltsdifferenzierung voranzutreiben. Eine starke Lohn- und Gehaltsdifferenzierung ist aber für die Laufbahnorientierung der Lohnabhängigen sehr wichtig. Die jetzt begonnene Steueränderung bewirkt bereits eine stärkere Differenzierung der Löhne und Gehälter, ohne daß das die Kapitalisten auch nur einen Pfennig kostet.

Die Gewerbesteuer ist die einzige Steuer, bei der Ursprungsort und Verwendungsort sichtbar zusammenfallen. Der Lohnabhängige kann an seinem Arbeits- oder Wohnort sehen, was die Firmen aufbringen und was sie erhalten. Der bloße Umstand, daß die Firmen gegenüber der Gemeinde steuerpflichtig sind, stellt sie in eine politische Beziehung zu den von ihnen beschäftigten Arbeitern. Diese Steuer muß deswegen weg. Gedacht ist ersatzweise an eine völlig abstrakte Zuteilung aus der Mehrwertsteuer.

Die Kosten für die Sozialversicherung schlagen auf den Lohn durch.

brechen der Faschisten die Verbindung der Christen zu wahren. Bereits im September letzten Jahres hatte der Kongreß „Kirche in Not“ beschlossen, die russische Orthodoxe Kirche mit Geldspenden zum Jubiläum aufzumöbeln. – (uld)

Rheinland-Pfalz will Ladenschluß ganz beseitigen

Rheinland-Pfalz legte am 4.2. im Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Ladenschlusses vor. Zeitlich und regional begrenzt auf Gebiete mit „höchstens 200000 Einwohnern“ sollen Modellversuche mit flexiblen Öffnungszeiten gestartet werden. Begründet wird der Gesetzesentwurf mit geänderten Rahmenbedingungen des Verbraucherverhaltens, des Marktgeschehens und der Wettbewerbssituation. Der hessische Wirtschaftsminister Schmidt und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels

sprachen sich dagegen aus und forderten schleunigst den Dienstleistungsabend. Der Druck vor der Regierungsberatung über die Ladenschlußnovellierung wird von Bundesländern und Kapitalisten verstärkt. Der rheinland-pfälzische Vorschlag geht weit über den geplanten Dienstleistungsabend hinaus und verlangt eine flexible Anpassung an die in einer Region von den Kapitalisten durchgesetzten Arbeits- und Lebensbedingungen. IBM und SEL haben beispielsweise Sonntagsarbeit in Chip- und Glasfaserproduktion angemeldet. (Handelsblatt v. 5./6.2. und 11.2. – rub)

Häufige Rentenbeitragsersstattung für Ausländer rechtmäßig

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Beschluß (NJW 88, 250) die Verfassungsbeschwerden mehrerer türkischer Arbeitnehmer mangels Erfolgsaussicht nicht zur Entscheidung angenommen, in denen die Beschwer-

deführer sich gegen die Regelung des §1303 Reichsversicherungsordnung (RVO) gewandt hatten. Diese besagt, daß Arbeitnehmer, die nicht mehr der Rentenversicherungspflicht unterliegen und noch keinen Rentenanspruch haben, sich die Hälfte der eingezahlten Beiträge erstatten lassen können. Das betrifft fast ausschließlich zurückkehrende ausländische Arbeiter unter der (für die meisten geltenden) weiteren Voraussetzung, daß sie im Heimatland keine versicherungspflichtige Tätigkeit aufnehmen. Obwohl das BVerfG in seiner Rechtsprechung betont hat, auch die sogenannten „Arbeitgeberanteile“ seien Lohnbestandteile und damit eigentumsrechtlich zugunsten der Werk tätigen geschützt, wird die Vorenthaltung des „Arbeitgeberanteils“ bei der Beitragsersstattung für verfassungsmäßig gehalten. Im Ergebnis wird so ein weiteres Sonderrecht zulasten ausländischer Arbeiter geschaffen. (Mak)



... und Arbeit bis ins Grab.

Auf der Verwendungsseite lösen hohe gesetzliche Sozialversicherungen eine ständige Diskussion über das Minimum des Lebensstandards und über minimale Versorgungsansprüche aus. Erst wenn die gesetzliche Sozialversicherung so niedrig ist, daß die Absicherung des menschenwürdigen Minimums auf persönliche Vorsorge hinauskommt, wird der Gedanke, daß jeder an seinem Unglück selber schuld ist, allgemein anerkannt werden können. Eine Absenkung der gesetzlichen Sozialversicherungsleistungen führt zu einer Entpolitisierung des Lebensschicksals. Das ist der Grund, weshalb die Kapitalistenklasse die Sozialversicherungen demontieren will.

Ein Dorn im Auge des Manage-

ments sind die Rentner. Auch wenn vorderhand es äußerst schwierig ist, im Alter ab vierzig überhaupt Arbeit zu kriegen, stört man sich bei den Kapitalisten daran, daß eine so große Zahl von Menschen da ist, ohne zur Arbeit gezwungen zu sein. Aufgrund der demographischen Gegebenheiten müsse man sich Gedanken machen, „das Potential der älteren Menschen in Deutschland verstärkt zu nützen.“ Man müsse sich um eine „Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab Mitte der neunziger Jahre wieder Gedanken machen“. – Wahrscheinlich ist die Verwandlung der Rente in einen Beschäftigungszuschuß fürs Kapital.

Warum die Arbeit rund um die Uhr und an Sonn- und Feiertagen für das Kapital ein Muß ist, braucht hier nicht

mehr ausgeführt zu werden.

Die Forderungspalette des Unternehmers zielt – so läßt es sich zusammenfassen – darauf, politische Anhaltspunkte für den Klassenkampf wegzuschaffen und die Lohnabhängigen zu individualisieren. Die Gewerkschaften sollen auf die sanfte Tour zerlegt werden, zu Organisationen, die im Betrieb sozialarbeiterisch wirken und dem Einzelnen bei seinem Fortkommen dienen. Der nächste große Angriff der Reaktion zielt auf das Altersruhegeld und den Rechtsanspruch, ein paar Jahre da sein zu können, ohne Kapital zu vermehren.

Quellenhinweis: Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung; Der Spiegel, 8.2.1988; Die Welt, 8.2. und 10.2.88 – (maf, rül)

Nur 27% haben einen Normalarbeitstag

In welchem Umfang die Kapitalisten die Flexibilisierung der Arbeitszeiten durchgesetzt haben, verdeutlicht eine umfangreiche Repräsentativbefragung. Demnach hatten 1987 nur 27% der Beschäftigten den Normalarbeitstag, d.h. eine Arbeitszeit zwischen 35 bis 40 Stunden, die sich auf fünf Wochentage (montags bis freitags) verteilt, tagsüber ausgeübt wird und in ihrer Lage nicht variiert; bei 73% dagegen variieren Lage und/oder Dauer der Arbeitszeit. Wichtigste Elemente der flexiblen Arbeitszeiten sind Überstunden, Schicht- und Nachtarbeit, Wochenendarbeit und Teilzeitarbeit sowie Gleitzeitmodelle, wobei in den meisten Fällen eine wechselseitige Bedingung besteht. So machen z.B. rund 20% der Schicht- und Sonntagsarbeiter täglich Überstunden. Der Anteil der Samstagsarbeiter ist in den

letzten Jahren sprunghaft angestiegen, von 7,9% im Jahre 1980 auf 32% im Jahre 1987. Der Anteil der Sonntagsarbeiter stieg im gleichen Zeitraum von 7% auf 10%. Insgesamt arbeiten in der BRD 2,2 Mio Beschäftigte regelmäßig am Sonntag. (Quellenhinweis: „Arbeitszeitreport 87“ des Arbeitsministeriums NRW, Dezember 1987 – stb)

Steuer auf Schichtzuschläge stufenweise?

Die Kapitalisten der Druckindustrie waren bei der Regierung vorstellig: Steuern auf Nacht-, Sonn- und Feiertagszulagen könnten die Tarifverhandlungen schwierig gestalten. Der Entwurf zur Steuerreform sieht vor, über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende Zuschläge (d.i. 25% bei Nacht-, 50% bei Sonntags- und 125% bei Feiertagsarbeit) sowie Zuschläge, die für Zeiten vor 20 Uhr gezahlt werden, voll zu besteuern. Die IG Druck hatte

in Protestaktionen angedeutet, Ausgleich beim Lohn zu verlangen. Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete nun am 4.2., daß die finanzpolitischen Sprecher von FDP und CDU/CSU, Solms und Glos, eine Abschwächung erwägen: „Mit einer Übergangsregelung von beispielsweise drei Jahren erhielten die Tarifparteien Gelegenheit, den Einkommensausfall durch Verhandlungen auszugleichen.“ Die Aktionen der IG Druck und Papier zeigen also gewisse Wirkung. – (alk)

EG-Finanzneuordnung: Mehr Mittel für Monopole

Eine Begrenzung der EG-Agrarausgaben, die künftig um maximal 74% der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts steigen dürfen, ist auf den ersten Blick das Hauptergebnis des EG-Gipfels in Brüssel. Tatsächlich werden die EG-Agrarpreise wahrscheinlich schon in diesem Jahr erneut drastisch fallen. Der BDI ist zufrieden: Nun

Waldheim

Solange im Amt, wie es der Reaktion recht ist?

In einer Fernsehansprache am Montag, dem 15.2.1988, erklärte Bundespräsident Kurt Waldheim den „lieben Österreichern und Österreicherinnen“, er werde nicht zurücktreten. Dies war seine zunächst endgültige Entscheidung, nachdem die von ihm selbst erbetene Historiker-Konferenz eine Woche zuvor ihn zwar nicht direkt als Kriegsverbrecher klassifizieren konnte, wohl aber erhebliche Verfehlungen gegen das international gültige Kriegerecht und die Menschenrechte nachweisen konnte. – In seiner Fernsehansprache betonte Waldheim, er habe „ein reines Gewissen“. Der Historiker-Konferenz warf er vor: „Sie scheuten vor nichts und keinem Mittel zurück; es wurde gegen mich manipuliert, gelogen und gefälscht.“ Ein Staatsoberhaupt dürfe aber nicht vor Verleumdungen weichen.

Obwohl den meisten Lesern wahrscheinlich im Groben bekannt, hier eine kurze Chronologie der Ereignisse: Im Zuge der Kandidatur Waldheims zum Bundespräsidenten wurden von verschiedenen Stellen Nachforschungen in bezug auf seine Kriegsvorgeschichte angestellt. Das Ergebnis war, daß er als Stabsoffizier der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan nicht nur von Kriegsverbrechen wie Deportationen in KZ's gewußt haben muß. Nicht nur in Österreich, in der ganzen Welt wurden Proteste laut. Trotzdem wurde Waldheim mit 52% der Stimmen der wahlberechtigten Österreicher im Juni 1986 zum Präsidenten gewählt. Daß er im internationalen Maßstab isoliert war,

störte ihn wenig. Daß er als ehemaliger Generalsekretär der UNO in den USA als unerwünschte Person auf den Index gesetzt wurde, mehr. Deshalb beauftragte er die österreichische Regierung, eine „Historiker-Kommission“ einzusetzen, die seine Integrität zu beweisen habe.

Deren Ergebnisse wurden am 8.2. der Regierung vorgelegt. Demnach ist Waldheim zwar nicht direkt als Kriegsverbrecher zu verfolgen, ihm wird aber vorgeworfen, nicht gegen die Befehle seiner Vorgesetzten vorgegangen zu sein und sie kraft seines Amtes auch direkt durchgesetzt zu haben. Merkwürdigerweise wurde jedoch der im Bericht zunächst verwandte Ausdruck der „moralischen Schuld“ Waldheims auf Ersuchen des Außenministeriums umgeändert in „eine konsultative Mitverantwortung“, die fast alle Österreicher zu tragen hätten.

Es gibt eine Reihe von Intrigen in diesem makabren Spiel. Kanzler Vranitzky (SPÖ) erklärte zunächst nach Veröffentlichung des Berichts, es ergebe sich keine persönliche Schuld Waldheims, es gebe jedoch viele kritische Bemerkungen, die betroffen machen. Vizekanzler Mock von der ÖVP, die Waldheim in den Sattel geholfen hat, betonte, es habe sich keine Schuld Waldheims herausgestellt, die Kommission habe aber ihre Kompetenz überschritten. Vermutungen verdichten sich, wonach Waldheim die Regierung zu sich beordert und ihr anheimgelegt hat, sich entweder kompromißlos hinter ihn zu stellen oder von ihm kraft seines Amtes enthoben zu werden.

Vranitzky ließ inzwischen durchblicken, es nütze wenig, Waldheim zum Rücktritt zu bewegen, da sonst

die Koalition zerplatze. Dadurch haben wir noch lange keinen neuen Bundespräsidenten, konstatierte er. – Mittlerweile ist es so, daß er – und das muß sich die SPÖ noch schuldig sein – selbst erwägt, zurückzutreten, wenn Waldheim im Amt bleibt. In der SPÖ und deren Jugendorganisationen und bei den Grünen sowie zahlreichen anderen Gruppen verstärkt sich der Widerstand gegen Waldheim. Das zeigt sich z.B. am Protest von 4000 Menschen beim Opernball, wo Waldheim Ehrengast war.

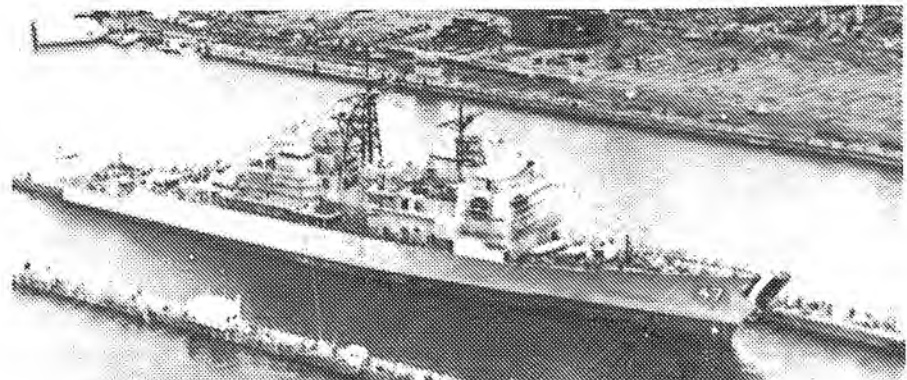
Waldheim will also Präsident bleiben. Er beruft sich dabei auf andere deutschsprachige Präsidenten, die ebenfalls Stabsoffiziere der Wehrmacht waren und relativ ungeschoren davonkamen. Das ist ein Fehler der westdeutschen Linken. Das muß in Österreich nicht auch noch passieren. Ein Zurückziehen der SPÖ aus der Regierung würde der deutschnationalen FPÖ die lang ersehnte Koalition mit der ÖVP ermöglichen – und das zum 50. Jahrestag des „Anschlusses“. – (rua)

Stahl-Tarifverhandlungen

Kürzere Arbeitszeit bei Lohnsenkung?

Am 8./9.2. fand die achte Verhandlung über Lohn und Arbeitszeit in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie statt. Auch wenn sie ohne neuen Termin abgebrochen wurde: Eine Einigung scheint nahe zu sein. Die Stahl-Kapitalisten wollen die IG Metall in die Krisen-Bewältigung einbinden. Die IG Metall ist bereit, viel zu schlucken. Vermutlich werden die Verhandlungen nach der „Montan-

könne man darangehen, „den Prozeß der Realisierung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes weiter voranzutreiben.“ Tatsächlich verschafft die Einigung von Brüssel den großen Monopolen in der EG und damit auch in der BRD den lang ersehnten Zugriff auf weitere EG-Steuern für ihre Expansion. Allein die BRD muß nach Regierungsangaben 1988 4 Mrd. DM, 1992 sogar 10 Mrd. DM mehr an die EG abführen – für Stoltenberg das erwartete Signal für neue Verbrauchssteuererhöhungen zulasten der Lohnabhängigen. Die Erhöhung der „Regionalhilfe“ für arme EG-Länder soll dabei die Expansion der großen Monopole zusätzlich erleichtern: Die BRD-Konzerne, die von 1984 bis 1987 ihren Exportüberschuß in die EG von 26 Mrd. DM auf über 60 Mrd. DM steigerten, können mit dieser „Regionalhilfe“ ihre Expansion in Staaten wie Spanien und Portugal weiter beschleunigen. – (rül)



Einer der „teuersten je gebauten US-Kreuzer“, die „US-Yorktown“, ist bei einer provokativen Verletzung sowjetischer Hoheitsgewässer vor der Krim am vergangenen Wochenende von sowjetischen Kriegsschiffen gerammt worden. Die „Yorktown“ (das Bild zeigt einen Kreuzer derselben Klasse) kostete umgerechnet 2 Mrd. DM. Ihr Auftrag sei, so die „Welt“ am 15.2., US-Flugzeugträger-Kampfgruppen „mit einem undurchdringlichen Schirm gegen Angriffe von Raketen, Flugzeugen und Cruise Missiles zu umgeben.“ Der Zwischenfall vor der Krim ist das zweite Mal seit 1986, daß US-Kriegsschiffe sowjetische Hoheitsgewässer vor der Krim verletzen. Offenbar dient der Einsatz westdeutscher Kriegsschiffe im Mittelmeer nicht nur dem Ersatz von im Persischen Golf tätigen Kriegsschiffen der NATO. – (rül)

Runde“ der Bundesregierung am 24.2. zu Ende geführt.

Nach Angaben der IG Metall gibt es folgenden „Verhandlungsstand“: Die Löhne, die seit dem 1.11.1987 offen sind, sollen ab 1.4.1988 um 2% und ab 1.11.1989 um noch einmal 2% erhöht werden. Die Arbeitszeit, die seit dem 1.1.1988 offen ist, soll ab 1.10.1988 von jetzt 38 Stunden auf 36,5 Stunden mit vollem Lohnausgleich verkürzt werden. Beides soll zum 31.10.1990 auslaufen.

Die Kapitalisten hatten zunächst ein Arbeitszeitverkürzung nur ohne Lohnausgleich angeboten. Der jetzige „Verhandlungsstand“ ist nicht viel besser: Die 1,5 Stunden kürzere Arbeitszeit sollen durch Lohnsenkung erkaufte werden. Fünf Monate würde erst einmal nichts gezahlt, die angepeilte Lohnerhöhung beträgt ohne den Lohnausgleich bis 1990 ganze 0,49 DM auf den Ecklohn (Lohngruppe 6). Bei 36 Monaten Laufzeit wird dieser Betrag kaum die erwarteten Preissteigerungen auffangen. Berücksichtigt man die Wirkung der geplanten Steuerreform, die gerade für Arbeiter in den unteren Lohngruppen und Nachtschichtarbeiter Einbußen bringen soll, so wird für viele ein Minus herauskommen.

Zudem soll die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung wie beim letzten Mal Betriebsvereinbarungen vorbehalten bleiben, ebenso wie die Festschreibung einer Mehrarbeitsbegrenzung. Dies eröffnet den Kapitalisten viel Spielraum, z.B. bei Festlegung eines Freizeitausgleichs, worüber es bei der letzten Arbeitszeitverkürzung lange Auseinandersetzungen gab.

Gegenüber dem ersten Angebot (siehe PB 3/88, S. 2) ist der jetzige Stand dennoch so hoch, daß die Große Tarifkommission der IG Metall die Verhandlungsführung billigte und lediglich „weitere Verbesserungen“ forderte, ohne jede nähere Festlegung. Von Urabstimmung ist keine Rede mehr. Einige Tarifkommissionsmitglieder traten für die „Einführung der 35-Stunden-Woche in einem Schritt“ ein und kritisierten die Laufzeit, nicht aber die Lohnsenkungsabsicht.

Diese Situation hat dazu beigetragen, daß die Stahl-Kapitalisten im „Handelsblatt“ frech erklärten, der von der IG Metall veröffentlichte „Verhandlungsstand“ sei keineswegs ein „verbessertes Angebot“. Sie bekräftigten ihre Absicht, weitere „Entlastungen“ bei der Tarifloohnerhöhung durchzusetzen, was auch über eine noch längere Laufzeit möglich wäre. Auch unter dem Gesichtspunkt, daß eine „Abkoppelung“ von Metall verhindert werden sollte, ist sie schon viel zu lang: Die Metall-Tarife laufen zum 31.3.1990 aus.

Quellenhinweis: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 10.2.; „Handelsblatt“, 10. und 11.2. - (wof)

„Zukunft Berlins“

Provokationen gegen die DDR und neue Perspektiven für den Brückenkopf

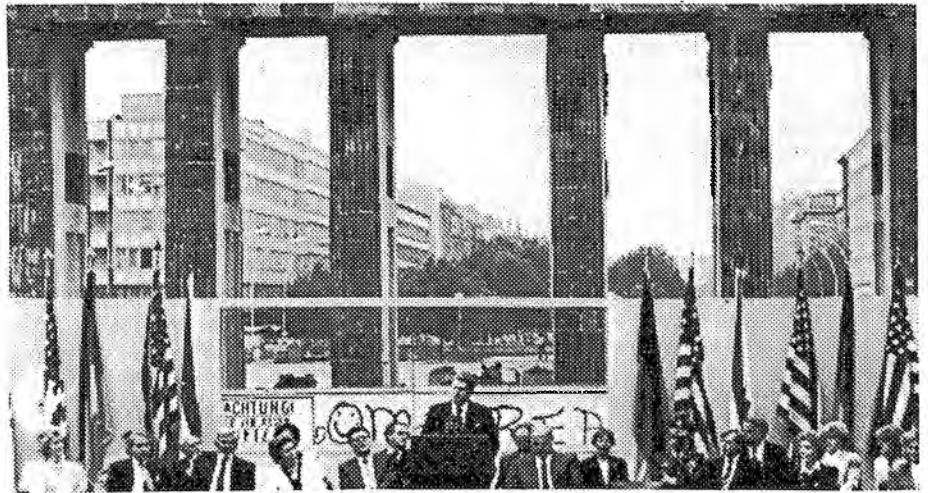
Westberlin im 751. Jahr. Während verschiedentlich bilanziert, ausgewertet und in die Zukunft gedacht wird, laufen die Vorbereitungen neuer gezielter Provokationen gegen den Berlin-Status auf Hochtouren:

Die Republikaner wollen zu den Abgeordnetenhauswahlen im Frühjahr 1989 kandidieren. Erstmals stellen sich damit Personen und Positionen zur Wahl, die in Westberlin durch das alliierte Verbot faschistischer, rassistischer und nationalistischer Propaganda bisher von öffentlichen Auftritten ausgeschlossen sind. Mit der provokativen Einladung der Vier Alliierten zum „Ball der Republikaner“ am 13.2.88 startete die REP ihre Offensive, reaktionär-faschistische Politik trotz der Kontrollratsbeschlüsse in Westberlin parlamentsfähig zu machen. Ein antifaschistisches Bündnis

Vom 24. bis 26.6.88 wird dann in Großaufmachung dem 40. Jahrestag der Berliner Blockade gedacht.

Hierzu paßt die im Juni 1987 von Reagan vor dem Brandenburger Tor erhobene Forderung, Westberlin zu einem „der wichtigsten Zentren der Luftfahrt im gesamten Mitteleuropa“ werden zu lassen.

Nach Berichten der „Berliner Morgenpost“, die inzwischen vom Pressesprecher der Lufthansa bestätigt wurden, rechnet diese schon in nächster Zeit mit konkreten Möglichkeiten, Westberlin anzufliegen. Während selbst bei den GRÜNEN darin blauäugig eher eine Normalisierung der Verkehrsverbindungen gesehen wird, zeigte die Bundestagsberatung über die „Zukunft Berlins zwischen Ost und West“ am 5.2.88, daß es um wesentlich mehr geht, als um die Benut-



US-Präsident Reagan am 12. Juni 1987 vor der Mauer. Zum diesjährigen 17. Juni (35. Jahrestag) planen Senat und Reaktionäre erneut zahlreiche Provokationen gegen die DDR.

hatte für den 13.2. zur Gegendemonstration mit rund 800 Teilnehmern aufgerufen.

Für die Zeit um den 17. Juni braut sich der Höhepunkt wohlhabestimmter Provokationen an:

Am Vorabend, dem 16.6.88, soll Pink Floyd in der Nähe der Mauer unter freiem Himmel mit „the Wall“ auftreten. Das soeben von Diepgen eingehandelte Übernachtungsrecht wird es zahlreichen „Besuchern“ aus dem Westen ermöglichen, dieses Ereignis eine lange Nacht hindurch „gemeinsam mit DDR-Jugendlichen“ zu begehen.

Am 17.6.88 findet dann der Bundesparteitag der Republikaner in Westberlin statt, zu dem die Gäste sicherlich nicht erst am 17.6. eintreffen.

zung der Luftkorridore durch die Lufthansa. Dazu der Westberliner Abgeordnete Heimann (SPD): „Im Luftverkehr ist die Zeit reif für ein Luftverkehrsabkommen ... , das allerdings eine Vorverständigung zwischen den Vier Mächten und den beiden deutschen Staaten über Landrechte der Lufthansa in Berlin-Tegel einschließen muß. Ich persönlich meine, daß ... dabei eine Lösung angestrebt werden muß, die auch das Überfliegen der deutsch-deutschen Grenze und einen Parallelverkehr zu den Luftkorridoren oder einen Verkehr über ihnen ermöglicht. Alles andere sind halbe Sachen. Das Ziel, Berlin (West) nach allen Himmelsrichtungen in den europäischen Luftverkehr ein-

Bundestag debattiert Zukunft Berlins

Heimann (SPD): „Eine Analyse der gegenwärtigen Lage von Berlin (West) ergibt Defizite ... Hinter dem schönen Schein künstlich erzeugten Glanzes, für den der Senat Millionen ausgibt, werden Risse im Fundament sichtbar, auf dem Berlin (West) ruht ... Berlin (Ost) (ist) funktionell und faktisch zur Hauptstadt der DDR geworden ... Heute lautet die Kernfrage, ... was haben der Senat und die Bundesregierung ... zu bieten, wenn in nicht allzu ferner Zeit alle bedeutenden westdeutschen Banken und Unternehmen zwar ein Büro in Berlin (Ost), aber nicht unbedingt in Berlin (West) haben werden? ... Der Dynamik, die in jeder Hauptstadtrolle liegt und die sich ... potenziert zugunsten von Berlin (Ost) auswirken wird, muß Berlin (West) etwas entgegensetzen haben. Ich jedenfalls stelle mir die Aufgabenverteilung nicht so vor, daß am Tage in Berlin (Ost) über Politik verhandelt wird und Geschäfte abgeschlossen werden und in der Nacht die Ergebnisse in Berlin (West) zwischen Philharmonie, Oper, Theater und Nachbar gefeiert werden ...“

Was hat Berlin (West) auf Dauer der Dynamik, die in jeder Hauptstadtfunktion liegt, entgegensetzen? Antwort: Berlin (West) muß seine eigene Rolle zwischen West und Ost finden, gleichermaßen nützlich und akzeptiert von allen wie heute Wien und Genf. Berlin ist unbezweifelbar der Ort der kürzesten Wege zwischen West und Ost.

... aus Moskau und dem Politbüro der SED hört man, daß inzwischen intensiv über Berlin nachgedacht wird. Die Zeit ist günstig wie

nie ... Berlin (West) muß eng mit dem KSZE-Prozeß verbunden werden ... Die Themen des KSZE-Prozesses ... werden blockübergreifend von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnen. Der KSZE-Prozeß symbolisiert genau die europäische Rolle zwischen Ost und West, die es für Berlin (West) zu gewinnen gilt.“

Schäuble (CDU): „Berlin braucht ... den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rückhalt der Bundesrepublik Deutschland ... Eine dynamische Entwicklung dieser Bindungen ist für die Lebensfähigkeit Berlins unerlässlich. Dazu gehört, daß für das geistige, kulturelle und wirtschaftliche Leben in Deutschland wichtige Einrichtungen in Berlin angesiedelt werden ... Dazu gehören auch große internationale Veranstaltungen ...“

Auf der anderen Seite können wir es nicht akzeptieren, wenn die Sowjetunion oder andere versuchen, neben den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland Sonderbeziehungen mit Berlin (West) zu suchen. Wir müssen da sehr aufmerksam und vorsichtig sein ...

Bei der konkreten Zusammenarbeit kommt es darauf an, ... zu versuchen, pragmatische Lösungen im Interesse der Stadt und ihrer Bewohner zu finden. Dazu gehört auch, daß Berlin zu seinem Umfeld ein an sachlichen Interessen ausgerichtetes Verhältnis entwickeln kann. Es kann dabei nicht um Sonderbeziehungen zwischen dem Senat und der DDR gehen; dies widerspricht den Interessen Berlins ...

Die Bundesregierung ... begrüßt ... eine Verbesserung und Ausweitung des Flugverkehrs sowie ... den Ausbau Berlins als Konferenzstadt ... darüber hinaus aber auch ... erweiterte Anflugmöglichkeiten für alliierte und



Ein US-Flugzeug landet während der alliierten „Luftbrücke“ 1948 in Westberlin. Vom 24. bis 16. Juni will der Senat den 40. Jahrestag der „Luftbrücke“ begehen.

nichtalliierte Fluggesellschaften auf Strecken außerhalb der Korridore.“

Sellin (GRÜNE): „Berlin (West) liegt geographisch in der Mitte Europas. Dieser Vorteil der geographischen Mitte ist konfrontiert mit der politischen Last und Spannung zugleich, inmitten der DDR zu liegen ... Die wirtschaftliche, ökologische und finanzielle Lage der Mehrzahl der osteuropäischen Länder ist so schlecht und perspektivlos, daß es eine westeuropäische Verantwortung für die Entwicklung der Lebensverhältnisse in osteuropäischen Ländern gibt ... Berlin (West) und Berlin (Ost) können Tagungsort für die KSZE-Folgekonferenzen werden ... Kein Standort ist besser für die internationale Debatte über die Verwirklichung ... von Menschenrechten geeignet.“

zubinden, kann, wenn die Lärm- und Umweltbelastungen für Berlin (West) nicht unerträglich werden sollen, nur in Arbeitsteilung zwischen Berlin-Tegel und Berlin-Schönefeld erreicht werden. Deshalb ist eine schnelle, unkomplizierte und vertraglich garantierte Verbindung zwischen den beiden Flughäfen notwendig.“

Einer der eifrigsten Wegbereiter des „Luftkreuz Berlin“ ist laut Berichten der „Berliner Morgenpost“ das Aufsichtsratsmitglied von Airbus-Industries und Lufthansa, Franz-Josef Strauß. Er soll bei seinem jüngsten Aufenthalt in der Sowjetunion einen Handel in Milliardenhöhe über 80 Airbus-Maschinen einschließlich Wartungsverträgen gegen Lande- und Überflugrechte der Lufthansa via Westberlin auf den Weg gebracht haben.

Sollten diese Berichte stimmen, handelt es sich beim „Luftkreuz Ber-

lin“ allerdings um das gerade Gegenteil einer Normalisierung. 1948 setzten die Amerikaner mit der „Luftbrücke“ die Spaltung Berlins durch. Die heutige Senatsgeschichtsschreibung lautet, durch die Luftbrücke sei der Ausbruch des 3. Weltkrieges verhindert worden.

Die Verbindungen von und nach Westberlin waren und bleiben der neuralgische Punkt des von Bundesminister Schäuble so genannten „westlichen Vorpostens im östlichen Machtbereich“. Probleme macht den Brückenkopf-Ideologen, daß die inhaltliche Seite der Verbindungen im Laufe der Zeit immer mehr zu reinen (Personen-)Verkehrsverbindungen und damit immer weniger zu Bindungen an die BRD geworden sind. Die Verödung der Stadt als Industriestandort hat die Berlin-Subventionen ins Gerede gebracht. Die wachsende Versorgung aus der DDR und die vielfäl-

tigen Abhängigkeiten von dem, was schamvoll das „Umland“ genannt wird, lassen den Anschluß an die BRD als 11. Bundesland objektiv immer mehr zur Farce werden und zwingen deshalb zu neuen Positionsbestimmungen.

Das „Luftkreuz Berlin“ steht im Zusammenhang mit der Vision vom Ausbau Westberlins zur internationalen Kongreß- und Kulturmetropole. Alle Fraktionen des Bundestages einschließlich der GRÜNEN sind für den Gedanken der Kongreß- und Begegnungsstätte Westberlin entbrannt. Im Herbst 1988 finden dort die Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds statt. Schon kann Schäuble drohen: „Diese Tagung ist für Berlin eine große Chance ... Dies sollten auch alle bedenken, die die Arbeit von Weltbank und Währungsfonds vielleicht mit kritischen Augen sehen.“ (maw)

Westeuropäische Militärpolitik der BRD

Über das Bündnis mit Frankreich zur militärischen „Neuordnung Europas“

Die Regierung Kohl/Genscher hat seit ihrem Amtsantritt im Herbst 1982 bei der Bildung eines westeuropäischen Militärpaktes unter dominierendem Einfluß der BRD große Fortschritte gemacht. Zur Erinnerung: Am 27.10.84 verkündeten die Außen- und Verteidigungsminister der WEU in Rom die „Wiederbelebung der WEU“, was „nicht nur zur Sicherheit Westeuropas, sondern auch zur Verbesserung der gemeinsamen Verteidigung aller Staaten des Atlantischen Bündnisses und zu größerer Solidarität unter seinen Mitgliedern beitragen würde.“

Inzwischen hat sich diese WEU zu einem aggressiven Militärpakt entwickelt, der auch außerhalb Europas offen militärisch eingreift. Ende August 1987 tagten in Den Haag hohe Beamte der Außen- und Verteidigungsminister der WEU und vereinbarten dort u.a. erstmals einen einheitlichen Standpunkt zur Lage am Golf (1). Diese Vereinbarung und die darauf beruhende direkte militärische Zusammenarbeit (1) wurde Wochen später auf der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Oslo begrüßt. In einer Entschließung „betr. den Persischen Golf“ hieß es u.a.: „Die Versammlung ... anerkennt die Bemühungen der Länder Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, der Niederlande und der Vereinigten Staaten, durch die Entsendung von Marineeinheiten die Schifffahrt zu schützen, sowie ihre politischen Bemühungen, einen stabilisierenden Einfluß auszuüben; nimmt die Konsultationen zwischen Mitgliedsstaaten der Westeuropäischen Union zur Sicherheit im Golf sowie die verschiedenen Haltungen der Mitgliedsländer zur Frage der Entsendung von Marineeinheiten in den Golf zur Kenntnis“ (2).

Auch das Auswärtige Amt stellt solche Entscheidungen in der WEU nicht mehr in Abrede. Am 21. Januar fragte der SPD-Abgeordnete Dr. Soell im Bundestag: „In welchem Umfang und in welchen Formen finden die Konsultationen innerhalb des Ministerrats der Westeuropäischen Union zu Problemen außereuropäischer Krisenregionen, z.B. zu den Problemen am Golf und des Einsatzes europäischer Schiffe dort im Golf, statt?“ AA-Staatsminister Schäfer antwortete ihm: „Es bieten sich, Herr Kollege, nicht nur im Zusammenhang der WEU Gelegenheiten zu Gesprächen zwischen den Außenministerkollegen. Es gibt verschiedene europäische Ebenen, wie Sie wissen, so daß ich sagen kann, daß solche Fragen ständig, wenn auch nicht immer nur im Zu-

sammenhang mit der WEU, zwischen den Außenministern der Partnerstaaten angesprochen werden.“ (3)

Der Auftritt des jordanischen Königs Hussein vor den Außenministern der EPZ vor einigen Tagen und die für Ende des Monats geplante Zusammenkunft von EG-Außenministern und den Außenministern der Contadora-Staaten dokumentieren, daß sich solche westeuropäische Einmischung nicht auf den Golf beschränkt.

Die BRD übt in diesem Militärpakt einen dominierenden Einfluß aus. Ihr Revanchismus steht in den Zielen der WEU obenan. Die am 26./27.10. in Den Haag beschlossene „Plattform: Europäische Sicherheitsinteressen“ der WEU formuliert: „Europa ... ist 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten

ein Militärbündnis, in dem die BRD sich die uneingeschränkte Unterstützung aller anderen westeuropäischen Mächte versichert. Dregger: „Nur mit Frankreich können die Bundesrepublik Deutschland, die Beneluxstaaten, Großbritannien, Italien und die Staaten der iberischen Halbinsel eine Sicherheitsunion gründen“ (5) steckt diesbezüglich den Rahmen ab.

– 3. Diese Befestigung des westlichen Bündnisses soll der BRD eine noch aggressivere Ostpolitik ermöglichen. Genschers Auftritte in Rumänien und Polen und Kohls Reise in die CSSR unterstreichen die Handlungsfreiheit, die der BRD-Imperialismus gewonnen hat. Am 4. Februar beschrieb dies Helmut Kohl im Bundestag so: „Vor fast zwei Wochen haben wir gemeinsam mit Frankreich feierlich den 25. Jahrestag des Elysee-Vertrages begangen. In der vergangenen Woche habe ich der CSSR einen offiziellen Besuch abgestattet. Diese Aufeinanderfolge hat einerseits mit den Zufälligkeiten des Kalenders zu tun.



Wörner und der französische Verteidigungsminister Giraud. Als nächster Schritt bei der „Wiederbelebung der WEU“ ist die Einbeziehung Spaniens und Portugals und evtl. der Türkei geplant.

Weltkriegs immer noch ein geteilter Kontinent. Die Folgen dieser Teilung für die Menschen bleiben unannehmbar ... Wir schulden es unseren Völkern, diese Lage zu überwinden.“ (4)

Der bislang letzte Schritt beim Aufbau eines westeuropäischen Militärpaktes ist der am 22. Januar gebildete „deutsch-französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat“. Drei Absichten der BRD sind erkennbar:

– 1. Kontrolle über den Einsatz französischer Atomwaffen. Die „deutsch-französische Brigade“ könnte sich in dieser Hinsicht noch als eine geeignete Geisel gegen unerwünschten französischen Atomwaffeneinsatz auf BRD-Territorium herausstellen.

– 2. Mittelfristiges Ziel der BRD ist

Andererseits spiegeln sich aber in beiden Daten auch die spezifischen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik wider ...“ Kohl weiter: „Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sind entschlossen, zusammen auf die Gestaltung einer solchen europäischen Friedensordnung hinzuarbeiten, die die Teilung Deutschlands und die Teilung Europas überwinden kann.“ Für die Staaten des RGW erwächst aus diesem von der BRD kommandierten Militärpakt eine akute Bedrohung.

Quellenhinweis: (1) s. Pol. Ber. 2/88, S. 15f.; (2) Bt.-Ds. 11/1484; (3) Bt-Prot. vom 21.1.88, S. 3822; (4) Bulletin der Bundesregierung, 29.11.87; (5) A. Dregger in: Europäische Wehrkunde 12/87, S. 702f. – (ale, rül)

WEU-Wiederbelebung und westdeutsche Interessen

Der „frühe“ WEU-Plan von Wörner

Eine französisch-deutsche Verteidigungsunion könnte ein solcher Impuls, ein Anfang, ja ein Durchbruch sein. Sie entspräche dem Gebot der Stunde ...

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß der große Sprung, die Direttissima zur europäischen Union einerseits, zu voll integrierten, auch nuklear ausgerüsteten Streitkräften andererseits, nicht möglich ist. Westeuropa braucht zwar die Vision einer politischen Union mit einer unter einem supranationalen Oberbefehl stehenden auch über nuklearen Waffen verfügenden Streitmacht ...

Ein erster Schritt zur organisierten Koordinierung westeuropäischer Verteidigung aber muß nicht nur Frankreich einschließen, er darf auch die Atlantische Allianz nicht schwächen. Westeuropäische Verteidigung kann und soll die NATO nicht ersetzen, sondern stärken.

Damit sind wesentliche Rahmenbedingungen für eine Initiative zur Neustrukturierung westeuropäischer Sicherheitspolitik definiert:

1. Sie muß „visionskonform“ sein, d.h. darf die Verwirklichung einer politischen Union nicht behindern;
2. sie sollte integrationsfördernd sein, d.h. sollte der europäischen Einigungsbewegung neue Impulse geben;
3. sie darf nur schrittweisen Souveränitätsverzicht fordern, d.h. sie darf u.a. die nukleare Frage nicht an den Anfang des westeuropäischen Einigungsprozesses stellen;
4. sie muß von Frankreich nicht nur toleriert, sondern mitgetragen werden;
5. sie darf weder anti-atlantisch, noch anti-amerikanisch sein. (Europäische Wehrkunde, 4/76)

Genschers Konkretisierung und offensichtliche Lügen

Die WEU soll die Abstimmungsform der Europäer für alle Themen werden, bei denen sich eine gemeinsame europäische Haltung im Bündnis empfiehlt ...

Was die Auswirkungen der internationalen Entwicklung auf die Sicherheit Europas angeht, so werden wir uns hier insbesondere mit den Ursachen der Krisen und Konflikte in der Dritten Welt zu beschäftigen haben ...

In diesem Zusammenhang taucht häufig die Frage auf, ob die Beschäftigung mit diesen Fragen im Rahmen der WEU dazu führen könnte, auf dem Umweg über die WEU die geographische Beschränkung der NATO aufzuheben. Dazu möchte ich eindeutig feststellen: Dies ist nicht beabsichtigt ... (Information für die Truppe, 11/84)

Dregger: Die Gesamtbetrachtung deutscher Interessen

3. Frankreich und Großbritannien haben als Atommächte eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Europas. Ihre nuklear-strategische Zusammenarbeit liegt im Interesse auch der atomar unbewaffneten Europäer, wenn sich ihre Atomwaffen nicht nur im Dienst der eigenen, sondern auch der europäischen Sicherheit stellen. Geschieht das nicht, dann wird nach Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen aus Europa die Kluft zwischen den europäischen Atommächten und den anderen Mitgliedern der WEU ein bedenkliches Ausmaß annehmen. Dies gilt besonders für die atomar unbewaffnete Bundesrepublik Deutschland ...
5. Die Schlüsselrolle liegt bei Frankreich. Nur mit Frank-

reich können die Bundesrepublik Deutschland, die Beneluxstaaten, Großbritannien, Italien und die Staaten der iberischen Halbinsel eine Sicherheitsunion gründen ...

6. Wenn die Allianz in Deutschland geschlagen wäre, könnte die Unabhängigkeit Frankreichs nicht mehr verteidigt werden. Das ist auch in Frankreich inzwischen erkannt ...

Die Bundesrepublik Deutschland sollte den Wunsch Frankreichs unterstützen, das für die Eigenständigkeit seiner Atomstreitkräfte notwendige Aufklärungssystem zu schaffen. Dieses Aufklärungssystem würde auch unserer eigenen Lagebeurteilung zugute kommen. Ein europäischer Aufklärungssatellit, der beim Entwicklungsstand europäischer Raumfahrt durchaus denkbar ist, wäre nützlich.

Im Rahmen einer europäischen Sicherheitsunion sollte und könnte die Rüstungskoooperation verbindlich vereinbart werden. Auch die Logistik sollte unter voller Einbeziehung der Häfen- und Verkehrssysteme Frankreichs gemeinsam geplant und organisiert werden.

Frankreich sollte auch mit konventionellen Streitkräften an der Vorverteidigung der Bundesrepublik Deutschland mitwirken, und zwar nicht eventualiter, sondern aufgrund verbindlicher und jedermann bekannter Zusagen ...

9. Bis 1992 sollten Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland nicht nur, wie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vereinbart, ihre wirtschafts- und währungspolitischen Grenzen abschaffen, sondern auch ihre sicherheitspolitischen Grenzen. Frankreich und Deutschland sollten durch ihre Vorkehrungen es einem potentiellen Angreifer unmöglich machen, sie nacheinander zu erpressen oder zu schlagen ...

Die EG würde auch durch die Gründung einer europäischen Sicherheitsunion zusätzliche Antriebskräfte erhalten für die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion und beides übergreifend zu einer politischen Union ...

Es geht vor allem um drei Ziele: ... Anstreben einer gesamteuropäischen Friedensordnung, die die Teilung Deutschlands und Europas überwindet, auf der Grundlage militärischen Gleichgewichts und der zu schaffenden politischen Union Westeuropas. Eine europäische Friedensordnung verdient ihren Namen nur dann, wenn sie auf dem kulturellen Erbe Europas gründet ... (Europäische Wehrkunde, 12/87)

J. Chirac: Solidarität in der WEU

Die Intensivierung unserer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland entspricht einem historischen Anspruch, den alle anerkennen. Und mit Italien und Spanien haben wir eine sehr fruchtbare politische und militärische Zusammenarbeit eingeleitet, die im Mittelmeerraum ein bevorzugtes Wirkungsfeld finden kann ... Denn es ist in der Tat gemeinsamer Wille der Europäer, ihre Verantwortlichkeit auszuüben, die ihnen in der Welt Gehör verschafft. Diese europäische Solidarität muß heute in der WEU Gestalt annehmen ...

Wer kann also jetzt daran zweifeln, daß Frankreich, sollte die Bundesrepublik angegriffen werden, sich unverzüglich und vorbehaltlos engagiert? ...

Meine letzte Bemerkung betrifft die Geisteshaltung der Öffentlichkeit in Frankreich und der Bundesrepublik. Die Schaffung der Schnellen Eingreiftruppe 1982 galt als Antwort auf die Erwartung unserer deutschen Nachbarn ... überall dort eingesetzt werden soll, wo ihr Beitrag sich als nützlich erweisen würde. (Europa Archiv, Folge 2, 1988)

Türkei und Naher Osten

Wie man von einem Krieg profitiert, ohne selbst beteiligt zu sein

Der Golfkrieg steht seit langem im Interesse der Weltöffentlichkeit. Immer wieder hat auch die NATO, insbesondere die USA, versucht, den Konflikt in ihrem Sinne zu nutzen. Gegenüber den spektakulären Flottenverlegungen in den Persischen Golf und das Mittelmeer ist ein anderes, strategisch bedeutsames Aufmarschgebiet eher unbeachtet geblieben: die Türkei. Dabei spielt die Türkei eine entscheidende Rolle im Kräfteverhältnis des Nahen Ostens und das nicht nur, weil sie über die stärkste Armee verfügt und NATO-Basen quer übers Land verteilt sind.

Türkei und Irak

Da ist zunächst der Irak, bis zum Zusammenbruch des osmanischen Reiches Ende des Ersten Weltkriegs türkisch, seither ein eigener Staat. Rund „eine Million Türken“, so die offizielle türkische Lesart, leben im Irak. Es sind Turkmenen und Kurden, deren Existenz die jeweiligen türkischen Regierungen immer wieder zu Erklärungen über „Volksgruppenrechte“ und „türkisches Gebiet im Irak“ veranlaßt. Offiziell wird nie vergessen, auf die Turkmenen hinzuweisen. Der Irak ist heutzutage mehr denn je von der Türkei abhängig: Rund 250 Millionen \$ jährlich macht Irak bei der Türkei Schulden, meist für Pipelinegebühren. Die Türkei transportiert nämlich einen Großteil des irakischen Öls durch ihr Gebiet. Zwei Pipelines bestehen für diese Aufgabe. Dreht die Türkei den Hahn zu, hätte das katastrophale Folgen für den Irak. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß Irak sich auf ein Übereinkommen einließ, das der türkischen Armee die Verfolgung kurdischer Guerillas bis weit hinein auf irakisches Territorium gestattet. Die Türkei hat durchaus Interesse an der Lebensfähigkeit des irakischen Regimes: Ein Zusammenbruch des Irak würde die Türkei mit einem zweiten schiitisch-fundamentalistischen Staat unter iranischer Kontrolle konfrontieren und möglicherweise mit einem, wenn auch kleinen, Kurden-Staat. Der Iran nämlich hat verschiedenen irakischen Kurden-Parteien eben jenes angeboten für deren Hilfe im Kampf gegen Husseins Regierung. Allerdings dürfte das türkische Interesse an der Lebensfähigkeit Iraks begrenzt sein: Zur Not nimmt man die Sache selbst in die Hand, und das verspricht ja auch einiges: Bereits 1986 wurden in der bürgerlichen Presse Pläne diskutiert, die eine militärische Besetzung der irakischen Ölfelder bei Kirkuk durch die

türkische Armee vorsehen. Die Rechnung dabei ist folgende: Eine solche Besetzung müßte Reaktionen der Sowjetunion auslösen, was wiederum den USA Grund genug zur Entsendung der Schnellen Eingreiftruppe gäbe (1). Mit Vehemenz bestritten hat bisher niemand solche Pläne. Die Türkei käme so in den Besitz des irakischen Teils Kurdistans, eine interessante Perspektive, vor allem, wenn man weiß, daß nahezu alle Rohstoffgebiete, von denen die Türkei lebt, in Kurdistan liegen.

Türkei und Iran

Mit dem Iran hat die Türkei seit langem Probleme, vor allem seit der 79er



Türkische Soldaten überfallen ein Dorf in Kurdistan.

Revolution gegen den Schah, die die Schiiten an die Macht brachte. Die nämlich bekämpfen den türkischen Verrat am Islam in Form eines säkularisierten, also verweltlichten Staates, der strikt von der Religion getrennt ist. Seit Jahren beschwert sich die Türkei über iranische Propagandafeldzüge und die Schürung von Unruhen in der Türkei. Der Iran soll u.a. zahlreiche getarnte Mullahs und Agitatoren unter dem Deckmantel des Asylbewerbers in die Türkei eingeschleust haben, in den an den Grenzen gelegenen Provinzen unterhält Iran Propaganda-Rundfunksender. In den letzten Jahren versuchten beide Länder, ihre Beziehungen zu normalisieren. Kein Wunder, ist doch Iran der größte Handelspartner der Türkei im Nahen Osten (der größte überhaupt ist übrigens die BRD). Die Türkei bezieht vor allem Erdöl, aber auch

Datteln, Feigen und Keramikplatten, der Iran erhält im Gegenzug Stahl, Fleisch und technisches Gerät.

Türkei und Syrien

Im Verhältnis zu Syrien hält die Türkei mittlerweile die Trumpfkarten in der Hand. Spannungen bestehen unter anderem, weil Syrien den kurdischen Guerillas Unterschlupf gewährt, aus durchaus eigennützigen Motiven, versteht sich. Jetzt baut die Türkei einen Staudamm an Euphrat und Tigris, der wichtigsten Wasserquelle Syriens. Fast die Hälfte des Wassers soll umgeleitet werden. Zwar wurde Syrien vertraglich die Zuführung einer Mindestmenge von 500 Kubikmeter Wasser pro Sekunde zugesichert, was Syrien den Vorteil gleichmäßigen Wasserzuflusses bietet, dennoch säße die Türkei am längeren Hebel: Sie könnte Syrien auf dem Trockenen sitzen lassen. Ob dieser Perspektive ließ sich dann auch der selbsternannte

Führer des großsyrischen Reiches, Assad, an den Verhandlungstisch zwingen, an dem er als erstes die Kurden opferte. Das Ende jeder Unterstützung „antitürkischer Aktivitäten“ auf syrischem Boden sagte Assad zu. Mittlerweile hat die Türkei den Bau einer Wasserpipeline vom Mittelmeer nach Syrien vorgeschlagen, über die Syrien täglich 3,5 Millionen Kubikmeter Wasser erhalten soll – natürlich nur, wenn nachweislich keine kurdischen Operationen mehr von Syrien ausgehen.

Die Kurden

Die Kurden spielen eine mitentscheidende Rolle in der Region. Allerdings ist es ihnen bislang in keiner Weise gelungen, sich untereinander zu verständigen und zu vereinheitlichen. Im Gegenteil. Alle beteiligten Staaten versuchen, die Kurden für ihre Interes-

sen nutzbringend einzusetzen. So soll die irakische Partei KDP, eine eher auf das Feudaleigentum gestützte Partei, die iranische Armee nicht nur bei Offensiven gegen Irak, sondern auch bei Kämpfen gegen iranische Kurden unterstützt haben. Die iranische Partei KDPI, die ihrerseits die kurdisch-iranische marxistisch-leninistische Komala bekämpft, erhält Unterstützung von Bagdad. Innerhalb der irakischen Kurden wiederum fanden Ende der 70er Jahre schwere bewaffnete Kämpfe zwischen der leninistisch ausgerichteten PUK und der oben erwähnten KDP statt, in deren Verlauf 1978 800 Mann der PUK aufgerieben wurden. Die PUK scheint, auch durch massive Verfolgung durch die irakische Armee, so weit demoralisiert und in die Enge getrieben, daß sie sich mittlerweile der KDP und dem Iran weitgehend angenähert hat. Dem türkischen Staat gelingt es trotz größten Terrors nicht, die um die PKK gescharten

Guerillas zu besiegen. Mittlerweile stehen 2/3 der türkischen Armee in Kurdistan. Innerhalb der türkischen Kurden gibt es seit langem heftige Auseinandersetzungen zwischen PKK und der Partiya Sosyalista Kurdistan Tirkie (PSKT), die eng mit der moskauorientierten TKP zusammenarbeitet. PSKT bestreitet die Möglichkeit eines erfolgreichen kurdischen Befreiungskampfs, wenn nicht gleichzeitig oder zuerst „demokratische“ Verhältnisse in der Türkei hergestellt werden können; darüber hinaus begnügt sich PSKT mit einem kurdischen Autonomiestatus. Wohl nicht zu Unrecht vermutet daher PKK, daß der türkische Staat seine Spaltungsversuche in Kurdistan irgendwann um die Variante erweitern könnte, bestimmten Kräften Verhandlungen über „Autonomie“ anzubieten, um den bewaffneten Kampf zu isolieren.

Im Februar diesen Jahres wurden 20 PKK-Mitglieder zum Tode verur-

Geknechtet und ausgebeutet

Irgendwo in Istanbul. Fast gemächlich schlendern zwei Polizisten durch die Straßen; mit gespielter Hektik zeren die fliegenden Händler ihre Plastikplanen mit Waren darauf in Seitenstraßen und Hauseingänge. Razzia. Wie häufig. Meist tut man sich nicht viel. Hin und wieder etwas Bestechung, ab und zu läßt sich ein Händler wie abgesprochen erwischen, daß die Polizei was zum Vorzeigen hat. Ansonsten haben die Händler meist nicht viel zu befürchten. Zwölf Stunden am Tag, sechs oder sieben Tage die Woche stehen die meisten von ihnen in den Straßen. Sie gehören zu den 40% Arbeitslosen unter den Werktätigen in der Türkei. Kannst du nichts verkaufen oder sonstwie Geschäfte machen, nagst du am Hungertuch. Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe gibt es nicht, die Rente ist nicht der Rede wert. Stattdessen gibt es Kinderarbeit. Die Mietpreise für eine Wohnung mit fließendem Wasser und Heizung in den Großstädten liegen bei 100-400% eines durchschnittlichen Facharbeiterlohns. Das ist oft nicht einmal zu bezahlen, wenn beide Ehegatten und die Kinder arbeiten gehen. Die Inflation liegt bei 50%. Kaum waren die „Wahlen“ rum, hat die Regierung Özal die Preise auf wichtige Waren um 30% erhöht. Eine von vielen Folgen: Mehrere unabhängige und linke Zeitungen, Organe der unterdrückten Opposition, die politisch nicht tot zu kriegen waren, melden Konkurs an; auch die Papierpreise waren betroffen. Die zum Teil wieder legal er-

scheinenden linken Partei- und Gewerkschaftszeitungen werden folgen: An sie wird grundsätzlich kein Papier verkauft. Das haben dann die unabhängigen Magazine und Zeitungen für sie besorgt. So trifft eine Pleite die ganze Opposition. Rechtzeitig vor den Preiserhöhungen wurde die Führung der Otomobil Is-Gewerkschaft, die im letzten Jahr einen großen Streik geführt hatte, verhaftet. Die Gewerkschafter stünden im Verdacht, eine kommunistische Partei mitbegründen zu wollen. Als Warnung war das deutlich. Lokale Streiks gibt es dennoch. Auf der Baustelle der zweiten Bosphorus-Brücke haben die Arbeiter drei Monate keinen Lohn mehr gekriegt. In dieser Situation hat keiner mehr was zu verlieren.

In den 70er Jahren hatte die türkische Arbeiterbewegung die 40-Stunden-Woche erkämpft und ein auf westeuropäischem Niveau stehendes Arbeitsschutzrecht. Mit dem Militärputsch 1980 wurde all das beseitigt. Heute wird in den Fabriken wieder 10 bis 12 Stunden an sechs Tagen die Woche gearbeitet. Nicht nur die Arbeitszeit, auch die Slums sind angewachsen. Kaputte Fensterscheiben, die mit Zeitungspapier ausgestopft werden, Wasser aus dem Brunnen in der Straße, Ratten - in jeder Stadt gehört das zum Alltag.

Ebenso wie die Soldaten mit Maschinenpistolen an jeder Ecke oder die allabendlichen Berichte im Fernsehen über die neuesten Verhaftungen. Und über allem thront noch immer die Büste Atatürks mit der Aufschrift „Glücklich derjenige, der sagen kann, ich bin Türke“ ...



Ministerpräsident Özal

teilt. Aus Protest hiergegen sowie gegen die Haftbedingungen haben 2000 Gefangene u.a. in Diyarbakir und Eskisehir einen unbefristeten Hungerstreik angetreten. In Eskisehir kam es während einer Solidaritätsdemonstration zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Quellenhinweis: (1) FAZ v. 23.10.86; FR v. 20.11.86; vgl. auch: Europa-Archiv, 6/87 S.161ff; 23/87, S. 691ff. - (Mak)

Golfstaaten-EG

EG weitet ihren Einfluß im Golf aus

Die EG-Staaten gewinnen im Golf zunehmend an Boden gegenüber ihren Konkurrenten, den japanischen und den US-amerikanischen Imperialisten. Dieser Tage steht ein wichtiges Ereignis bevor: Die EG und die GCC-Staaten, Golf-Kooperationsrat, (Saudi-Arabien, Kuwait, Qatar, Bahrain, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate) wollen ein Kooperationsabkommen beschließen.

Bereits jetzt ist die EG wichtigster Handelspartner der GCC-Staaten: 1986 importierte die EG aus den GCC-Staaten für fast 26 Mrd. DM, zumeist Erdöl und -erzeugnisse. Die EG-Staaten exportierten hingegen hauptsächlich Fertigprodukte und Nahrungsmittel im Wert von fast 30 Mrd. DM.

Die EG-Imperialisten erweisen sich als die eigentlichen Hauptnutznießer des Krieges zwischen Iran und Irak, den beide um die Vorherrschaft unter den erdölproduzierenden Ländern am Golf führen. Sie profitieren vielfältig davon, auf beiden Seiten. Die GCC-Staaten fürchten den Sieg und damit die Vorherrschaft des Iran, dies eröffnete den EG-Imperialisten Wege, diese Länder in größere Abhängigkeit zu treiben.

Seit 1980 und verstärkt seit 1981, als die sechs Golfstaaten die GCC gründeten, betreibt die EG die von dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und dem Bundesaußenminister Genscher vorgeschlagene „europäisch-arabische Allianz“ (Handelsblatt, 21.8.81). In den letzten Jahren richtete sich dieser Plan immer zielstrebig auf die wirtschaftliche und militärische Anbindung der GCC-Staaten an die EG, um die dortigen Erdölvorräte und -produktion unter EG-Kontrolle zu bringen und den Absatzmarkt zu beherrschen.

Die Verhandlungen zwischen EG und GCC-Staaten über eine umfangreiche wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Kooperation stehen kurz vor ihrem Abschluß. Die EG will ein zweistufiges Abkommen. Die GCC-Staaten fordern hingegen die umgehende Abschaffung aller Zölle, insbesondere derjenigen, die die EG für petrochemische Erzeugnisse aus den Golfstaaten erhebt. Dagegen sperrt sich die EG. Der EG ist seit langem die von den GCC-Staaten seit Mitte der 70er Jahre errichtete Grundstoffindustrie ein Dorn im Auge. Also schlägt der EG-Kommissar Cheysson jetzt als Lösung vor: Für die Freigabe z.B. saudischer Exporte wie Methanol und Polyäthylen in die EG sollen im Gegenzug die Golfstaaten Gemeinschaftsunternehmen mit EG-Konzernen eingehen. Die EG-Konzerne greifen nach den Rohstoffen der Golfstaaten.

Quellenhinweis: Financial Times, 24.07.87 u. 15.01.88; Handelsblatt, 22.10.87 – (sie)

Australien

Aktionen gegen Jubiläumsfeiern

Am 26. Januar vor 200 Jahren begann die Kolonialisierung Australiens mit der Landung Kapitän Philips an einer Landzunge des heutigen Hafens von Sydney. Mit einem 200 Millionen-Dollar-Budget hat die australische Regierung eine eigens für die 200-Jahr-Feiern eingerichtete Behörde ausgestattet. Während mit viel Pomp und noch mehr Alkohol die Ankunft einer Nachbildung der „Ersten Flotte“ in Sydney gefeiert wurde, demonstrierten zwischen 10000 und 15000 Aborigines in den Straßen Sydneys für ihre Forderungen nach Souveränität, Land und Gerechtigkeit.

Für die Aborigines bedeuten diese 200 Jahre Kolonialisierung ebenso viele Jahre des Landraubs, der Ausrottung, der Zerstörung ihrer Kultur, deren wichtigstes Gut „Mutter Erde“ ist. Sie wurden von den britischen Kolonialisten als „primitive Wilde“ behandelt, die man entweder vertrieb oder

ermordete. Die Siedler vergifteten die wenigen Wasserstellen der Aborigines in der Wüste und verteilten Decken, die mit Cholerabakterien verseucht waren. Gegen den Raub ihres Landes und die Vernichtung durch die weißen Siedler setzten sich die Aborigines mit allen Mitteln zur Wehr. Heute gibt es eine große Zahl von Aborigine-Organisationen, die auch auf nationaler Ebene arbeiten. Gemeinsam wollen sie die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gegenüber Australien während der Jubiläumsfeiern nutzen, um ihren Forderungen nach Souveränität, nach uneingeschränkten Landrechten und nach Wiedergutmachung Beachtung zu verschaffen.

Als symbolischen Akt der Souveränität über ihr eigenes Land errichteten sie eine Zeltbotschaft an der Landungsstelle Kapitän Philips, Farm Cove. Aus allen Teilen des Landes kamen Tausende von Aborigines in einem Langen Marsch nach Sydney. In Brisbane fand bereits im Dezember eine Demonstration von 400 Aborigines und weißen Australiern für die Landrechte statt. Als die Nachahmung der „Ersten Flotte“ dort am 30. Dezember auftauchte, sorgten Transparente mit den Losungen der Aborigines für große Aufmerksamkeit. In Adelaide begleiteten 1000 Menschen die Teilnehmer des Langen Marsches durch die Stadt.

Die Labour-Regierung von Bob Hawke unternahm inzwischen einige Bemühungen, die schwarze Geschichte des weißen Australien optisch aufzuhehlen. Im Dezember 1987 brachte sie einen Gesetzentwurf im Parlament ein, in dem zum ersten Mal zugegeben wird, daß Australien kein „terra nullus“, kein unbewohntes Land war, als es die Briten an sich rissen. Ausdrücklich wird jedoch in dem Gesetzentwurf darauf hingewiesen, daß die Anerkennung der traditionellen Rechte der Aborigines keineswegs deren Kontrolle über das Land oder gar zusätzliche Landrechte in den ihnen heute verbliebenen Stammesgebieten und Reservaten bedeute.

Unterstützung findet der Kampf der Aborigines bei vielen fortschrittlichen Organisationen und Menschen, z.B. dem Australischen Lehrerverband, der beschlossen hat, die Feiern zu boykottieren und nach den Sommerferien in den Schulen neue Programme einzuführen, die den Standpunkt der Aborigines deutlich machen. Der Erziehungsminister hat nichts dagegen und der Minister für Angelegenheiten der Aborigines boykottiert selbst die Feiern.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, 20.1. u. 26.1.; Vanguard, Zeitung der CPA/ML, 13.1. und 27.1.; Newsweek, 8.2.88; epd-Entwicklungspolitik, 2/88 – (ans)

US-Stützpunkte in Spanien

Militärische Neuorganisation in Europa

Die in der internationalen Presse mit Spannung verfolgten Stützpunktverhandlungen zwischen Spanien und den USA sind zu ihrem Ende gekommen. Am 15. Januar wurde ein Vertrag geschlossen, der besagt, daß die US-Luftwaffe den bei Madrid gelegenen Luftwaffenstützpunkt Torrejon innerhalb von drei Jahren räumt. In diesem Zeitraum sind die dort stationierten 72 F-16-Kampfflugzeuge abzuziehen und das übrige militärische Equipment der spanischen Luftwaffe zu übergeben. Ca. 4500 US-Soldaten



sollen mit den Flugzeugen das Land verlassen. Die übrigen drei Luftwaffenbasen in Spanien bleiben den USA erhalten. Der Vertrag hat eine Gültigkeit von acht Jahren und wird, falls beide Seiten nach diesem Zeitraum keine Einwände vorbringen, jeweils automatisch um ein Jahr verlängert.

Was lautstark als unnachgiebige Politik der Regierung Gonzalez apostrophiert wird, ist ein schon seit längerer Zeit geplantes Manöver mit dem Ziel der Umstrukturierung verschiedener NATO-Luftwaffenverbände.

Dabei versucht die spanische Regierung, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Zum einen ist ihr daran gelegen, die eigene militärstrategische Bedeutung innerhalb der NATO zu vergrößern. Dazu trägt die Übernahme von Torrejon, das über ein hochmodernes, computergesteuertes Frühwarn- und Luftabwehrsystem verfügt, zweifelsohne bei. Zum anderen steht Torrejon in den Augen des spanischen Volkes als Symbol für die Kollaboration Francos mit dem US-Imperialismus. Die Verträge, die die amerikanische Luftwaffenpräsenz u.a. in Torrejon regelten, stammen aus dem Jahr 1953 und waren ein Zugeständnis Francos an die Amerikaner,

das er sich allerdings mit der Geheimklausel bezahlen ließ, bei eventuellen Aufständen in Spanien amerikanische Militärhilfe beanspruchen zu können.

Aus diesem Grund gilt Torrejon in der Anti-NATO-Bewegung Spaniens als Relikt der Garantie der Franco-Diktatur durch die USA. Gonzalez wollte mit dem neuen Vertrag der Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen, indem er sich als Friedensstifter und Kämpfer für Spaniens Unabhängigkeit porträtieren ließ.

Militärpolitiker der Bundesrepublik und Frankreichs sahen das offiziell auch so. Nur durch ihre weiteren Rasonnements ließen sie die Katze aus dem Sack: Es scheint schon ganz konkrete Pläne über Einsätze der französischen und westdeutschen Luftwaffe von Torrejon aus zu geben. Spanien ist für die neuen Achsenmächte geostrategisch über den Rahmen der NATO hinaus von außerordentlicher Bedeutung. Mit dem Vertrag zwischen den USA und Spanien kann der geplante Umbau an der westlichen Flanke der NATO-Luftwaffe in Angriff genommen werden.

Zudem bedeutet der Vertrag nicht, daß die US-Airforce von nun an im südlichen Europa außen vor steht. Ausdrücklich wurde den USA zugesichert, Torrejon weiterhin uneingeschränkt logistisch nutzen zu können. Außerdem wurde vereinbart, daß das gesamte Geschwader der 72 F-16-Bomber in „Krisensituationen“ nach Torrejon zurückkehren kann. Was als Krise einzustufen ist, darüber wurde beflissentlich geschwiegen. Auch die Spekulationen, wo die Kampfflugzeuge nun stationiert werden sollen, sind zu einem Ende gekommen. Hiieß es zuerst, Marokko hätte sich angeboten und später, sie müßten zurück in die USA, ist die Lösung jetzt perfekt: In Comiso auf Sizilien werden gerade die Mittelstreckenraketen abgeräumt, da bietet sich der Platz doch nahezu an! – (gem)

wurden aber die erwarteten Ergebnisse nicht erzielt. So traten am 20. Januar 50000 Angestellte der führenden Industriebetriebe in den Streik. Dazu gehörten Alfa-Laval, Asea-BBC, Atlas-Copco, Electrolux, Eldon, Ericsson, Husquarna, Hägglund, IBM-Svenska, Landys & Gyr, Philips, Rank Xerox, Saab-Scania, Siemens, SKF, Tetra Pak und Volvo. Der Streik der Angestellten hatte sofortige Auswirkungen auf die Produktion in den Werken. Die EDV-Anlagen standen, und Post wurde nicht bearbeitet. Die erste Folge war, daß in kurzer Zeit 250000 Arbeiter von den Werken zwangsbeurlaubt wurden, da die Produktion nicht zu steuern war. Allein bei Volvo in Göteborg sammelte sich während des Streiks ein Berg von 22 Tonnen Post an, der nicht bearbeitet wurde. Da der Streik gerade die stark exportorientierte Wirtschaft betraf, betrugen die Exportmindereinnahmen pro Woche ca. 3 Mrd. sKr. Damit war ein Grund für eine Hetzkampagne gegen die SIF gefunden: In der schwedischen Presse wurde über „weggestreikten Wohlstand“ verhandelt. Saab-Scania mußte

gar seine Produktion in einem finnischen Werk bis auf weiteres einstellen. Der Metallverband VF sperrte während des Streiks seinerseits zu den 50000 Streikenden noch einmal 50000 Angestellte aus. Die Zahl der zwangsbeurlaubten Arbeiter wuchs auf 400000 an. Der gefundene Kompromiß erbrachte 1,9% Erhöhung, rückwirkend vom 1. Januar 1988. Dazu kommen regionale Zuschläge von 0,4% auch ab Januar und weitere 0,5% ab Oktober. Eine Salarentwicklungsgarantie war ebenfalls Bestandteil des Vertrages. An der Basis ist der Abschluß mit Unmut quittiert worden, da er nicht die Erwartungen erfüllte.

Die Börsenkurse festigten sich. Volvo spricht von 20000 Einheiten Ausfall allein im PKW-Bereich. Der VF nennt 5 bis 6 Mrd. sKr. fehlenden Fixkosten, ca. 10 Mrd. an Produktionsausfällen und ca. 6 Mrd. fehlende Exporterlöse. Zur Zeit laufen mit der LO (Arbeitergewerkschaft) in dem gleichen Bereich Verhandlungen für 220000 Beschäftigte.

Quellenhinweis: NZZ, 09.02. und 10.02.; Dagens Nyheter, 08.02. – (uwb)

Großbritannien

Große Unterstützung für streikende Krankenhaus-Beschäftigte

3. Februar, 8.30 Uhr morgens, vor dem Krankenhaus University College Hospital in London. Seit sechs Uhr stehen die Krankenschwestern und -pfleger Streikposten vor dem Krankenhaus. „Hupt, wenn Ihr uns unterstützt“ steht auf großen Plakaten, und die lautstarke Unterstützung vorbeifahrender Autofahrer läßt nicht auf sich warten. „Die Krankenschwestern sind sehr wütend. Wir haben uns lan-

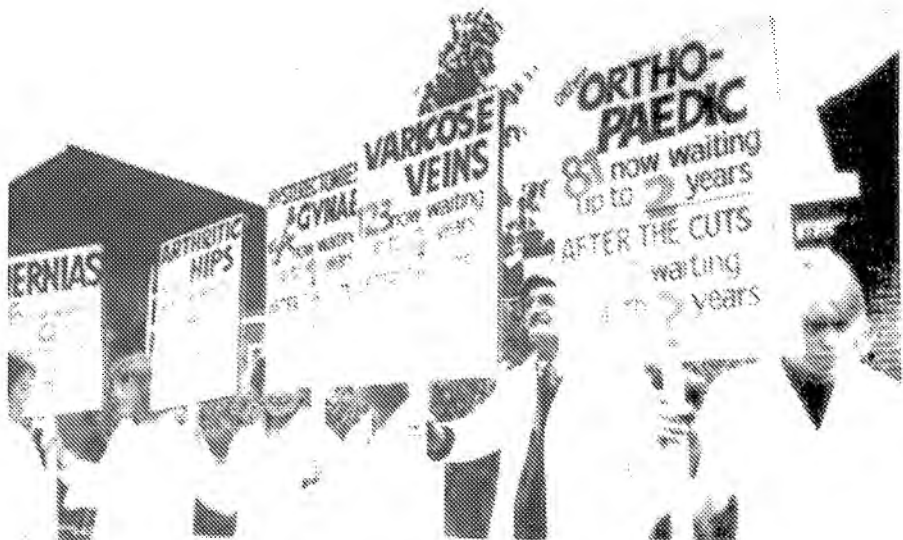
ge genug erpressen lassen“, sagt Julietta Lesley. Sie ist „shop steward“, eine der Vertrauensfrauen.

Die Schwestern und Pfleger verlangen „erhebliche Lohnerhöhungen“ für die Beschäftigten im staatlichen Gesundheitsdienst National Health Service (NHS). In ihrem Vorschlag für die gemeinsame Lohnkommission bot die Regierung Thatcher ein Angebot von 3% zum Ausgleich der Inflation

Schweden

Angestellteengewerkschaft in Streik und Aussperrung

Vom 20. Januar bis zum 8. Februar dauerte ein Streik der Angestellten der schwedischen Metallindustrie. Deren Gewerkschaft SIF stand in Verhandlungen, nachdem auf Landesebene ein Lohnrahmen zwischen Metallverband und SIF ausgehandelt worden war und dies regional konkretisiert werden sollte. Es wurde eine Gehaltserhöhung von 6% gefordert, verstärkte Einflußnahme auf die innerbetriebliche Lohnpolitik und verbesserte Sozialleistungen. Damit war ein Ziel gesteckt, welches eine effektive Reallohnsteigerung bedeutet hätte. Hier



„Krampfadern: 123 warten, bis zu 4 Jahren“, „Sonstige Orthopädie: 81 warten bis zu 2 Jahren“. Demonstration gegen Kürzungspläne vor einem Krankenhaus



Claude Jaguelin, Sekretär der PCF bei Renault-Billancourt (Paris), wurde am 4.2. von privaten, von der Betriebsleitung angeheuerten Schlägern gefangenegenommen und zusammengeschlagen im Wald von Mendon ausgesetzt. Die Schläger drohten ihm außerdem, seiner Frau und seinen Kindern etwas anzutun. Jaguelin gehört zu 10 militanten Gewerkschaftern, die seit Ende letzten Jahres entlassen werden sollen. Am 6.2. fand in Paris eine Demonstration statt, an der über 5000, darunter auch Schüler und Jugendliche, teilnahmen (Bild). Transparentaufschrift: „Levy (Betriebsleiter von Renault-Billancourt), Du glaubst Dich in Argentinien, Dein Faschismus wird nicht durchgehen.“ – sur

Österreich: SU-Botschafter gegen EG-Beitritt Österreichs

Der sowjetische Botschafter in Österreich, Schikin, erklärte am 12.2. im Rahmen einer von ihm einberufenen Pressekonferenz in Wien, daß die Sowjetunion als Mitunterzeichnerstaat des österreichischen Staatsvertrages von 1955 eine Mitgliedschaft Österreichs in der EG nicht akzeptieren werde. Er wies darauf hin, daß Österreich zur Neutralität verpflichtet sei und zitierte aus dem Staatsvertrag das „Anschlußverbot“ Österreichs an Deutschland. Die Sowjetunion betrachte einen EG-Beitritt als verbotenen „mittelbaren Anschluß“. Die Neue Zürcher Zeitung vom 14./15.2. berichtet, daß Schikin mehrfach in

den letzten Monaten das Außenministerium Österreichs vor solchen Plänen gewarnt hätte. – (sie)

Mexiko: erfolgreicher Streik der VW-Arbeiter

Der Streik der über 13000 Beschäftigten bei VW-Mexiko in Puebla endete am 3. Februar nach zweitägiger Dauer mit der Durchsetzung einer 15%igen Lohnerhöhung. Die VW-Geschäftsleitung hatte nur 10% angeboten. Bereits im Sommer letzten Jahres konnten die VW-Beschäftigten in einem achtwöchigen Streik, dem längsten in der Automobilindustrie Mexikos, Lohnerhöhungen von 78% durchsetzen. VW ist Marktführer in Mexiko und will den US-Markt mit Billigimporten aus Mexiko beliefern. – (sie)

Beendigung des Lagerkriegs im Libanon

Um „der Erhebung des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten seine Hochachtung zu erweisen“, gab Amalführer Berri mit einer Erklärung vom 17. Januar 1988 die Belagerung der Flüchtlingslager in Beirut durch die Amalmilizen auf, die im Mai 1985 begonnen und zu mehreren „Lagerkriegen“ geführt hatte. In Bourj El-Barajneh leben ca. 27000 Menschen, im fast völlig zerstörten Shatila etwa 3500 weitgehend unter der Erde. Seit einem Jahr konnten nur Frauen und Kinder ausschließlich zum Einkaufen von Lebensmitteln das Lager verlassen, die Männer waren beinahe drei Jahre eingeschlossen. Auch Baumaterialien zur Reparatur der Unterkünfte durften bisher nicht in die Lager gelangen. Die Kinder werden nach drei Jahren wieder Unterricht erhalten. Ebenfalls wurde die Belagerung um Rashidje bei Sidon aufgehoben. Gefangene beider Seiten sollen freigelassen werden. Syrische militärische Beobachter bezogen die bisherigen Stellungen der Amalmilizen, libanesischer Gendamerie soll in den Lagern wieder ihre Polizeiposten beziehen. Dies sind die ersten Schritte, den im September 1987 geschlossenen Vertrag über die Beendigung des Lagerkrieges umzusetzen. Die neue Sympathie mit den Palästinensern drückt sich auch in dem vom Hohen Rat der libanesischen Shiiten erlassenen Verbot für Shiiten aus, in Israel zu arbeiten. Israel wollte Shiiten aus der von ihm besetzten libanesischen „Sicherheitszone“ zum Arbeiten in Israel rekrutieren, um die streikenden und durch Ausgangssperren ausfallenden palästinensischen Arbeitskräfte auf den Orangenplantagen zu ersetzen. – (bar)

an, alle weiteren Erhöhungen sollen regional bzw. nach Qualifikation gestaffelt werden. Außerdem deutet die Regierung an, daß sie Nacht- und Sonntagszuschläge stark kürzen will.

Julietta Lesley arbeitet seit acht Jahren im NHS, seit zwei Jahren macht sie eine Schwesternausbildung. „Im zweiten Jahr kriege ich jetzt netto 260 Pfund im Monat (780 DM, d. Verf.). Ich arbeite 37 Stunden in der Woche, zusätzlich sollen wir mindestens 10 Stunden lernen.“ Ein Krankenpflege-Helfer verdient 220 Pfund (660 DM) netto im Monat, eine voll ausgebildete Krankenschwester bzw. Krankenpfleger zwischen 550 Pfund und 600 Pfund im Monat, also 1650 DM bis 1800 DM. Die Preise sind inzwischen deutlich höher als in der Bundesrepublik, vor allem die Wohnung ist in London fast unerschwinglich teuer geworden.

Die 37-Stunden-Woche steht nur

auf dem Papier. Julietta Lesley: „In der Früh- und in der Spätschicht arbeiten wir eigentlich siebeneinhalb Stunden, aber die ausgebildeten Schwestern und Pfleger arbeiten viel länger als 37 Stunden pro Woche. Wenn sie eigentlich um 16.15 Schluß haben, sind sie oft bis 18.00 Uhr oder 19.00 Uhr da, einfach weil sie die Arbeit nicht geschafft haben.“

„Die Pausen werden nicht bezahlt. Eigentlich sollten wir die Pausen einhalten, aber oft kommen wir nicht dazu. Überstunden werden nicht bezahlt und sollen abgefeiert werden. Doch weil so wenig Leute da sind, kann man die freien Tage oft gar nicht nehmen.“

Inzwischen hat der Berufsverkehr der Angestellten eingesetzt, die Hupsignale nehmen zu. Trotz des leichten Regens ist die Stimmung unter den Streikposten sehr gut, die Geldsammlung auf der Straße geht flott voran.

Alle von Zeitungen und Fernsehanstalten durchgeführten Meinungsumfragen berichten von „überwältigender Zustimmung“ zu Streiks und Lohnforderungen.

Aber die Regierung bleibt beinhart. Thatcher am 2.2. im Parlament: „Ich finde es sehr erstaunlich, daß einige der Gewerkschaften versuchen, die Streikwaffe einzusetzen, während die Lohnkommission die Lohnerhöhung noch überprüft.“ Der Streik werde „den Patienten schaden und die Wartelisten verlängern“.

Die Regierung ist nicht einfach dumm-frech. Ihre Taktik beruht auf der Spaltung der verschiedenen Gewerkschaften. Eine wichtige Organisation unter den Schwestern und Pflegern ist das Royal College of Nursing (RCN), das in seiner Satzung die Verpflichtung hat, niemals zu streiken. Die anderen Gewerkschaften, vor allem COHSE und NUPE, haben unter-

Kanada: Prozeß um „Auschwitz-Lüge“

Der aus dem Schwarzwald stammende Verleger Ernst Zündel steht seit Mitte Januar vor einem Gericht in Toronto. Er will nach eigenen Angaben die Deutschen von der „Auschwitz-Lüge“ reinwaschen und verschickt entsprechende faschistische Literatur, die die Judenvernichtung leugnet, in alle Welt. Es wird mit einer Prozeßdauer von vier bis sechs Monaten gerechnet. Eine Verurteilung 1985 zu 15 Monaten Gefängnis war 1987 wegen Prozeßmängeln aufgehoben worden. – (mfr)

Kanada: Olympischer Geist siegt über Cree

Die große nationale Einheit anläßlich der Olympischen Winterspiele in Calgary, Alberta, hat sich als stärker erwiesen als die Solidarität mit den Lubicon Cree, die zum Olympiaboykott aufgerufen haben und die den Fackellauf, der von den Ölfirmen gesponsort wurde, unterbrechen wollten. Internationale Aufmerksamkeit wurde den gerechten Forderungen nach Landrechten und Stopp der Ölexploration zwar zuteil, aber der Druck auf die Regierung von Alberta und die Bundesregierung war nicht stark genug. Im Gegenteil gelang es den Organisatoren der Olympiade, einige Reiter im Federschmuck für die folkloristische Abrundung der Eröffnungsfeier zu gewinnen, obgleich die Versammlung der Ersten Nationen die Boykottforderung seit Jahren unterstützt. Die geplante Unterbrechung des olympischen Fackellaufs konnten die Ersten Nationen nicht durchsetzen. – Die Lubicon Cree haben 1899 den Landabtretungsvertrag Nr. 8 nicht unterzeichnet und kämpfen seither um Anerkennung ihrer Rechte auf

Grund und Boden. Seit der Ölausbeutung im Norden von Alberta sind sie ihrer Existenzgrundlage beraubt. Sie leben vom Tierfang; 1982 erlegten sie noch 120 Elche, 1985 keinen einzigen mehr. – (mfr)

USA: Busfahrerstreik gegen mehr Teilzeitarbeit

Eine Woche lang streikten über 300 Busfahrer der Golden-Gate-Busse gegen eine Erhöhung des Anteils von Teilzeitkräften, für ihre Beschäftigung zu gleichen Bedingungen und für höheren Lohn. Mit ihrem Streik legten sie die öffentlichen Verbindungen zwischen San Francisco und Martin

City lahm. Durchgesetzt wurde schließlich eine Begrenzung der Teilzeitkräfte auf 14% der Anzahl der Vollzeitkräfte und die Sicherstellung, daß Teilzeitkräfte zu gleichen Bedingungen wie die Vollzeitarbeiter beschäftigt werden. Die Löhne werden stufenweise von jetzt 11,67 Dollar auf 12,26 Dollar bis 1990 steigen. Der Streik wurde begleitet von einer unbeschreiblichen öffentlichen Hetze. Trotzdem unterstützten die Werkstattkräfte durch Arbeitsniederlegung ihre Kollegen und bekundeten Mitglieder des sich ebenfalls im Streik befindlichen Symphonieorchesters von San Francisco ihre Solidarität. – (P., sie)



Mit 219 zu 211 Stimmen hat das US-Repräsentantenhaus am 3.2.88 Präsident Reagan's weitere 36 Mio. Dollar für die Kontras abgelehnt. Obwohl Reagans Anforderung weit unter den 200 Mio. Dollar lag, die er noch vor einem halben Jahr verlangt hatte, und „nur“ 3,6 Mio. davon offiziell für Waffenkäufe vorgesehen war, hat der Druck der breiten Bewegung gegen die Zentralamerika-Politik der Regierung Wirkung gehabt. Das Bestehen auf Militärhilfe zu einer Zeit, in der der Arias-Friedensplan gerade anläuft und Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Regierung Nikaraguas und den Kontras stattfinden, hat Reagan die Stimmen von 12 Abgeordneten seiner eigenen Partei gekostet. – (ger)

schiedliche Organisationsschwerpunkte im NHS und oft Probleme, sich zu einigen. Die Streikaktionen in den letzten Wochen wurden meist gewerkschaftsübergreifend vor Ort vorbereitet. Das Problem ist, daß auch landesweit keine Einigung über die angestrebte Lohnerhöhung besteht, außer daß sie „beträchtlich“ sein muß. Die Einstellung von mehr Beschäftigten steht ganz oben auf der Forderungsliste, ebenso wie die Forderung nach Erhöhung des London-Zuschlags.

Inzwischen zeigen sich Brüche in der Anti-Streik-Haltung. Die Gewerkschaften von etwa 100000 Beschäftigten in London – und zwar einschließlich des Royal College of Nurses und der ärztlichen Standesorganisation British Medical Association – wollen einmal pro Woche zwei Stunden streiken, um einen höheren London-Zuschlag und mehr Geld für den NHS durchzusetzen. Einzelne Gewerkschaften

planen Eintages-Streiks, u.a. am 14. März, dem Tag vor der Verabschiedung des Haushalts.

Die Vertrauensfrau nennt ein Beispiel für die Bedingungen in den Krankenhäusern: „Wir haben keine Bettwäsche für unsere alten Patienten, wir können ihnen keine sauberen Laken geben. Es gibt keine Nachthemden. Wir haben nicht genug Schwestern für die Nachtdienste, da werden dann Leute von Agenturen angefordert, die sich auf der Station nicht auskennen.“

Die Regierung Thatcher behauptet, sie gebe mehr als jede Vorgängerregierung für den Gesundheitsdienst aus. Das ist, in absoluten Zahlen, wahr, stimmt aber schon dann nicht mehr, wenn die Preissteigerungen für Medikamente, die geänderte Altersstruktur der Bevölkerung und die beträchtliche Verschärfung der Arbeitssetzung in der Industrie in den letzten 15 Jahren in

Betracht gezogen werden. Im Jahr 1984 gab Großbritannien 5,9% des Bruttosozialprodukts für Gesundheitsversorgung aus (davon 5,3% staatlich, 0,6% privat), verglichen mit 10,7% in den USA, 9,1% in Frankreich und 8,1% in der Bundesrepublik.

Die Taktik der Thatcher-Regierung: Stärkung der privaten Versorgung, damit Spaltung der Beschäftigten und Förderung der „Mildtätigkeit“ für die staatlichen Krankenhäuser. Inzwischen werden viele Arbeiten, gerade in Kinderkrankenhäusern, von freiwilligen Helfern erledigt. Große Hilfsappelle für medizinische Apparate ersetzen die Forderung an die Regierung nach Geld für solche notwendigen Einrichtungen.

Quellenhinweis: Guardian, Financial Times, 1.2. bis 13.2.; Labour Research, Februar 1988. (has, London; hef)

- Veröffentlichungen -

FDP-Funcke für rotationsfreundliches Ausländerrecht

Der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Lieselotte Funcke, wird oft Opposition zu den ausländerrechtlichen Plänen der Regierung nachgesagt. Als Innenminister Zimmermann jüngst mit der Ankündigung an die Öffentlichkeit trat, in diesem Jahr solle endlich das bereits 1982 angekündigte neue Ausländergesetz verabschiedet werden, legte Lieselotte Funcke Forderungen zur Novellierung des Ausländerrechts vor. Sie hält an der Notwendigkeit einer Sondergesetzgebung für Ausländer fest.

In der Hauptsache befaßt sie sich

politische Rechte für Ausländer ein – sie verlangt nur eine Erleichterung der Einbürgerung und die Erleichterung doppelter Staatsbürgerschaften: „Die Ermessenseinbürgerung soll in eine Anspruchseinbürgerung umgewandelt werden. Dabei sollte die Doppelstaatsangehörigkeit in Form einer herrschenden und einer ruhenden Staatsangehörigkeit ermöglicht werden ... Einbürgerung von erwachsenen Ausländern: Die Einbürgerung von erwachsene Ausländern sollte nach achtfährigem rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik möglich sein. Dafür sollen die Voraussetzungen erleichtert werden. Einbürgerung von jugendlichen Ausländern: Jugendliche



Bleiberecht erst nach fünf Jahren „rechtmäßigen“ Aufenthalts?

mit dem Aufenthaltsrecht und vertritt darin in Varianten andere Positionen als die Regierung, in der Grundposition jedoch herrscht Übereinstimmung: Ausländern soll nicht von vornherein ein unbefristetes Bleiberecht eingeräumt werden. Erst nach fünf Jahren ununterbrochenen Aufenthalts in der BRD soll ihnen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und erst nach acht Jahren das Recht auf dauernden Aufenthalt zugesprochen werden. Erst nach zehn Jahren „rechtmäßigen Aufenthalts“ sollen Ausweisungen auch im Falle von Straftaten ausgeschlossen sein, der Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe soll erst nach fünfjährigem Aufenthalt eine Ausweisung verhindern. Das Aufenthaltsrecht für Ehegatten soll erst nach drei Jahren unbefristet sein. Für Kinder fordert Frau Funcke Einreise- und Aufenthaltsrecht bis zur Volljährigkeit, sofern sie bei ihrer Familie leben, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht verlangt sie für Jugendliche über 16, sofern diese mehr als drei Jahre in der BRD leben.

Lieselotte Funcke tritt nicht für po-

Ausländer sollten einen Anspruch auf Einbürgerung erhalten, wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland geboren oder überwiegend dort aufgewachsen sind oder vor der Antragstellung mindestens sechs Jahre dort gelebt haben.“

(Lieselotte Funcke, Vorschläge zur Novellierung des Ausländerrechts. Zu beziehen über: Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Postfach, 5300 Bonn 1, kostenlos – uld)

Broschüre gegen Hochsicherheitstrakte

Die Bunte Hilfe Darmstadt will mit der Broschüre vor allem gegen den geplanten Hochsicherheitstrakt im Gefängnis Darmstadt/Weilerstadt mobilisieren. Der zweite Bauabschnitt des Trakts soll noch in diesem Jahr fertigwerden und den Justizbehörden nach Gesamtfertigstellung die Möglichkeit geben, dort bis zu 700 Gefangene in Isolationshaft zu sperren. Damit schaffen sich die Justizbehörden die Möglichkeit, die Isolationsfolter gegen einen breiten Kreis von Gefangenen, nicht nur gegen politische

Häftlinge, sondern auch gegen andere renitente und rebellierende Gefangene anzuwenden. In einem Interview mit einer ehemaligen Gefangenen aus dem Hochsicherheitstrakt Plötzensee in Westberlin veranschaulichen die Herausgeber die Folterwirkungen der Isolationshaft. Die Broschüre enthält außerdem zwei Nachdrucke von Artikeln aus der vergriffenen Zeitung „autonomie“ Nr. 2, die sich mit der Forschung über Isolationshaft und ihre Wirkungen und die Absichten, die die anwendenden Regierungen in den USA und Europa damit verfolgen, auseinandersetzen. Insbesondere werden die Beteiligung der Hamburger und Kölner „Deprivationsforscher“ angegriffen, die sich in Experimenten von den Wirkungen der Isolation, des Abschottens von Geräuschen und Tageslicht, der Dauerstörung des Tag- und Nachtrhythmus auf den Menschen befaßten. Außerdem erprobten sie in gruppendynamischen Experimenten, welche Wirkung die zwangsweise Zusammenfassung von Leuten unterschiedlicher Lebensgewohnheiten auf die beteiligten Personen hatte. Mit ihren Experimenten lieferten sie Begründungen für die sogenannte „weiße Folter“, bei der die Zerstörung der Gefangenen versucht wird, ohne daß ein Tropfen Blut fließt.

(Bunte Hilfe Darmstadt (Hrsg.), Die neuen High-Tech-KZ's – Gehirnwäsche und Isolationshaft als Normalvollzug: Weiterstadt und Plötzensee; 70 Seiten, 8,- DM. Zu beziehen gegen Vorkasse auf Konto: Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150, Kto.-Nr. 111036349 über: Bunte Hilfe, Wilhelm-Leuschner-Str. 39, 6100 Darmstadt – uld)

Planungen der Kampagne „Kein Geld für Apartheid“

Die Forderung der Kampagne „Kein Geld für Apartheid“ nach Abbruch sämtlicher Geschäftsbeziehungen von Banken und Konzernen mit Südafrika richtet sich objektiv gegen die Erhaltung von Brückenköpfen neokolonialer Ausbeutung auch nach einer Unabhängigkeit Azanias. Kein Wunder, daß in einem Land wie der Bundesrepublik, das über tausend Kanäle den Reichtum der Dritten Welt absaugt, eine solche Kampagne nur langsam voran kommt. Umso wichtiger ist es, sie zu unterstützen, gerade von Seiten der Gewerkschaften. Immerhin fordert der DGB inzwischen auch von „deutschen Banken und Unternehmen, nicht länger die Apartheid mitzufinanzieren, mitzutragen und davon zu profitieren.“ (Annonce des DGB in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften.) Im Folgenden dokumentieren wir die Planungen der Kampagne in nächster Zeit ... Das vollständige Papier sowie weiteres Material kann beim Arbeitskreis „Kein Geld für

Apartheid“, Mailaden, Maistraße 29, 8000 München 2, Telefon 089/536625, bestellt werden. (aus: Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe Nr. 3/88)

Planungen der Kampagne:

„1. Kern der Bemühungen ist und bleibt die Konzentration auf den Bankenaktionstag ‚Kein Geld für Apartheid‘, jeweils anlässlich der Hauptversammlung der Dresdner Bank (27.5.1988, Hamburg).

2. Hinzukommen – je nach vorhandenen Kräften – wie im letzten Jahr dezentrale Bankenaktionen zur Deutsche-Bank-Hauptversammlung (11.5.1988 in Düsseldorf) und zum Weltspartag (jeweils 30.10.) sowie die Mitarbeit in der Kampagne des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zur Weltbank-/Internationaler Währungsfonds-Tagung (September 1988 in West-Berlin).

3. Nach dem bisherigen Inhaltsschwerpunkt ‚Umschuldungen mit Südafrika‘ soll ... der Schwerpunkt jetzt auf die ‚Kontenkündigungskampagne‘ gelegt werden ... begrenzt auf folgende Ebenen:

- Jeder und jede fragt jede und jeden (Familie, Verwandte und Bekannte, Kollegen/innen, Sportsfreunde, Stammtischler, Gemeindemitglieder usw.) nach seinem/ihrer Bankkonto.
- ... machen die örtlichen Gruppen je nach Kraft und Eigenentscheidung ‚Kontenkündigungsaktionen‘: Unterschriftensammlungen, Selbstverpflichtungen gegen Geschäftsbeziehungen mit den ‚schlimmsten‘ Banken, Kontenkündigungs-Androhungs-Aktionen, Anzeigen in Zeitungen ...

- Jede Gruppe sucht sich eine bekannte Organisation an ihrem Ort heraus (Kirchengemeinde, Partei, Stadtrat, Schülerausschuß) mit einem Konto bei einer der Großbanken, dessen Kündigung eine öffentliche Signalwirkung hätte, und versucht, durch Briefe, Gespräche und Aktionen diese Kontenkündigung zu erreichen ...

- (bundesweite Konzentration auf) Brot für die Welt, Diakonisches Werk, Rotes Kreuz, UNICEF ... Jede Gruppe und jede Person wird gebeten, an diese Organisationen heranzutreten (Briefe, Aktionen) mit der Forderung nach Kontenkündigungen ...

- Ziel ist dabei, direkt durch wirtschaftlichen Druck auch die ‚schlimmsten‘ Kreditinstitute mittelfristig dazu zu bewegen, ihre Geschäfte in und mit Südafrika und Namibia aufzugeben, indirekt über Informationsarbeit öffentlichen Druck auf die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu entwickeln, damit durch Sanktionen einerseits die Unterstützung des Apartheid-Systems durch bundesdeutsche Unternehmen und Banken beendet wird und andererseits mitgeholfen wird, daß Pretoria zur Aufgabe der Apartheid-Politik gezwungen wird ...“

Strauß-Prozesse gegen Volksfront

Strauß ging bis zum richtigen Richter Solidarität wird benötigt

Am 8.2. erschien in der Bildzeitung als Anzeige folgende „Öffentliche Bekanntmachung“: „Der Umschüler Ulrich Leicht in Dortmund ist durch rechtskräftiges Urteil der Großen Strafkammer des Landgerichts Hagen vom 13. Mai 1987 wegen Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Franz Josef Strauß in zwei Fällen und wegen einer anderen Straftat zu einer Gesamtdeliktstrafe von 60 Tagessätzen zu je 20,- DM verurteilt worden. Staatsanwaltschaft Dortmund“, es folgen Aktenzeichen und Datum.

Kollegen und Bekannte von Uli, aber auch Antifaschisten aus verschiedenen Orten meldeten sich und drückten ihre Empörung über diese öffentliche Denunziation aus.

Inzwischen hat der von Strauß bevollmächtigte Rechtsanwalt, der als Nebenkläger solange prozessierte, bis das passende Urteil herauskam, dem Amtsgericht Dortmund seine Kostenrechnung in Höhe von 12132,96 DM überstellt. Sie muß von Uli Leicht, dem früheren Geschäftsführer und presserechtlich Verantwortlichen, bezahlt werden. Wenn der Strauß-Anwalt, früherer Kassierer der „Deutschland-Stiftung“, darauf besteht, auf einmal und sofort! Die Unterstützung antifaschistischer Kräfte ist dringend erforderlich.

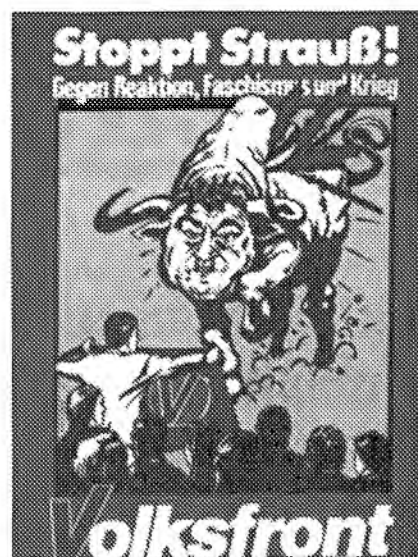
Zur Vorgeschichte

Zu den Bundestagswahlen 1980 trat

Franz Josef Strauß mit dem Ziel an, Kanzler zu werden. Ein großer Teil des antifaschistischen und revolutionären Spektrums nahm diese Ankündigung ernst und setzte alle Hebel in Bewegung, um dagegen Aufklärung zu betreiben und eine Front dagegen zu errichten. Die Volksfront hatte sich 1979 gegründet, beschlossen, zu den Bundestagswahlen zu kandidieren und einen Schwerpunkt gegen die Kandidatur von Strauß zu richten. Bundesweit wurden 200000 Stellschilder mit Plakaten aufgestellt, an die sich noch viele erinnern und die dazu führten, daß Kandidaten, Mitglieder und Freunde der Volksfront mit einer Prozeßlawine, zumeist aufgrund von Beleidigungsklagen des Bayern, überzogen wurden.

Aber auch zahlreiche Antifaschisten anderer Organisationen bekamen durch die von Strauß angeschobene Justiz z.T. sehr drastische Verurteilungen zu spüren.

In vielen Städten kam es gegen Wahlkundgebungen von Strauß zu heftigen Protesten, Innenstädte wie z.B. in Bremen wurden in Polizeifeistungen verwandelt, in Bremen z.B. für das ganze Stadtgebiet ein Demonstrationsverbot verhängt, das von rd. 3000 Menschen nicht beachtet wurde. In Hamburg demonstrierten 40000 Antifaschisten, bei einem Polizeiüberfall auf eine bereits aufgelöste Kundgebung wurde Olav Ritzmann im Bahnhof Sternschanze vor eine ein-



Links das „Stier“-Plakat, nach Meinung des Dortmunder Richters ginge es, im Gegensatz zur Ansicht anderer Gerichte, „über die Grenze des Erlaubten (knapp) hinaus“, die meisten Verurteilungen bezogen sich aber auf den Text, der Strauß in Zusammenhang mit Faschismus bringe. Rechts: „Polizei-plakat“, fast alle Angeklagte mußten freigesprochen werden. Das Plakat ist die stilisierte und entschärfte Wiedergabe eines Sternfotos von einem Polizeiangriff. Auch hier sollte vor allem wegen der Textaussage bestraft werden.

fahrende S-Bahn getrieben und verunglückte tödlich.

Die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg verfügte für ihren Bereich eine Beschlagnahme von Volksfront-Plakaten, daraufhin wurden in Bayern landesweit ohne richterlichen Beschluß die Stellschilder der Volksfront eingekassiert, Plakate beschlagnahmt, Fahrer der Transporter festgenommen, einige sogar erkennungsdienstlich behandelt. Ähnliche Vorkommnisse gab es in Bremerhaven, Hildesheim, Peine, Osnabrück, Springe und Detmold. Staatsanwälte und Polizei beriefen sich zu Unrecht auf die Anordnung in Aschaffenburg. Erst am 26.8. faßte dann das Amtsgericht Dortmund einen Beschluß zur bundesweiten Beschlagnahme von Volksfront-Plakaten. Einzelne Amtsgerichte lehnten es ab, solche Willkür zu verfügen. Diese drei Tage nutzte die Volksfront und konnte viele Plakate durch Überkleben mit dem Inhalt „Zensur“ retten. Zugleich mit dem Dortmunder Beschluß wurden Wohnung und Arbeitsplatz des Geschäftsführers der Volksfront durchsucht und Ermittlungsverfahren zunächst wegen des Stier- und des Polizeiplakates, dann auch wegen praktisch aller Wahlkampfveröffentlichungen der Volksfront eingeleitet (Stoppt-Strauß-Broschüre und Flugblatt, Grundsätze der Volksfront, Wahlprogramm). In einer Presseerklärung griff die Volksfront diese ganzen Maßnahmen als bisher einmalige Wahlbehinderung einer zur Wahl zugelassenen Partei an und rief zur Solidarität auf. Am 22.9. gab das OLG Hamm der Beschwerde der Volksfront statt und kennzeichnete das Vorgehen auch als völlig unverhältnismäßig. Einen Tag später setzte das Amtsgericht Dortmund die gesamte Beschlagnahme wieder in Kraft und verlängerte sie im November um weitere zwei Monate.

Trotz dieser massiven Kriminalisierung und Wahlbehinderung bekam die Volksfront 10000 Zweitstimmen, konnte 150 Ortsgruppen aufbauen und viele Mitglieder aufgrund ihrer Aktivitäten gewinnen.

Die Prozesse: Freisprüche und hohe Urteile

In den Bußgeldverfahren und Prozessen gegen die Volksfront standen das Plakat mit der Strauß-Karikatur und das Plakat „Nie wieder Faschismus! Verhindert ein neues '33!“ im Mittelpunkt der Anklagen, letzteres sollte ein Vergehen nach § 90 a, Verächtlichmachung der BRD, darstellen. Einige Klagen richteten sich auch gegen einen Aufkleber, der Strauß in Lederhosen und mit einer Maschinenpistole zeigt bzw. dagegen, daß durch ein Foto mit einem Transparent dieses Motiv in einem Flugblatt der Volksfront wiedergegeben wurde.

Insgesamt trafen die Volksfront

mindestens 85 Ermittlungsverfahren, davon 32 Anklagen wegen des „Stier“-Plakates, 18 Anklagen wegen des Polizeiplakates. Von ersteren endeten 18 Prozesse mit Freisprüchen bzw. Nichteröffnung. Von den 18 Anklagen wg. § 90 a wurden 12 Mitglieder in erster oder zweiter Instanz freigesprochen bzw. die Eröffnung der Verfahren abgelehnt. In fast allen Fällen gingen Staatsanwaltschaft und Strauß als Nebenkläger in Revision. (Dies war der Stand im März 1982, Rechenschaftsbericht des Zentralen Vorstandes). Nachdem die ersten Urteile ausgesprochen waren, wurde mit Strafen in der Höhe von rd. 100000 DM, ohne Anwalts- und Gerichtskosten, gerechnet. Bis zum Januar 1984 hatte allein die Rote Hilfe an Unterstützung für die Prozeßführung bereits 52000 DM aufgewandt, größtenteils für Volksfront-Mitglieder. Allein in Kempten bezifferten Strauß-Geschädigte der verschiedenen Richtungen



Wegen dieser Strauß-Karikatur sprach das Amtsgericht München rechtskräftig frei: Die Waffe müsse als Symbol der Macht gesehen werden, nicht Strauß als Privatperson, sondern als Kanzlerkandidat sollte getroffen werden.

ihre Kosten auf rd. 50000,- DM.

Viele Richter mochten sich auf der Ebene der Amtsgerichte zunächst nicht der Sichtweise von Strauß anschließen, im Gegenteil begründeten sie Freisprüche oft damit, daß Strauß durch seine eigenen Äußerungen harte Kritik provoziere. Das Inbeziehungsetzen „des Herrn Strauß zu Reizworten wie ‚Reaktion, Faschismus und Krieg‘“ ist „noch nicht unangemessen bei einem Politiker, der sich über Demonstranten dahin äußert, sie benähmen sich ‚wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist“ (Aus dem Urteil des Amtsgerichts Stuttgart, das einen Buchhändler und die presserechtlich Verantwortliche für ein Flugblatt der Volksfront freisprach.)

Mehrfach verlor Strauß seine Beleidigungsklage ausgerechnet in München, in vielen Fällen sorgten dann aber die oberen Justizebenen für teils hohe Urteile.

Beispiel der Ausrichtung der Justiz

Entgegen der Entscheidungen anderer Gerichte wird Uli Leicht wegen des „Stier“-Plakates in zweiter Instanz zu 1000 DM Geldstrafe verurteilt und muß die Kosten des Verfahrens tragen. Der Strauß-Anwalt will dagegen vorgehen, verpaßt jedoch die Fristen. Der Staatsanwalt hatte 4500 DM Geldstrafe gefordert.

Einen weiteren Prozeß, in dem faktisch gegen alle politischen Äußerungen in der Broschüre „Stoppt Strauß“, gegen ein entsprechendes Flugblatt und wg. § 90 a, Polizeiplakat, Anklage erhoben wurde, führten Staatsanwaltschaft und Strauß bis zum für sie befriedigenden Ende. Zunächst wurde Uli wegen des Vorwurfs des Verstoßes gegen den § 90 a freigesprochen und wegen der Strauß-Broschüre in einer Instanz zu 200 DM Geldstrafe, in der anderen zu 200 DM verurteilt für die Aussage, daß Strauß „einer der schlimmsten Kriegshetzer“ sei. Diese Urteile wurden aufgehoben, da eine Verurteilung wegen Beleidigung von Strauß schon erfolgt sei (Prozeß wegen „Stier“-Plakat), die Kosten sollen Staatskasse und Strauß tragen. Diese Entscheidung hob das OLG Hamm aufgrund der Intervention Staatsanwaltschaft/Strauß auf, bezüglich § 90 a sei zu Unrecht freigesprochen worden. Auch sei die Begründung für eine fortgesetzte Handlung nicht ausreichend. Es kommt zur erneuten Verhandlung am LG Dortmund. Es verhängt eine Gesamtstrafe (mit dem „Stier“-Urteil) von 1200,- DM, die Kosten sollen anteilig gehen. Wieder keine Verurteilung nach § 90 a. Strauß geht in Revision. Darauf hebt das OLG Hamm die bisherigen Urteile auf und verweist das Verfahren an das Landgericht Hagen, dieses entscheidet dann im Mai 1987. Siehe obige Veröffentlichung in der Bildzeitung. Uli muß einen Teil der Verfahrenskosten tragen, die Strafe, die eigenen Anwaltskosten und jetzt die Kosten, die der Strauß-Anwalt nach den Höchstsätzen erstattet haben will.

Die Volksfront will ein Informationsblatt herausgeben und sich damit an antifaschistische Kräfte und Organisationen wenden. Weder Uli noch die Volksfront allein können gegenwärtig diese ganzen Kosten tragen. Es ist aber auch notwendig, in dem Zusammenhang über das Ausmaß der Verfolgung durch Strauß und die Justiz zu berichten. Spenden können mit dem Stichwort: „Strauß-Prozeß“ auf das Spendenkonto der Volksfront, BfG, Konto-Nr. 1141951401, BLZ: 37010111 eingezahlt werden. - (düb)

„Kein Braunes Weinheim“ gegen Raumvergabe an Faschisten

Weinheim. Am 23./24.4. will erneut der bundesweit bekannte Neonazi und „Deutsche-Liste“-Stadttrat Deckert seinen „Kurpfälzer Treff“ von verschiedenen Faschistenorganisationen in städtischen Räumen organisieren. Die von Jusos, Grünen, Volksfront und Einzelpersonen getragene „Initiative Kein Braunes Weinheim“ fordert in einem Offenen Brief den OB, den Gemeinderat und die Öffentlichkeit auf, diese rechtswidrige Verbreitung national-sozialistischen Gedankengutes zu verhindern. Sie führte eine Pressekonferenz durch, über die die Ortspresse und einzelne örtliche Radiosender recht breit berichteten. Der SPD-OB antwortete, der Kampf gegen Faschisten werde diese nur auf. Außerdem stellte die Initiative auch einen Antrag an den Kreis-Wahlausschuß vor, der die Nichtzulassung von NPD und Republikanern wegen ihrer NSDAP-Nachfolge fordert. Der Antrag wurde vom Kreiswahlausschuß („nicht zuständig“) abgewiesen. Nur die Vertreterin der Grünen unterstützte ihn. Für die nächsten Monate plant die Initiative Veranstaltungen und Aktionen gegen den Treff. – (bef)

Thies Christophersen in Dänemark

Schleswig. Seit 1986 lebt Christophersen (69 Jahre alt) in Kollund. Er, der SS-Sonderführer im KZ Auschwitz war, wurde mehrfach verurteilt, u.a. als Verfasser des Buches „Auschwitz-Lüge“. Von Kollund aus betreibt er seinen Verlag „Nordwind“, vertreibt Nazi-Propaganda und gilt als ein Drahtzieher bei der Versorgung von Rechtsextremisten in aller Welt mit nationalsozialistischen Schriften. Mehrfach wurden Mitarbeiter von ihm an der Grenze mit Wagenladungen voll Nazi-Propaganda angehalten. Er unterhält Verbindungen zu den dänischen Nazis. Sein Buch „Auschwitz-Lüge“ wird im „Nordland-Verlag“ Aalborg verlegt, der vom dänischen Nazi-Führer P.H. Riis-Knudsen geführt wird. Hierüber sind Verbindungen nachgewiesen zum Nazi-Arzt Petersen in Sörup, nahe Schleswig. Der Verfassungsschutz kennt den Aufenthaltsort Christophersens schon lange. Als bekannt wurde, daß er in Dänemark lebt, gab es dort eine Protestwelle, u.a. vom Verband „Dänischer Gefangener aus dem Freiheitskampf 1940-45“ und linken Abgeordneten. Die BRD hat in diesen Tagen endlich einen Auslieferungsantrag gestellt. Die dänische Regierung will Christophersen wohl auch ausliefern. Nach dänischem Gesetz ist allerdings Nazipropaganda nicht strafbar und für eine „politisch motivierte Tat“ gibt es kein Auslieferungsabkommen mit der BRD. – (sah)



München. Am 6.2.88 demonstrierten über 2500 Leute gegen Atommüllverschiebung, die Inbetriebnahme von OHU II, gegen die WAA in Wackersdorf und für den sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Dazu aufgerufen hatten Münchner Antiatom-, Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen. In einem Flugblatt kritisierten sie u.a. die Verletzung des Atomwaffensperrvertrags. – (dil)

Freispruch wegen Anti-Papst-Demonstration

Köln. Das Amtsgericht Köln hat den Verantwortlichen für die Anti-Papst-Demonstration, M. Schneidewind, freigesprochen. Am 1. Mai letzten Jahres fand in Köln zum Papstbesuch eine Gegendemonstration statt, an der sich 1000 Leute beteiligten. Eine Aktionseinheit von 24 Organisationen hatte aufgerufen. Unter anderem beteiligte sich auch ein Maskenumzug: Der Papst unter einem Baldachin, der von Kohl, Zimmermann, v. Weizsäcker und Wörner getragen wurde. Nackte Demonstranten und eine Gegenpapstin beteiligten sich auch. Das Kölner Erzbistum tobte und die Presse hetzte. – Das Gericht folgte der Forderung des Erzbistums, den Verantwortlichen wegen Beleidigung (§ 185 StGB) und Beschimpfung der Religionsgemeinschaft (§ 166 StGB) zu verurteilen, aber nicht. Die Polizei habe nicht eingegriffen und von Randgruppen, wie z.B. Nackten, ließe man sich das Demonstrationsrecht nicht kaputt machen. – (jöd)

Veranstaltung: „Kampf der Wiking-Jugend“

München. Über 100 Menschen besuchten am 6.2. eine Veranstaltung der „Antifaschistischen Aktion“ zur „Wiking-Jugend“ (WJ). In ausführlichen Referaten wurden die Geschichte, der Organisationsaufbau und die Ideologie der WJ sowie ihre organisatorischen und personellen Verbindungen zu anderen faschistischen Organisationen behandelt. Zusätzlich wurden Video-Filme gezeigt. Die WJ ist die älteste neofaschistische Jugend-Organisation in der BRD. Grundlage ihrer Ideologie sei der Glaube an „Nordland“, an die „germanische Rasse“, die allen anderen Gruppen von Menschen überlegen und zur Füh-

rung geboren ist. Sie will zu „deutschen Werten“ erziehen. Eine „gesunde, natürliche Jugend“, „glühend idealistische, einsatzbereite Nationalisten“ werden den „sittenlosen, dekadenten Nihilisten“ gegenübergestellt. Neben Verbindungen zu Alt-Nazis hat sie auch Kontakte mit DVU, NPD und der FAP. – (ror)

Aktionen gegen Nazi-Überfall auf Flüchtlings-Container

Schriesheim. An die 500 Personen demonstrierten am 13.2. in Heidelberg gegen einen Überfall von ca. zehn verummten Nazis am 30.1. auf einen Container, in dem Schriesheim die ihr zugewiesenen Flüchtlinge unterbringt. Die Nazis prügelten mit Holzknüppeln zwei Inder krankenhaushausreif, 13 weitere Flüchtlinge verbarrikadierten sich. Die Neonazis bedrohten sie mit Schußwaffen und traten Türen ein. Eine Woche später wurden neun Skinheads und ein Bundeswehr-Unteroffizier vorläufig festgenommen. Die Polizei stellte größere Mengen Waffen sicher: Pistolen, Sprengstoff, Spreng-, Minen- und Granatzünder, Hand- und Gewehrgranaten und eine Panzerfaust. Dazu Flugblätter und Materialien von FAP, „Taunus-Front“ und NSDAP-AO. Die Staatsanwaltschaft behandelt das Ganze als eine „Ad-hoc-Aktion zweier lose befreundeter Cliquen aus Skinheads und Punkern“. Die CDU rechtfertigt weiter die Container und fordert Senkung der Flüchtlingszahl. Nazi Deckert bezeichnet die Aktion als „Rohrkrepierei“. Viele wenden sich in Leserbriefen gegen die regierungsamtlich betriebene Ausländerfeindlichkeit, die für den Überfall verantwortlich sei, gegen die Container und jede Einschränkung des Asylrechts. Grüne, SPD, DGB, Kirchen und Initiativen rufen zu einer Demonstration auf am 20.2. in Schriesheim. (bef)

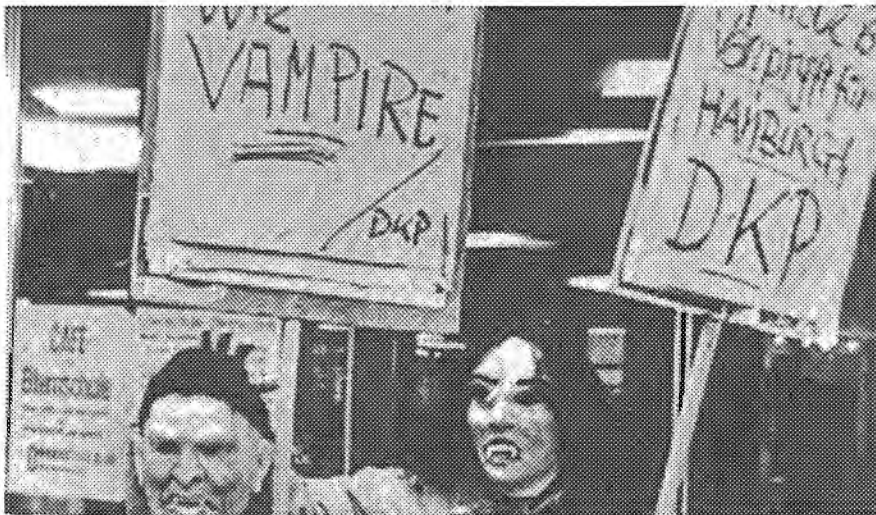
Hamburger Haushalt

Elitebildung, Polizeiausbau, Privatisierung, Gebühren hoch und Wirtschaftsförderung

Am 7.2. beschloß der Hamburger Senat seinen 13,1 Mrd. DM-Haushalt für das Jahr 1988. „Hamburg spart, bis es schmerzt“ verbreitete das Hamburger Abendblatt. Zwei Senatoren konnten da nicht so recht mit. Wirtschafts-senator Rahlfs: „Die Wirtschaftsbehörden hat bei den Haushaltsberatungen insgesamt sehr zufriedenstellend abgeschnitten“. Und der Mann ist Freidemokrat. Ebenso meldete sich der Innensenator Lange (SPD). Die Innenbehörde ist die einzige, der zusätzliche Planstellen zugestimmt wurden. Die Polizei wird im Bereich Hehlerei und Massenkriminalität um 49 Beamte aufgestockt. Die in Hamburg stark vertretenen Versicherungen werden zufrieden sein über 96 zusätzliche Feuerwehrbeamte. Sie haben in der Vergangenheit horrenden Summen für

mer ausgebaut und zum Olympiastützpunkt werden. Denn, der Senat läßt durch ein 370000 DM teures Gutachten die Durchführungsmöglichkeiten von Olympischen Spielen in Hamburg prüfen! Auch im Bildungsbereich ist der Wille zur Elitebildung deutlich spürbar. Eine Million DM will der Senat sparen, indem er die Schüler, die ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben, zwingt, ihre Schulbücher selber zu bezahlen. Über diese Maßnahme hofft er, daß die Anmeldezahlen an diesen Schulen soweit zurückgeht, daß er insgesamt 20 Schulen schließen kann. Klassenreisen werden nur noch bezuschußt, wenn sie nach Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen gehen. Die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel werden um 10% gekürzt. Als

Senat vier Fährleute pro Schiff. Bei den Einnahmen enthält der Haushalt mietsteigernde Gebühren- und Steuererhöhungen. Durch die Erhöhung der Sietelgebühr will er 30 Mio. DM Mehreinnahmen. Die Grundsteuer wird in den nächsten drei Jahren erhöht. Für 1988 erwartet der Senat 15 Mio. DM, für 1991 schon 45 Mio. DM mehr Grundsteuern. Um eine Deckungslücke von fast einer Milliarde DM nicht durch Kredite finanzieren zu müssen, ist der Hamburger Senat erstmals in großem Umfang zum Verkauf städtischer Betriebe und Grundstücke übergegangen. Der größte Brocken ist der Verkauf der Hamburger Gaswerke für 400 Mio. DM. Die florierenden Gaswerke haben in den letzten zehn Jahren mit Milliardenaufwand 100000 neue Kunden angeschlossen und halten mittlerweile einen Anteil von 35,7% am Wärmemarkt. Gegenüber den in Hamburg weitverbreiteten Nachtspeicherheizungen mit einem Nachtstrompreis von 10,49 Pf./KWh ist der Gaspreis mit 3,88 Pf./KWh sehr günstig. Trotz des stark gewachsenen Leitungsnetzes und der Kundenzahl soll nach einem Unternehmens-Gutachten in den nächsten acht Jahren die Belegschaft von 2200 auf 1550 verringert werden. Als Käufer für diesen lukrativen Brocken sind die Hamburger Elektrizitätswerke (75% Aktienanteil bei der Stadt) und die Preussen Elektra im Gespräch. Zufrieden kommentierte der 2. Bürgermeister von Münch (FDP) den Haushalt: „Hamburgs Kräfte für die Zukunft mobilisieren“. – (mij)



Seit November häufen sich die Proteste aus Schulen, Universität, Kindergärten und dem Betriebsrat von Gas- und Wasserwerk.

sich häufende Brände im Hafen zahlen müssen. Ganz in ihrem Sinn wird auch eine neugegründete Planungsgruppe der Feuerwehr sein, die sich konzentriert auf die Bekämpfung gefährlicher Stoffe im Hafen. Eigentum und Rechtsstaat sollen besser geschützt werden. Der Senator war zufrieden. Natürlich hat sich seine Behörde auch „solidarisch an den notwendigen Sparmaßnahmen“ beteiligt. Im Breitensport werden 900000 DM bei der Instandsetzung von Sportplätzen gestrichen, und der Hamburger Sportbund erhält 400000 DM weniger Zuschüsse. Drei Freibäder werden in den nächsten zwei Jahren geschlossen, zwei weitere verpachtet. Statt Breitensport soll Elitebildung gefördert werden. Das Dulsberg-Bad soll zum Leistungszentrum für Schwimm-

großen Erfolg der Bildungssenatorin hat die Presse die Neueinstellung von 110 Lehrern rausgeputzt. Nur, daß 260 Lehrer in Pension gehen, erfuhr man nur ganz versteckt. Parallel zu der Verschlechterung der staatlichen Schulausbildung wird das Privatschulgesetz geändert. In Zukunft werden nicht nur die „weltanschaulichen“, sondern alle Privatschulen bezuschußt. Bis 1991 will der Senat 5,5% bei den Personalkosten einsparen. Ein Beispiel: Die Stadt unterhält einen Personalfährdienst auf der Elbe mit etlichen Fährschiffen. Nachdem jetzt ein Forschungsergebnis vorliegt über einen neuen Fährschiffstyp, gehen die ersten in Bau. Das Neue: Das Schiff wird statt von drei nur noch von einem Mann bedient. Da die Fähren im Zweischichtbetrieb fahren, spart der

§ 129a

Bundesweite Razzien gegen Frauen- u. Flüchtlingsarbeit

Gelsenkirchen. Als Antwort auf die Kriminalisierungsbestrebungen der Bundesanwaltschaft und die Verhaftung von 4 Menschen im Rahmen der bundesweiten Razzien am 18.12. fanden u. finden Veranstaltungen in vielen Städten der BRD statt; u.a. in Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Köln. Auf den Veranstaltungen informieren die Betroffenen über ihre Arbeit gegen Gentechnologie und reaktionäre Flüchtlingspolitik. Im Rahmen der Gentechnologie erzählten Frauen, daß die Einschätzung ist, daß viele Forschungsprojekte vor dem Abschluß stehen und durch die Kriminalisierung der Widerstand dagegen eingeschüchtert u. zerschlagen werden soll. Ebenfalls berichteten die Frauen, daß sie sich gegen militante Widerstandsformen nicht abgrenzen und die Gentechnologie grundsätzlich ablehnen.

Es wurde berichtet, daß auf dem Weltkongreß der Gentechnologen in Berlin vorgetragen wurde, was unwer-

tes Leben sei, somit nicht schützenswert sei und für die Wissenschaft unbegrenzt zur Verfügung stehen solle, u.a. Behinderte, Alte, Kinder, die ohne Hirn geboren werden. In den USA gibt es mittlerweile ein Gesetz, wonach behinderte Kinder ihre Eltern anzeigen können, weil sie sie geboren haben. Solche Prozesse gab es schon. Ebenso bekommen diese Menschen keine finanziellen Zuwendungen, da sie selbst „schuld“ sind, diese Kinder auf die Welt gebracht zu haben.

Die Frauen erzählten von der breiten Solidarität, die sie nach den Razzien erfahren haben, er reichte von kirchlichen Gruppen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Einzelpersonen bis ins Ausland.

In Köln fand am 06.02. eine Demonstration statt, an der sich 1500 Menschen beteiligten, ca. 300 beteiligten sich an einer anschließenden Kundgebung vor dem Ossendorfer Knast. Trotz „intensiver Bemühungen“ gelang es der Polizei nicht, Demonstration und Kundgebung zu verhindern.

Ulla Penselin und Ingrid Strobl hatten mittlerweile Haftprüfung, die Haftentlassung wurde abgelehnt. Die Bundesanwaltschaft will offensichtlich trotz der mehr als dürftigen Beweislage ein Verfahren durchziehen. Über die zwei in Düsseldorf Verhafteten ist bislang nichts bekannt.

Interessierte Gruppen und Organisationen können sich (zwecks Veranstaltungen oder Informationen) an das Genarchiv, Führichstr. 15, 4300 Essen 1, Tel. 0201/743524, wenden. – (i.)

HBV und DAG

Aktionen gegen Änderung der Ladenschlußzeiten

München. In München werden am 24. Februar Aktionen gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten und die Einführung des Dienstleistungsabends stattfinden. Morgens bei Öffnung werden in allen großen Kaufhäusern, Hertie, Kaufhof, Karstadt Betriebsversammlungen stattfinden. Erstmals werden auch in den kleineren Geschäften des Fachhandels wie Hirmer, Woolworth, Salamander usw. Betriebsversammlungen stattfinden. Am Abend des 14. Februar wird eine Großveranstaltung stattfinden mit Bundestagsabgeordneten und Vertretern von IG Metall, ÖTV und Postgewerkschaft. Die Veranstaltung soll mit einer groß angelegten Flugblatt- und Plakataktion propagiert werden, in den großen Kaufhäusern soll sie mit Lautsprecheransagen während der Öffnungszeit angekündigt werden.

Zur Vorbereitung der Aktionen hat der HBV-Fachgruppenvorstand in München erstmals zu einem Betriebsräte-Treffen am 3. Februar eingeladen,

ein weiteres Treffen findet am Aschermittwoch statt. Erfreulich war, daß unter den etwa 40 Betriebsräten mehrere DAG-Betriebsräte und unorganisierte Betriebsräte an der Diskussion teilnahmen, sie werden sich an den Aktionen beteiligen, und die DAG wird einen Redner auf der Veranstaltung stellen. Wenig diskutiert wurde über die veränderte Lage nach Vorlage des Diskussionsentwurfs der Koalition zur Einführung eines Dienstleistungsabends. Immerhin wurde festgestellt, daß der Einzelhandelsverband unter Vorsitz Brenners offensichtlich keine einheitliche Meinung in dieser Frage vertritt. Der Vorsitzende der Fachgruppe Einzelhandel der HBV berichtete von einem Gespräch mit Staatsminister Hillermeier und Brenner auf der einen und HBV auf der anderen Seite, in dem sich Brenner gegen den Koalitionsentwurf aussprach, gleichzeitig aber öffentliche Äußerungen dazu ablehnte.

Die Lage im Einzelhandelsverband sieht im Augenblick etwa so aus: Die Kaufhäuser sind nach wie vor gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten auch über den Dienstleistungsabend, die Betriebe „auf der grünen Wiese“ wie Metro sind dafür. Für sie bedeuten längere Öffnungszeiten tatsächlich Umsatzerhöhungen und nicht nur Umsatzverschiebung, eine Abendöffnung bringt Kunden in die weiter entfernten Kaufmärkte, die sonst woanders einkaufen. Die spätere Öffnungszeit am Freitag trifft sie nicht, da diese Betriebe meist sowieso später öffnen.

Wenig ins Schußfeld gekommen sind bisher in München die Kapitalisten, von denen der Druck auf die Änderung der Ladenschlußzeiten ausgeht, die Industriekapitalisten. Die Teilnahme des Vertreters der IG Metall auf der Veranstaltung wird vielleicht in diese Richtung etwas bewegen.

Um das zu unterstützen, werden BWK und VSP gemeinsam für die Veranstaltung ein Flugblatt erstellen. Schwerpunkt werden die Flexibilisierung und die Arbeitszeitordnung sein. – (dar)

Bündnispolitik

Antifaschistische Woche in Heilbronn

Heilbronn. Vom 26.1.–6.2. führte das antifaschistische Bündnis in Heilbronn eine Antifaschistische Woche durch. Zum Bündnis zählen sich Gruppen von der AWO-Jugend über die DGB-Jugend, SJD-Die Falken, VVN/BdA bis Volksfront und Autonome.

Im Aufruf zu der Woche heißt es: „Ziel der antifaschistischen Woche soll es sein, die demokratischen und

antifaschistischen Kräfte in Heilbronn zusammenzuführen und ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln... Wir wollen mit dieser Veranstaltungsreihe informieren, über die neonazistische Szenerie aufklären, antifaschistisches Bewußtsein schaffen und vertiefen.“

Dazu wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt: 1) Antifaschismus ist Antikapitalismus – am Beispiel Rassismus, Nationalismus und Frauen- und Familienpolitik (Antifaschistischer Arbeitskreis); 2) Antifaschistischer Dokumentarfilm, „Erinnerungen an das andere Heilbronn“ (SJD-Die Falken); 3) „Betriebsge-



meinschaft“ – historisch und aktuell am Beispiel des Bosch-Konzerns (Volksfront); 4) Verbot und Auflösung aller neofaschistischen Organisationen – praktische kommunale Zwischenschritte und Möglichkeiten (Alternative Linke Liste); 5) „Fluchtgründe“ (UnterstützerInnenkreis der Flüchtlinge in Heilbronn); 6) KZ in Heilbronn – Autorenlesung (VVN/BdA); 7) Theater „Voll auf der Rolle“ von Karlsruher Schülern über Ausländerfeindlichkeit und Neonazis (DGB-Jugend und AWO-Jugend); 8) Rock gegen Rechts (SJD-Die Falken).

Die Veranstaltungen wurden durchschnittlich von 25 bis 40 Leuten besucht. Auffällig war dabei, daß jede Gruppe und ihr Umkreis im wesentlichen nur auf „ihren“ Veranstaltungen waren. Die auf den Bündnistreffen meist unmögliche Diskussion der verschiedenen Standpunkte und Herangehensweisen konnte so in der Antifa-Woche auch nicht geführt werden. Die Mobilisierungsmöglichkeiten gegen Auftritte von Faschisten wurden durch die Woche deutlich verbessert (ca. 100 aus allen Lagern gegen eine Republikaner-Veranstaltung, über 50 gegen die NPD innerhalb weniger Stunden z.B.). Eine genauere Befassung mit Gruhls ÖDP wurde erreicht. Gegen die Wahlzulassung von NPD und REP wurden innerhalb einer Woche 150 Unterschriften gesammelt, die den Wahlausschüssen neben einer landesweiten DKP-Erklärung gegen diese Parteien vorlagen. (bes)

Kampf gegen faschistische Propaganda

Kapitalist muß antifaschistischen Drucker wieder einstellen!

Pinneberg Seit der Pinneberger VVN/BdA-Vorsitzende Dieter Schlichting 1981 durch den Kapitalisten der Druckerei Nord-Offset gekündigt wurde, weil er sich weigerte, Werbung für faschistische und kriegsverherrlichende Bücher zu drucken, hat er zwei erfolgreiche Kündigungsschutzklagen geführt. Zeitweise war Schlichting arbeitslos oder verdiente in den Betrieben, in denen er arbeitete, weniger. Jetzt klagte der Drucker Lohnausfälle ein. Der Kapitalist muß 60313 DM brutto und 6148 DM netto (steuerfreie Zuschläge) plus 4% Zinsen – abzüglich davon 33331 DM an das Arbeitsamt (Arbeitslosengeld) – zahlen. Nachdem BAG-Urteil vom 14.5.87 (siehe PB 12/87), kündigte ihn Nord-

Auseinandersetzung ja eigentlich dem politischen Bereich zu, das heißt, dem Kampf gegen rassistische, gegen frauenfeindliche, gegen kriegs- und nazi-verherrlichende Tendenzen, gegen Kriegsvorbereitung. Dieser Kampf findet auch statt. Ich denke, daß es aber trotzdem der individuellen Grenzen bedarf, daß es Dinge geben muß, die sich nicht durch Lohn, Gehalt oder durch das Festhalten an einem Arbeitsplatz regeln lassen können.

Überlegen wir einmal: Wir selbst, die im Medienbereich Schaffenden, und Generationen von Beschäftigten im Medienbereich vor uns ermöglichen ja durch unserer Hände und Köpfe Arbeit, daß – wie es der Kollege Breit sagte – Macht über Köpfe



Der kollektive Kampf gegen faschistisches Geschmiere muß Sachbearbeiter und Abteilungsleiter einschließen, denn der Drucker steht am Ende der Produktion.

Offset erneut, wegen „betrieblicher Belange“. Schlichting klagte wiederum mit Unterstützung der IG Druck und Papier erfolgreich gegen die zweite Entlassung. Er ist seit dem 8.1.88 zu unveränderten Bedingungen eingestellt worden. Dies auch nachdem der Kapitalist in die Berufung gegangen ist. Im folgenden Auszüge einer Rede Schlichtings vom außerord. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober 87.:

„Ein weiteres Problem dieser Auseinandersetzung ist, daß es eigentlich ein individueller Kampf gewesen ist, der vor den Arbeitsgerichten ausgetragen wurde, und kein kollektiver, betrieblicher Kampf. Deswegen bin ich ja auch wieder arbeitslos.

Mein erster Punkt, dieses Auseinanderklaffen von Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit, weist die

ausgeübt werden kann und auch weiterhin ausgeübt werden wird. Wir machen uns, wenn ich diesen Begriff einmal mit aller Vorsicht verwenden darf – und ich schließe mich selbst nach wie vor ausdrücklich ein –, immer wieder bei der Verbreitung antihumanistischer Inhalte schuldig. Ich denke, daß die Einstimmung der Menschen in rassistischem Sinne oder das beharrliche Festklopfen frauenfeindlicher Haltungen, antikommunistische Einstimmung oder das Schaffen von Haltungen, die brutale, menschenverachtende Verhaltensweisen ermöglichen, zum Beispiel durch Gewaltvideos, genauso scharfe Waffen gegen Demokratie, Frieden oder sozialen Fortschritt sein können, wie es hochautomatisierte Produktionsmittel – Aussperrung, Arbeitslosigkeit oder staatliche Machtmittel – sind.

Ich denke, daß es auch der IG Medien, die ja einen viel größeren Kreis von Menschen umfaßt, die Informationen produzieren, verarbeiten und weitergeben, nicht nur darum gehen kann, wie das geschieht, sondern auch darum gehen muß, was produziert wird und wem das nutzt. Das weist jetzt wieder über diese individuelle Verweigerung, die ich ja nun einmal begangen habe und die auch andere immer wieder begangen haben, hinaus. Das Problem ist doch, daß eine individuelle Bereitschaft vorhanden sein muß, sich zu weigern, daß aber auch die Möglichkeiten eines kollektiven Kampfes im Betrieb vorhanden sein müssen, daß also unsere Vertrauensleutekörper, die Betriebsräte und auch die Gewerkschaftsgruppen eine entsprechende Sensibilität für dieses Problem „Was wird da eigentlich produziert?“ besitzen.

Ich möchte an dieser Stelle Egon Erwin Kisch – von 1919 – aus einer „Rede an sozialistische Setzer“ zitieren. Er hat es damals zeitgemäß auf Setzer bezogen; ich bitte das so nicht persönlich zu nehmen.

„Setzer, wißt Ihr, daß Ihr, Eure Hände zum Setzen antisozialistischer Manuskripte leihend, um nichts besser seid, als Staatsschutzleute, Polizisten und andere weiße Gardisten, die gegen Proletarier schießen und Proletarier morden?“

Setzer, wißt Ihr, daß Ihr dann um nichts besser seid als Brudermörder?

Setzer, wißt Ihr, daß Ihr dann ärger seid als jene, die nur Einzelmenschen töten, während diese verleumderischen, hetzerischen Machwerke von Kapitalistenknechten den Massenmord Eurer Brüder herbeiführen, Bewegung ersticken, ja sogar Ideen in Mißkredit zu bringen imstande sind?“

Und er endet diese „Rede an sozialistische Setzer“:

„Die Zeitung, die von Arbeitern gemacht wird, darf nicht ewig eine Waffe gegen Arbeiter bleiben!“

Das muß den wenigen proletarisch-klassenbewußten Redakteuren gesagt sein, dem Administrationspersonal und den Austrägern, aber vor allem Euch, den Setzern und Druckern! Dann wird kein blutiger Bruderkampf nötig sein, wie jener im Berliner Zeitungsviertel.“

Ich wollte auf dieses Problem hinweisen, und ich bitte, daß Ihr es in Euren Köpfen und Herzen bewegt und in die Gegenwart und in die Zukunft übersetzt. – Danke!“

Der großen Zustimmung auf diesen Beitrag, müssen Gewerkschaftsbeschlüsse folgen, die, begründet auf den Kontrollratsgesetzen, den kollektiven Kampf gegen die Verbreitung faschistischer Propagandamittel ermöglichen, zumal die zweite Entlassung Schlichtings unter aktiver Mitwirkung eines gewerkschaftlichen Betriebsrates erfolgte. – (arr)

Arbeitszeiten

**fuba: Unternehmensberater
mischen wieder kräftig mit**

Bad Salzdetfurth. Wie berichtet, hat die Unternehmensberaterfirma verschiedene Flexibilisierungsvorhaben in Gang gesetzt (Politische Berichte Nr. 25/87). Ihr jüngster Clou: Arbeitsintensivierung durch versteckte Vorgabezeiten im Prüfungs- und Endprüfungsbereich. „Kalkulationszeiten“ zu ominösen Planungszwecken existieren schon lange. Bisher wurden sie nie eingehalten, durchschnittlich um 50% überschritten. Meister und Vorarbeiter müssen nun „realistische“ Zeitangaben vorlegen – zur angeblich korrekteren Terminplanung. Gegen diese Argumentation hat der Betriebsrat keine Einspruchsmöglichkeiten. Praktisch sind Meister und Vorarbeiter zur Intensivierungsüberwachung im „optimaleren Fertigungsfluß“ verdonnert.

Das zweite große Feld der Profitmaximierungsfachleute umreißt den gesamten Komplex „Arbeitszeiten“. Da aktuell in der Metallindustrie die Verhandlungen zur Umsetzung des Arbeitszeitarifvertrages laufen, ergeben sich für die Geschäftsleitung und ihre Berater beste Voraussetzungen zur Flexibilisierung aller Unternehmensbereiche. Ein Bündel von „betrieblichen Anforderungen an eine konkurrenzfähige Produktion“ präsentiert die Kapitalisten dem Betriebsrat in bisher zwei Verhandlungsrunden, die ergebnislos veragt wurden. Das lag auch daran, daß Bosch und Blaupunkt in Hildesheim, die als größte niedersächsische Elektrokonzerne „wegweisend“ wirken, vor die Einigungsstelle gegangen sind.

Um einen ungefähren Überblick über das Ausmaß der Flexibilisierungsvorhaben zu bekommen, wird im Anschluß der Katalog der Unternehmensberater zu diesem Thema auszugsweise vorgestellt:

Ausdehnung der Zweischichtarbeit in allen Fertigungs- und Vorfertigungsabteilungen von derzeit 60 auf über 80%, im Dreischichtbetrieb von 20 auf über 30%; Samstagsarbeit „bei Bedarf“ mit Freizeitausgleich, um sogenannte Produktionsspitzen mit gleicher Arbeitskraftkapazität aufzufangen; Ausdehnung der Überstunden „bei Bedarf“ mit der gleichen Begründung, wobei ein Freizeitausgleich „bedingte“ gewährt wird; Erweiterung der Kernarbeitszeit in den Gleitzeitabteilungen (hauptsächlich Angestelltentätigkeiten) von sechseinhalb auf acht Stunden; Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, aber Ausdehnung der Schichtarbeit in den Samstag und teilweise in den Sonntag (bei Dreischicht). Davon sollen auch die Bereiche EDV und Fertigungssteuerung nicht ausgenommen werden.



Im Angestelltenbereich wird Gleitzeitarbeit ausgedehnt. Schicht soll folgen.

Gegen die Schichtausdehnung hat der Betriebsrat keine großen Einwände, sie wird als „produktionsnotwendige Maßnahme“ in den Gewerkschaften mehrheitlich akzeptiert. Was noch nicht durchblickt wird, sind z.B. die Ziele der Kernarbeitszeiterweiterung in den Gleitzeitabteilungen. Es handelt sich um alle produktionsbegleitenden Bereiche: Entwicklung/Konstruktion, EDV, Arbeitsvorbereitung, Planung, Fertigungssteuerung, Lagerverwaltung, Einkauf, Vertrieb, Verkauf usw. Hier soll über die Ausdehnung der Kernarbeitszeit nichts anderes als ein Zweischichtsystem („versetzte Schichten“) scheinbarweise eingeführt werden. – (mal)

FAP-Verbotsantrag**Die SPD nimmt Art. 21 GG,
ohne Art. 137 zu erwähnen**

Niedersachsen. Es mag unüblich erscheinen, einen Antrag der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion in solcher Ausführlichkeit an dieser Stelle zu plazieren. Warum doch? Sein Tenor ist bezeichnend für die Politik der SPD, die Antifaschismus traditionell vereinnahmt. Ihre Schwächen sind mehr als nur solche, ihr Verständnis von dieser Gesellschaft offenbart auch auf diesem politischen Feld viel mehr staatstragendes Bewußtsein in ihren Reihen, als dies von der sozialen Zusammensetzung vermuten läßt.

Der Verbotsantrag favorisiert „demokratische Spielarten“ des imperialistisch geprägten Gesellschaftsverständnisses, stärkt die „leistungsorientierte Solidargemeinschaft“ über den Grundgesetzartikel 21, negiert damit gleichzeitig Ausbeutung als grundsätzliche Ursache von Faschismus. Kleine Anmerkungen zur „Unvollkommenheit des Verbotsantrags“ („Verfassungsfeindlichkeit“ reiche nicht aus)

täuschen nicht über die ernüchternden Gemeinsamkeiten – im FdGO-Verständnis – mit CDU-Positionen der 80er Jahre hinweg, die der FAP „national-konservativen Geist“ gezielt unterstellte. Dazu steht Hasselmann als Innenminister noch heute.

Am 22. Januar wurde der Antrag der SPD-Fraktion in erster Lesung im Landtag behandelt: „... 1. Der Niedersächsische Landtag fordert den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung auf, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot der ‚Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei‘ (FAP) nach Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes zu stellen ... In den letzten Jahren hat sich der Niedersächsische Landtag mehrmals mit der rechtsradikalen Szene und insbesondere der Praxis der FAP beschäftigt. Unstrittig war, daß nach dem Verbot der ANS-NA im Jahre 1983 insbesondere die FAP Ziel der rechtsradikalen Kader war ... Der zuständige Minister Hasselmann hat anläßlich der Debatte am 18. September 1987 auf eine Frage des Kollegen Fischer (FDP) deutlich gemacht, daß er einen Verbotsantrag betreiben würde, wenn die politischen Fakten dafür vorhanden wären ... Die gesamten Veröffentlichungen der FAP enthalten auch nicht mehr in Teilen national-konservativen Geist, wie dies für die Jahre bis 1986 gegolten haben mag ... Spätestens seit dem Bundesparteitag 1986 ist die FAP in der Zusammensetzung ihrer nationalen und regionalen Führungskader eindeutig eine faschistische Organisation ... Verbot der FAP ersetzt nicht die dringend notwendige politische Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus, seinen geistigen Wurzeln und seinen materiellen Voraussetzungen. Der Verzicht auf ein Verbot der FAP ist aufgrund von Theorie und Praxis dieser Organisation politisch jedoch nicht mehr vertretbar ...“

Quellenhinweis: Landtagsdrucksache 11/1973, 4.1.88 – (mal)



Hasselmann (CDU) läßt Faschisten enorme Freiräume für ihren Terror

Interview mit dem Heilbronner Landtagskandidaten der DKP

„Der Abzug der Pershing II ist ein Erfolg, aber wir kämpfen weiter: Die Atom-Heide muß wieder Waldheide werden“

Heilbronn. Das folgende Interview über die Auseinandersetzung um den Raketenstandort Waldheide in Heilbronn und über antimilitaristische Positionen im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg führten wir mit Konrad Wanner, Maschinenschlosser, dem Landtagskandidaten der DKP im Wahlkreis Heilbronn. Konrad Wanner arbeitet in der ALL (Alternative Linke Liste) mit, für die er 1984 zum Gemeinderat kandidierte. – (alk, jom)

Prominente CDULer konkurrieren zur Zeit darum, wer den zwischen der Sowjetunion und den USA vereinbarten Abzug von Mittelstreckenraketen von der Heilbronner Waldheide „vor Ort“ verkünden darf. Wie siehst Du die Auseinandersetzung um die Raketenstationierung auf der Waldheide und das Ergebnis?

Die CDU versucht, ihr Image wieder aufzupolieren. Wenn man sich die Ergebnisse der Bundestagswahl letztes Jahr anschaut, hat im Stadtkreis, der jetzt identisch ist mit dem Landtagswahlkreis, Spöri (Bundestagsabgeordneter der SPD und Landtagsspitzenkandidat in Baden-Württemberg) mehr Prozente geholt als der CDU-Kandidat. Das ist für die CDU ein Signal gewesen, daß die Friedensbewegung in Heilbronn beginnt, sich prozentual bei den Wahlen auszuwirken. Deshalb hat die CDU im Vorfeld der Landtagswahlen den Ballon gestartet mit ihrem Kandidaten Stechele, Heilbronn würde als erstes von diesen Raketen befreit. Das Peinliche war natürlich, daß die Bundes-CDU nicht mitgezogen hat und er sich den absoluten Reifall organisiert hat. Aber das ist Geplänkel am Rande. Im wesentlichen geht es darum, wie erstens das Ergebnis des Abrüstungsvertrags bewertet wird und zweitens, was ist wirklich mit der Waldheide los. In der SDAJ und in der DKP haben wir das Motto aufgestellt: „Die Atom-Heide muß wieder zur Waldheide werden“ – unter diesem Motto habe ich auch schon einmal bei den Oberbürgermeisterwahlen kandidiert –, es geht uns darum, daß mit der hoffentlich in zwei, bis drei Jahren abgeschlossenen Beseitigung von Mittelstreckenraketen die Waldheide wieder ein Naherholungsgebiet wird.

Ich möchte erst etwas grundsätzlicher auf den Abrüstungsvertrag eingehen, den man als Erfolg der Friedenskräfte werten muß. Das sehe ich so, und das haben wir in Heilbronn in der DKP auch diskutiert. Der Druck, der entwickelt worden ist von der Friedensbewegung, war im Laufe des letzten Jahres so groß, daß sich die Bundesregierung nicht mehr getraut hat, international gegen das sich abzeichnende Abrüstungsabkommen zu stellen, wobei es ja bis zum Mai, vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, so ausgesehen hat, als ob über

die Pershing Ia das Abkommen gefällt werden soll. Der Druck in Heilbronn hat nach dem Unfall auf der Waldheide – 1985 kam es zu einem Brand von Pershing II – noch einmal zugenommen. Es hat aber auch vorher schon viele Aktionen, auch lokale Aktionen gegeben. Am 8.3.1980 hat die SDAJ auf der Allee die Straße blockiert, samstagsmittags im Hauptverkehr, nach fünf bis zehn Minuten war dann ein ziemliches Verkehrschaos. Damit haben die Aktionen angefangen. Dann hat es eine Demonstration gegeben, „ohne Rüstung leben“, mit KPD oder

eben die Vorschläge, die offensiv von der Sowjetunion über Michail Gorbatschow vorgetragen worden sind, auf positiven Boden gefallen. Dazu kommen noch andere Faktoren international, von denen man anfangs nicht gedacht hat, daß sie so schnell solche Vereinbarungen beeinflussen, nämlich die wirtschaftliche Entwicklung in den USA.

Sicher, drei Prozent ist bloß das Arsenal, das abgerüstet werden soll. Das Beispiel Waldheide zeigt, daß mit der Beseitigung der Raketen noch nicht die militärische Anlage beseitigt ist. Das zeigt, daß man sich als Friedensbewegung, sagen wir, nicht neu orientieren, aber neue Schwerpunkte festsetzen muß und nicht nachlassen darf im Druck, schließlich ist das Abkommen auch noch nicht ratifiziert. Die drei Prozent als Zahl drück-



Fast 10000 Teilnehmer demonstrierten 1985 unmittelbar nach einem Unfall mit Pershing-II-Raketen.

Volksfront, glaube ich, dann hat es seit 1981 wieder Ostermärsche gegeben. Das war dann die Voraussetzung dafür, daß der Unfall nicht unter den Tisch gespielt werden konnte. Mit diesem Unfall ist der Heilbronner Bevölkerung deutlich geworden, die Friedensbewegung hat recht mit dem, was sie sagt. In den zwei Jahren hat das dann zu sehr großen Aktionen geführt. Ich denke auch, daß wir es geschafft haben im lokalen Bereich, eine unheimliche Betroffenheit bei der Bevölkerung zu verankern, weit in die bürgerlichen Kreise hinein. Das zeigen die Beschlüsse des Gemeinderat: da ist die Entwicklung zu sehen von einer ursprünglichen Akzeptanz bis heute zu einer ziemlich klaren Ablehnung. Das kann man auf lokaler Ebene als einen Erfolg der Friedensbewegung sehen, daß hier Druck gemacht wurde. Bundesweit ist das gleiche festzustellen. Durch diesen Druck sind

ken vielleicht weniger aus als das, was das Abkommen tatsächlich an Gewicht hat: nämlich ein Stück Hoffnung, daß man bei der Abrüstung etwas erreichen kann.

Selbst bei Abzug der Mittelstreckenraketen zeichnet sich für Heilbronn keine Verringerung von militärisch genutzter Fläche ab, sondern eher das Gegenteil. Millionen wurden und werden für den Ausbau und die Erweiterung von Kasernen, Übungsgelände und andere militärische Einrichtungen ausgegeben. Findet da nicht in Wirklichkeit ein Umbau, statt einem Abbau von atomaren Waffen statt?

Das kann man vielleicht nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. Ob nun Umbau von atomaren Waffen oder Abbau von atomaren Waffen, wobei aber konventionelle Waffen hinkommen, das ist wieder der Bereich der Spekulation, in dem sich die Friedensbewegung oft befin-

det, wenn sie ein Projekt bekämpfen muß, wo sie nicht weiß, was dahinter steckt – das war anfangs mit der Waldheide das gleiche. Bis 1985, nach dem Unfall, hat man nicht definitiv gewußt, was sich dort befindet. Also, das ist im Bereich der Spekulation. Was aber derzeit dort stattfindet, ist mehr als empörend. Ich weiß nicht genau die Summe, aber landesweit werden etwa 50 bis 60 Millionen investiert, und davon sind einige Millionen für die Waldheide verbuddelt. In der Planung wird eine direkte Anbindung an die Autobahn bei Weinsberg gefordert und – das ist lokalpolitisch das Gravierendste – der vierspurige Ausbau des Autobahnzubringers nach Untergruppenbach, wo ein Knotenpunkt zur Abzweigung zu der sogenannten Panzerstraße entstehen soll. Das ist nicht einzusehen, wenn die Waldheide nicht mehr militärisch genutzt werden sollte, warum dann ein solches Kreuz gebaut werden soll. Daran zeigt sich, daß man als Friedensbewegung dranbleiben muß. Die Zurückgabe der Waldheide als Naherholungsgebiet an die Bevölkerung bleibt für uns eine zentrale Forderung im kommunalen Bereich oder jetzt bei den Landtagswahlen. Auch finanziell ist es eine direkte Belastung der Kommune mit Militärausgaben. Beim Ausbau der vierspurigen Strecke ist sicher auch Geld von der Stadt drin. Dann hat die Stadt jetzt einen Zuschuß bekommen von 1,7 Millionen für die Verbesserung der Ausstattung der Feuerwehr, was nur wegen der Waldheide nötig ist. Wir dürfen nicht die Illusion haben, daß mit dem Abzug der Pershing II Heilbronn militärfrei wird.

Zumal ja im Gespräch ist, Panzer bestückt mit atomaren Kurzstreckenraketen auf der Waldheide zu stationieren. Das wäre von der Belastung her kein Deut besser.

Nun, bei den Pershing II ist das eine strategische Frage. Da hätte es passieren können, innerhalb von zehn Minuten ist Europa eine atomare Wüste. Im Gesamtüberblick war das eine sehr gefährliche Sache, die Waldheide. Aber sie wird weiterhin, wenn dort jetzt Panzer mit Kurzstreckenraketen sind, ein militärisches Problem für die Region bleiben, was man bekämpfen muß. Aber man muß schon den Unterschied sehen zwischen den Pershing-Raketen und den Panzern oder anderen Waffen, die jetzt stationiert werden sollen.

Die Bundesregierung behauptet, daß nach dem Abzug der Mittelstreckenraketen eine Überlegenheit des Warschauer Paktes bei den Kurzstreckenraketen bestünde. Deswegen müsse eine Nachrüstung bei den Kurzstreckenraketen erfolgen. Erklärt sich nicht daher, daß die Auseinandersetzung weitergehen wird?

Ich will ja nicht begrüßen, daß Kurzstreckenraketen herkommen.

Aber auch wenn die Waldheide weiterhin militärisch genutzt wird, auch wenn sie atomar genutzt wird, ist es vom Gesamtzusammenhang her etwas anderes, ob hier Pershing II sind oder etwas anderes. Trotz der weiteren militärischen Nutzung der Waldheide ist der Abzug der Pershing II ein Erfolg. *Wie siehst Du die Beschlüsse, die von verschiedenen Kommunalparlamenten gegen den Militärstützpunkt Waldheide gefaßt wurden? Gibt es auf dieser Ebene weitere Möglichkeiten?*

Wenn man sich nochmal die Empörung und den Protest 1985 nach dem Unfall auf der Waldheide in Erinnerung ruft, dann waren die Beschlüsse der Kommunalparlamente ein ganz wesentlicher Faktor in der Widerstandsbewegung. Es gibt im Landkreis Heilbronn kaum einen Gemeinderat, der nicht Stellung genommen hätte gegen die Waldheide. Das ist relativ einmalig in der Bundesrepublik, daß in einem Landkreis flächendeckend die Kommunalparlamente in dieser Frage, einer militärischen Frage, so einer Meinung waren. Bis heute dauert das an, gegen die Waldheide ist nach wie vor ein kommunaler Druck da. Insgesamt hat sich der Druck aus den kommunalen Parlamenten gegen militärischen Ausbau und Neuansiedlungen überhaupt ausgedehnt, die Friedensbewegung hat oft viel stärkere Auswirkung, als oft dargestellt wird. Ich habe mir zwei Beispiele notiert. Das eine ist Mosbach, dort konnte bis heute der Bau eines Militärlagers verhindert werden durch Unterschriftensammlung, Beschluß vom Gemeinderat, auf Grund von kommunalem Druck. Genauso in Neudenau, das ist ein Städtchen im nordöstlichen Teil vom Landkreis Heilbronn, traditionell CDU, katholisch, dort war geplant ein Militärdepot zu bauen, eine Panzerhalle für die amerikanische Armee. Da hat es eine Unterschriftensammlung gegeben im Dorf und einen einmütigen Gemeinderatsbeschluß gegen die Ansiedlung des Militärdepots. Das ist landesweit so. Es gibt kaum noch einen Gemeinderat, der Hurra schreit, wenn sie eine neue militärische Anlage kriegen sollen. Das ist sicher in Rheinland-Pfalz oder an der Küste, wo die Bundeswehr Hauptarbeitgeber ist, ein schwierigeres Problem.

Das Geld, das die Kommunen zur Verfügung haben, wird durch den Rüstungshaushalt auch immer mehr verringert. Die Steuerreform hat sicher wirtschaftspolitische Hintergründe, aber man könnte ja sagen, wenn so etwas finanziert werden soll, könnte man das Geld beim Rüstungshaushalt wegknabbern und nicht bei den Kommunen holen. Deshalb halte ich das für positiv, daß die Kommunalparlament Stellung nehmen. *Sollten die Kommunen nicht auch Einspruchsmöglichkeiten erhalten gegen die Ansiedlung von Rüstungsbetrieben?*

Es kommt darauf an, welchen Druck die Friedensbewegung da erzeugen kann. Das wäre eine hohe Qualität der Aktion. Positiv ist, daß die IG Metall auf ihrer Bezirkskonferenz in Karlsruhe beschlossen hat, daß die Rüstungs- und Friedensdiskussion in den Betrieben eine größere Rolle spielen soll, aber die Realität ist sehr hart. Genauso ist es im wirtschaftlichen Bereich bei den Kommunen. Wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht, und wenn das, wie gesagt, durch die Steuerreform noch brutaler wird, dann greifen die Kommunen nach jedem Halm. Ich halte das Argument für gut, weil es den Nerv trifft. Hier ist die gewerkschaftliche und Arbeiterbewegung gefordert, aber es ist ein hohes Niveau des Widerstands gefordert.

Mit Sorge beobachten wir, daß jetzt zwar in der BRD stationierte US-Raketen mittlerer Reichweite abgebaut werden, gleichzeitig aber z.B. durch Außenminister Genscher immer unverhülltere Ansprüche der BRD gegenüber anderen Ländern formuliert werden wie Mitsprache der BRD bei sogenannten deutschen Minderheiten in verschiedenen osteuropäischen Staaten. Außerdem wird verstärkt an einem Anspruch auf Wiedervereinigung gearbeitet, den der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder mit „Deutschland-über-alles“- und „Von-der-Maas-bis-an-die-Memel“-Schlachtrufen untermauert. Findet derzeit nicht vielleicht eine Abrüstung bei den Waffen bei gleichzeitiger Aufrüstung bei den Kriegszielen statt? Welche Möglichkeiten siehst Du, einer solchen Entwicklung entgegenzutreten?

Diese Frage finde ich interessant. Derzeit ist ein erster Schritt bei der Abrüstung gemacht, vorausgesetzt, die USA ratifiziert das Abkommen und die Raketen werden abgebaut. Bei den Pershing Ia in der Bundesrepublik, aber auch in den USA ist klageworden, daß es starke Kreise gibt, die die drohende weitergehende Abrüstung sehr argwöhnisch beobachten bzw. verhindern wollen. Da wird versucht, Druck zu machen von ganz rechts außen durch ideologische Aufrüstung. Bei den Genscher-Aktivitäten der letzten Monate muß man zwei Seiten sehen: Die negativen, wie ihr sie jetzt herausgestellt habt, aber es gibt auch positive Seiten. Es gab jahrelang eine Abkühlung bei den Wirtschaftsbeziehungen und den sonstigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern. Nicht zuletzt durch die Aufstellung der Pershing-Raketen war man insgesamt fast wieder auf einem Stand wie vor der Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel. Der Westen hat zur Zeit keine andere Alternative, als die friedliche Koexistenz zu akzeptieren und zu versuchen, das Beste daraus zu machen. Es ist wesentlich für die Erhaltung des jetzigen Zustandes, ja,

sagen wir von Frieden, daß es gelingt, zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern das Mögliche an friedlichen Beziehungen in Gang zu bringen, d.h. auch ganz wesentlich wirtschaftliche Beziehungen. Nicht nur deshalb, weil die sozialistischen Länder so dringend auf die Technologie, Hightech, aus dem Westen angewiesen wären, sondern das hat vor allem einen Friedenscharakter. Alle Blockademaßnahmen gegen die sozialistischen haben bewiesen, daß die sozialistischen Länder, vielleicht mit zeitlicher Verzögerung, sehr wohl in der Lage waren, ihr Knowhow selber zu kriegen. Die DDR hat es auch mit der sehr weitgehenden COCOM-Liste geschafft, ein hohes technisches Niveau zu erreichen. Da sind die Erwartungen im Westen sehr enttäuscht worden, daß man die sozialistischen Länder abhängen könnte. Ich glaube, Realität ist, je mehr die Wirtschaft in der Bundesrepublik ihre Profite realisieren kann, dadurch daß sie im Osten Handelsaustausch betreiben kann, umso geringer wird die Kriegslüsterheit. Es hat Friedenscharakter, wenn gesagt wird, lieber empfangen wir von denen Waren als Raketen. Da kann man sich die Leute nicht rausuchen, die in der Bundesrepublik in der Regierungsverantwortung sind. Da kommt eben ein Genscher nach Polen und sucht sich Kontakte mit Solidarność oder anderen Vertretern, oder man muß auch mit Strauß sprechen.

Du sagst, daß es eine Frage der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme sei. Ich glaube, das sehen Strauß und Genscher auch so. Für sie ist der Handel und die Wirtschaftsbeziehungen doch nur ein Mittel, die sozialistischen Länder zu schwächen.

Klar, unumstritten. Aber jetzt ist der Unterschied, daß Strauß ökonomisch gezwungen ist, in das „Reich des Bösen“ zu fliegen, was früher undenkbar war. Die sozialistischen Länder sind nicht schwächer geworden, sondern machen das aus einer Position der Stärke. Ich habe keine Bedenken, daß durch die Wirtschaftsbeziehungen die Machtposition des Sozialismus gefährdet wird, im Gegenteil.

Lassen wir jetzt die Frage, was die sozialistischen Länder bewegt. Was uns Sorge macht: daß es hier in der Bundesrepublik eine starke revanchistische Propaganda gibt, nicht nur bei der NPD und den Republikanern, sondern im Regierungslager und zwar quer durch. Uns fällt auf, daß die Friedensbewegung wenig gegen diese revanchistische Propaganda tut.

Ich sehe das in einem direkten Zusammenhang mit den neofaschistischen Umtrieben. Die Diskussion kommt vor allem von Leuten mit einem rechtsradikalen Hintergrund. Der ganze Anspruch auf Wiedervereinigung, von der Maas bis an die

Memel, das hat im rechtsradikalen, faschistischen Bereich seinen Herd. Es gibt aber mit Mayer-Vorfelder, mit den Unterrichtsinhalten an baden-württembergischen Schulen, mit dem Deutschlandlied, von dem alle drei Strophen gesungen werden sollen, mit dem bundesweiten Abspielen der Nationalhymne nach Sendeschluß eine stärkere Hinwendung zu nationalistischen Gefühlen. Da hat die Regierung ihren großen Anteil. Kohl hat Reagan sowohl nach Bergen-Belsen als auch nach Bitburg geführt. Das ist ein ideologischer Kampf, der gegen die Anerkennungs- und Entspannungspolitik der sozialistischen Länder geführt wird. Da muß man auch in der Friedensbewegung etwas machen. Anfang Januar hat Honecker an Kohl einen Brief geschrieben wegen atomwaffenfreier Zone und chemiewaffenfreier Zone. Es hat darauf keine solche Bewegung gegeben wie jetzt bei den Verteilungen Oppositioneller in der DDR.

Ich sehe die Möglichkeit, daß man gemeinsam gegen die Faschisten auftritt, denn das ist der Herd, wo das Gedankengut herkommt. Und zweitens sollte man die Friedensinitiativen aufgreifen, die von den sozialistischen Ländern kommen. Atomwaffenfreie Zone und chemiewaffenfreie Zone sollen ja dazu führen, daß kein Krieg mehr geführt werden kann. Und Wiedervereinigung und erst recht faschistische Ziele werden anders als mit einem neuen Krieg nicht durchzusetzen sein. Deshalb ist das auch wichtig, die Friedensvorschläge der sozialistischen Länder aufzugreifen.

Genscher, ich bin kein Freund von ihm, hat da immerhin in den USA einen Vorstoß unternommen, wie weit man bei der chemiewaffenfreien Zone gehen könnte. Genscher hat zwei Seiten, welche stärker ist, da fühlt er sich hingezogen.

Bei der Diskussion über die Waffen – welche sind schlimmer, welche weniger – sollte man doch nicht vergessen, daß Kriege immer für bestimmte Zwecke geführt werden. Ein wesentliches Ziel der BRD ist – so sehen wir das – eine Vormachtstellung in Europa zu erringen, wobei Europa eben bis zum Ural geht, im Grund sind das die alten Ziele des Deutschen Reiches.

Es ist richtig, daß es in der Bundesrepublik starke Kräfte gibt, die diese alten Ziele des deutschen Imperialismus im Kopf haben und nach wie vor versuchen, mit allen Mitteln zu realisieren. In dem Zusammenhang ist die Möglichkeit der atomaren Bewaffnung, die sich 1995 mit Wackersdorf als letztem Kettenglied schließen würde, das eklatanteste Beispiel. Und wenn das atomar nicht geht, dann soll eben konventionell aufgerüstet werden, das ist vollkommen richtig. Es gibt aber innerhalb der Industrie, bei den Konzernen, im Imperialistenlager

in der Bundesrepublik doch unterschiedliche Gewichtungen. Es gibt etwas gemäßigtere wie Genscher und Weizsäcker, und es gibt solche wie Dregger, Strauß und die ganze CSU, Späth mit SDI. Das sind die Kräfte, wie sie existieren. Die einen sind mehr von der Rüstungsindustrie abhängig, die anderen mehr von anderen Industrien.

Bei der ganzen Diskussion um antimilitaristische Positionen im Landtagswahlkampf habe ich bisher einen wichtigen Punkt vergessen: Daimler-Benz. Für uns war das der zentrale Punkt, um zu kandidieren. Wir hatten innerhalb der Friedensbewegung unsere Kandidatur diskutiert, wir sind in Heilbronn von der SPD angemacht worden, warum wir kandidieren, unterstützt doch lieber Spöri. Es gibt aber Probleme in der Friedensbewegung und mit der SPD, dagegen etwas zu machen, daß in Baden-Württemberg Daimler-Benz die eigentliche Zentrale ist. Z.B., wenn der Kleinert vom Regierungssprecher direkt in den Konzern geholt wird, ist das doch ganz offensichtlich, selbst das „Handelsblatt“ hat geschrieben, jetzt hat er in die eigentliche Regierung Baden-Württembergs gewechselt. Darum geht es für uns im Landtagswahlkampf: Die Daimler-Benz-Herrschaft aufzuzeigen und so weit wie möglich zurückzudrängen. Rastatt z.B., da hat die Landesregierung zugebuttert, damit dort eine Fabrik entsteht, was landesweit nur Arbeitsplätze wegrationalisiert. In Boxberg hat Späth alle Unterstützung geben wollen. Der Ausbau des Flughafen Stuttgarts ist ein weiterer Punkt. Die Konstruktion des Rüstungskonzerns Daimler-Benz ist in Absprache zwischen Reuter (Daimler-Vorstand und SPD-Mitglied) und Späth gelaufen. Die Kräfte, die das angreifen, sind nicht stark, und so sehen wir unsere Aufgabe, das im Landtagswahlkampf deutlich zu machen. Daimler-Benz wurde ausgebaut, um die Ausgangsbedingungen für SDI zu konstruieren bzw. überhaupt für einen Rüstungskonzern.

Auch die Abhängigkeit von der Automobilproduktion von Daimler-Benz ist groß. Ich arbeite in einem Zulieferbetrieb von Daimler-Benz und erlebe das selbst. Die Abhängigkeiten bei der Arbeitszeit, das Flexi-Konzept wirkt auch auf die Zulieferbetriebe. Wenn die Krise in der Automobilindustrie kommt, die sich abzeichnet, dann ist von Heilbronn bis Göppingen alles betroffen. Mit den ganzen Milliarden, die Daimler zusammengescheffelt hat, sind jetzt die Ausgangsbedingungen geschaffen für einen Hightechkonzern, für die weitergehenden Rationalisierungen und zum anderen für einen starken Rüstungskonzern. Deshalb wird das immer entscheidender, in Baden-Württemberg dagegen anzugehen.

Esslingen: DGB-Kundgebung

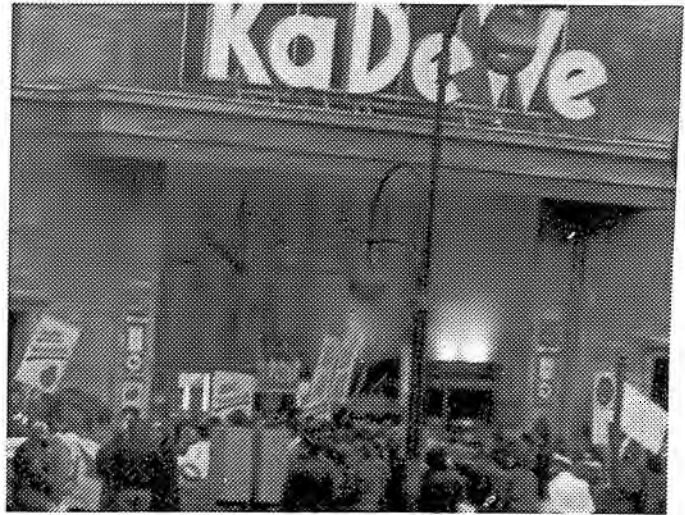
Esslingen. Etwa 3000 Teilnehmer zählte eine Kundgebung von DGB und Einzelgewerkschaften am 9.2.88. Sie war eine der Auftaktveranstaltungen der DGB-Kampagne gegen die Steuerreform, für Beschäftigungspolitik, gegen die Maßnahmen im Gesundheitswesen, für Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst. In diesem Rahmen bewegten sich die Reden. Nachhaltige Unterstützung seitens der Teilnehmer fand die Kritik an der geplanten Besteuerung von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen. – (rok)

Ladenschluß Hamburg: Schlichtung gescheitert

Endgültig gescheitert ist die Schlichtung im Hamburger Einzelhandel über die Arbeitszeiten im Verkauf. Nachdem die Erklärungsfrist vom 26. auf den 30.1. verlängert wurde, stimmten die Kapitalisten dem Schlichtungsspruch nicht zu, sondern kamen am 1.2. mit einem neuen Vorschlag: Der Hamburger Senat soll entscheiden, ob alle Hamburger Geschäfte künftig um 18.30 Uhr schließen müssen. Damit müßte der Senat allerdings gegen die

Westberlin. Am 5./6.2. organisierte die HBV erste Warnstreiks für die Tarifierung des 18.30 Uhr-Ladenschluß in den Hertie Warenhäusern Turmstr. und im KaDeWe. Inzwischen wurde der Hertiekonzern aus den Streikmaßnahmen ausgenommen, da er am 12.2. durch die Westberliner Personalleitung erklären ließ, innerhalb von zehn Tagen für die Vorlage eines neuen Verhandlungsangebotes zur Not auf Haustarfbasis zu sorgen. Aktionen in anderen Betrieben laufen weiter. – (mam)

Koalitionsvereinbarung stimmen, nach der alle Läden an vier Werktagen im Jahr bis 21 Uhr öffnen dürfen. Prah, Hauptgeschäftsführer des Hamburger Einzelhandelsverbandes, hofft, „daß der Senat diese Ungeheimheiten beseitigt. Prah verweist auf die Planungen der Bundesregierung, die Ladenschlußzeiten flexibler zu gestalten und darauf, daß dann weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften überflüssig seien.“ (Abendblatt, 1.2.88) Am 29.2. wird in Hamburg das Urteil über die Friedenspflicht gefällt. Bis dahin bereiten sich HBV und DAG auf Kampfmaßnahmen vor. – (jub)



SEL: Personalabbau und Sonntagsarbeit

Stuttgart. 88 Außendienstmonteure bei SEL Stuttgart sind gekündigt worden, im laufenden Jahr sollen nochmals 400 Arbeitsplätze im Montagebereich abgebaut werden, noch einmal so viele im Jahr 1989. Gleichzeitig verlangt SEL, daß die Fertigung im Glasfaserwerk in Stuttgart kontinuierlich auch am Wochenende läuft – aus technischen Gründen. Demgegenüber will der Betriebsrat die Sonntagsarbeit prinzipiell vermeiden, hat sich aber zu einem vierwöchigen Probelauf bereit erklärt. Die Unternehmensleitung will Sonntagsarbeit aber nicht nur zur Probe. – (ros)

CSU will neue Rechtsgrundlage

München. Nach der Niederlage der Siemens-Personalpolitik durch die Entscheidung des Münchner Arbeitsgerichts – Regelanfragen beim Verfassungsschutz bei Neueinstellungen und innerbetrieblichen Versetzungen – haben nun einige Abgeordnete der CSU Ende Januar 1988 in den Bayerischen Landtag einen Antrag (Drucksache 11/4877) eingebracht. Die Staatsregierung wird darin aufgefordert, ihre Konzeption zur Verbesserung der einschlägigen Rechtsgrundlagen bei den Sicherheitsüberprüfungen in der Privatwirtschaft darzulegen und dabei u.a. Probleme wie die Existenz von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen, sicherheitsempfind-

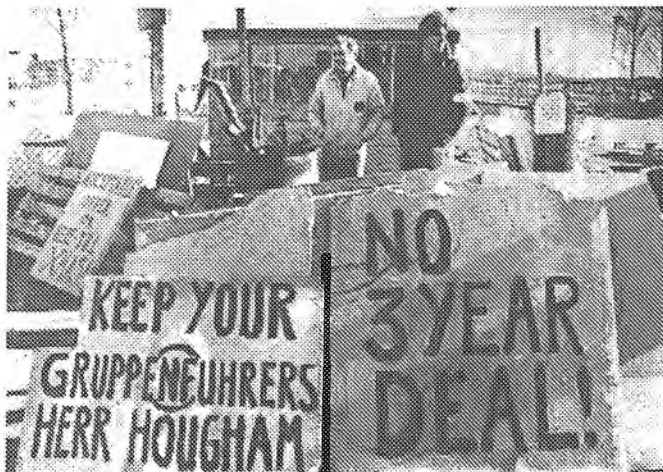
lichen Stellen und Sabotagerisiken zu berücksichtigen. Weiter wird sie auch dazu aufgefordert, den zu überprüfenden Personenkreis genauer zu definieren und die Verwendung personenbezogener Daten zu regeln. – (dil)

Siemens: Arbeit macht krank

Westberlin. Mit personellen Konsequenzen wegen des zu hohen Krankenstandes (höher als Singapur oder München) drohte der Werkleiter auf der Betriebsversammlung des Siemens-Röhrenwerks am 4.02.88. Die Arbeitsbedingungen aber sind es, die krank machen: In den Werkstätten herrschen extreme Lärmbelastungen. In den Arbeitsräumen über der Tränkhalle des Dynamowerkes treten Haut- und Schleimhautreizungen auf. Ursache: unzureichende Belüftungsanlage. Radioaktiver Staub befindet sich in der Atemluft des dritten Stockwerkes. – (kla)

Säuberungsaktion im IBM-Betriebsrat

Sindelfingen. Die Betriebsratsmehrheit im IBM-Werk Sindelfingen, die eine Betriebsvereinbarung zur Koniarbeit in der Chipfertigung anstrebt, hat am 2. Februar alle Gegner der Sonntagsarbeit aus den Ausschüssen und Freistellungen abgewählt. Dies geschah nach Rücksprache mit der Werkleitung. Sowohl der Betriebsratsvorsitzende als auch sein Stellvertreter sind nun IBM-Abteilungsleiter. Die IGM fordert Neuwahl des Betriebsrates. (wor)



32500 Ford-Arbeiter streiken seit dem 8.2. Ford hatte 7% Lohnerhöhung für das erste Jahr und 2.5% über der Inflationsrate für die beiden folgenden Jahre angeboten. Bestandteil des Angebots sind weitreichende Forderungen der Kapitalisten auf grundlegende Änderung der Arbeitsorganisation. Arbeitsgruppen von etwa 12 Arbeitern mit einem Vorarbeiter sollen eingerichtet werden, in denen sowohl Facharbeiter wie ungelernte Arbeiter zusammengefaßt werden und die ein „Höchstmaß an Flexibilität“ in Produktion und Wartung erreichen sollen. Betroffen von dem Streik sind Werke in Belgien, Portugal und der Bundesrepublik. – (hef)



Rainer Fetting, Van Gogh and Wall V. 1987

Malerei

Berlinausstellungen in den USA: „Moral im Gepäck“

„Ich hatte einen Traum, als ich in Westberlin – nahe der Berliner Mauer – lebte und arbeitete. Ich träumte, daß ein Hund gewaltsam in einen Garten von Vögeln eindrang, da der Zaun durchbrochen war. Er nahm einen Vogel in seinen Mund. Später, als ich aufgewacht war, führte mich die Erinnerung an dieses Traumfragment dazu, über Freiheit und Aggression nachzudenken, über die Furcht vor ‚dem Feind‘ und das Bedürfnis nach persönlichem Freiraum. 2782117“

Mit diesem Traum Jonathan Borofskys und einer dazugehörigen Illustration wird die Ausstellung „Berlinart 61-87“ eingeleitet, die jetzt, begleitet von starker öffentlicher Aufmerksamkeit, im Museum of Modern Art in San Francisco zu Ende ging, nachdem sie zuvor in New York zum

Zeitpunkt der 750-Jahr-Feier Berlins gezeigt worden war.

Die Arbeit des Amerikaners Jonathan Borofsky, der sich zwei Jahre in Berlin aufhielt und mit Bildern aus dieser Zeit in der Ausstellung vertreten ist, befindet sich im Eingangsbereich der Ausstellung. Die Kohlezeichnung zu seinem Traum zeigt einen Garten von Vögeln, die wie Kartoffeln auf einem Acker angeordnet sind. In den Bildvordergrund springt ein großer Hund, der einen dieser wehrlosen Vögel im Maul hat. Die politische Absicht ist offensichtlich. Der eingezäunte Vogelgarten ist Westberlin, zu dem sich der aggressive Hund, also die DDR, Zutritt verschafft hat. Derart offen reaktionäre Propaganda aus dem Blickwinkel der Westmächte ist selbst in dieser Ausstellung

gebatte einer Hühnerfarm erinnert, macht den Freiheitsdrang der darin befindlichen Hühner plausibel. Also muß die Mauer weg.

So scheint sich gleich zu Beginn der Ausstellung eine Erwartung zu bestätigen, die bereits durch den Titel „Berlinart 61-87“ erzeugt wird. 1961 ist der Zeitpunkt des Mauerbaus, und es erscheint zunächst nicht unbedingt zwingend, dieses Datum mit zeitgenössischer Kunst zu verbinden und es als Einschnitt zu betrachten. Daß die bildende Kunst auch Ergebnis politischer Entwicklungen ist und diese Ausstellung selber politische Interessen verfolgt, räumen die Organisatoren der Ausstellung im Ausstellungskatalog offen ein. So wird auch die besondere Förderung der bildenden Kunst in Westberlin – u.a. durch umfangreiche Mittelvergaben durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst – nach dem Zweiten Weltkrieg (im Übrigen höher als die nationalen Stiftungsgelder in den USA zusammen) im Kunstmagazin „artweek“ als politische Maßnahme zur Stärkung der Stadt bezeichnet. In derselben Ausgabe heißt es dann bedeutungsschwanger, Berlins Geschichte mache die Stadt zu einem „natürlichen Kandidaten, das moralische Gepäck der gegenwärtigen Weltordnung zu tragen“.

Im Gepäck befindet sich

selten. Die Westalliierten als Opfer der blindwütigen Aggression aus dem Osten. Das ist ein Bild nach ihrem Geschmack. Die Wahl eines gefährlichen Körpers zur Darstellung des Feindes erinnert an die seinerzeit faschistische Darstellung des „bolschewistischen Untermenschen“. Die Verwendung des Terminus „need for personal space“ (Bedürfnis nach persönlichem Freiraum) in Verbindung mit einem Bild, das an die Le-

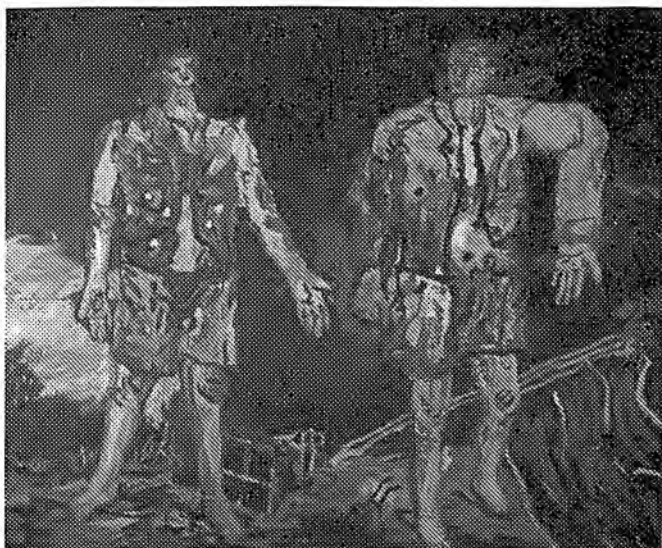


Jonathan Borofsky, Berlin Dream at 2833792. 1983

Westberliner Expressionismus, der in hiesigen Galerien mit großem Erfolg in klingende Münze umgewandelt wird. So gelten die in der Ausstellung schwerpunktmäßig vertretenen Strömungen „figürlicher Expressionismus“ (Baselitz, Lüpert, Koberling) und „Neoexpressionismus“ (neue Wilde) als Berliner Nachkommen des amerikanischen abstrakten Expressionismus nach dem Zweiten Weltkrieg und mithin als Verkörperung individueller Freiheit und westlichen Kulturguts auf „deutschem Boden“, Gegenpol „eurosozialistischer Konfor-

standen werden, mag man Fettings Bild als Anklage gegen die Mauer verstehen, die die in seinem Bild propagierte Freiheit einschränke und eine Schranke fürs westliche Kulturgut bilde.

Georg Baselitz zeigt in seinem halbmythischen Bild aus dem Jahr 1965 „Zwei große Freunde“ zwei geschlechtslose, entmenslichte Riesen, die sich vor der Berliner Mauer, die im Hintergrund mit Stacheldraht und Wachturm angedeutet ist, in offenbar von Zerstörung gekennzeichnete Umgebung aufhalten. Am Boden liegt eine amerikanisch wirkende Flagge.



Georg Baselitz, The Great Friends. 1965

mität“ im Osten, wie sich ausgedrückt wird. Da haben „meaningless worlds“ (bedeutungslose Welten), wie manche Bilder apostrophiert werden, ihren Platz und werden gerade durch ihre Bedeutungslosigkeit zum Symbol westlicher Freiheitsduselei.

Selbst aber in diesen „meaningless worlds“ werden Bilder benutzt, die auf bestimmte Assoziationen abzielen und sich leicht mit reaktionären Phrasen verbinden. Rainer Fetting setzt so bildfüllend die Berliner Mauer in Szene, an der sich ein Maler schwungvoll zu schaffen macht. Ebenso wie die Graffitis an der Berliner Mauer (die als Fotodokumentation ebenfalls Teil der Ausstellung sind) hier gerne als Protestbewegung ver-

So gesehen ist das Bild eine weitere Version von Jonathan Borofskys Vogelgarten. Die beiden Riesen, offenbar für West und Ost stehend, auf westlicher Seite: Der Russe ist da. Das muß ein Bild eines Malers aus Westberlin mit seinem Blickpunkt auf die Mauer – Standort West – wohl auch suggerieren. Laut Ausstellungskatalog stellt das Bild die Sinnlosigkeit von Sieg und Niederlage dar. Bleibt die Frage, ob mit der Darstellung der Machtblöcke als mystische, übermenschliche Triebkräfte Ursache und Charakter von Krieg und Aggression erfaßt sind oder nicht mit Absicht verklärt werden. Die Hühner in Jonathan Borofskys Garten jedenfalls – das sind dann wir. – (P.)

Kommissionen von BWK und VSP

Dokumentiert: Weiteres Diskussionsergebnis

Im folgenden veröffentlichen wir ein weiteres Diskussionsergebnis aus der Kommissionstätigkeit zur Erarbeitung von begründeten Gliederungselementen für eine programmatische Erklärung, wie sie zwischen den Leitungen von BWK und VSP vereinbart worden war. Die Diskussionsergebnisse haben noch keiner der beteiligten Organisationen zur Beschlußfassung vorgelegen.

„Kampf gegen Militarisierung und imperialistischen Krieg“

Aufgabe unserer Kommission war es, gemeinsame und kontroverse Positionen von BWK und VSP zum Kampf gegen Militarisierung und imperialistischen Krieg zu erörtern und zusammenzustellen. Dieses ist im folgenden Protokoll dokumentiert.

Wenn im folgenden von „VSP“ oder „BWK“ die Rede ist, sind damit die jeweiligen Kommissionsmitglieder gemeint.

1. BWK und VSP vertreten im antimilitaristischen Kampf folgende gemeinsame Positionen:

1. Angesichts wachsender wirtschaftlicher und militärischer Stärke verfolgt der westdeutsche Imperialismus eine zunehmend expansive Politik. Beide Organisationen sehen in Militarismus und forcierter Aufrüstung der imperialistischen Länder einen Ausdruck krisenhafter Entwicklung der Kapitalverwertung. Unvermeidlich treibt der imperialistische Kampf um Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären, Rohstoffe und Arbeitskräfte kriegsrische Auseinandersetzungen hervor. Der westdeutsche Imperialismus verfolgt zur Durchsetzung seiner Interessen eine Politik in den imperialistischen Bündnissen NATO, EG und WEU.

BWK und VSP sind der Meinung, daß von einer „gleichen Aggressivität beider Blöcke“ nicht die Rede sein kann. Davon unbenommen steht jedoch die Aufgabe der Kritik der Militärpolitik der Staaten des Warschauer Vertrags.

BWK und VSP sehen in der Ausweitung der sozialistischen Revolution und der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen das wirksamste Mittel zur Begegnung imperialistischer Kriegsgefahr. Revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten vertreten einen Standpunkt des proletarischen Internationalismus. Beide Organisationen lehnen jegliche „nationalen“, jegliche „klassenübergreifenden“ Lösungen ab.

BWK und VSP bekämpfen den Militarismus auch in seiner Funktion als Unterdrückungsinstrument nach innen, bekämpfen jegliche sogenannte zivile Kriegsvorbereitung, vertreten in bezug auf die Armee und innerhalb der Armee den Standpunkt des revolutionären Defätismus und setzen sich dafür ein, der Bourgeoisie die materiellen und personellen Rüstungs- und Kriegsmittel zu verweigern sowie die ideologische Kriegsvorbereitung (Revanchismus, KMK-Beschlüsse zum Schulunterricht u.a.) nach Kräften zu stören.

Beide Organisationen stimmen darin überein, daß die Propaganda des revolutionären Defätismus über den Bezug zur Armee hinaus alle wirtschaftlichen und gesell-

schaftlichen Belange des BRD-Imperialismus einbeziehen muß.

Als antimilitaristische Orientierung und als Sofortmaßnahmen einer sozialistischen Staatsmacht zugleich vertreten BWK und VSP:

– Austritt der BRD aus der NATO; Kündigung des WHNS-Abkommens, Erzwingung des Abzugs aller westdeutschen Truppen aus anderen Ländern sowie aller ausländischen Truppen aus der BRD; sofortige bedingungslose völkerrechtliche Anerkennung der DDR; uneingeschränkte und bedingungslose Anerkennung der bestehenden polnischen Westgrenze und der bestehenden Nachkriegsgrenzen; Null- und Nichtigerklärung des Münchner Abkommens von Anfang an; Schuldenannullierung gegenüber den vom Imperialismus ausgebeuteten und unterentwickelten gehaltenen Ländern; Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen in der BRD, Neutralität.

BWK und VSP sehen in der Erzwingung der Neutralität (Austritt aus imperialistischen Bündnissen usw.) nicht die Abschaffung der vom westdeutschen Imperialismus ausgehenden Kriegsgefahr, sondern lediglich ihre Verminderung. Im Falle der Erzwingung der Neutralität treten sie dafür ein, durch die sozialistische Revolution die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr endgültig zu beseitigen.

Für BWK und VSP steht der Hauptfeind im eigenen Land. Beide Organisationen vertreten eine Orientierung der einseitigen Abrüstung und betonen die Notwendigkeit der Kritik des westdeutschen Imperialismus und seiner Kriegsziele.

2. BWK und VSP sehen in EG, WEU und NATO wesentliche Instrumente der expansionistischen Politik des westdeutschen Imperialismus, mit denen er auch seine revanchistischen Ziele verfolgt.

Ob die Forderung „BRD raus aus der EG“ beim gegenwärtigen Stand der westeuropäischen Integration angemessen ist, muß (weiter) diskutiert werden.

Die Tendenzen zur Europäisierung der NATO, zum Ausbau der WEU, zur verstärkten französisch-westdeutschen Militärkooperation sind sowohl Ausdruck einer effektiveren Arbeitsteilung als auch innerimperialistischer Rückversicherung wie innerimperialistischer Konkurrenz. Wie auch immer geartet: Im Interesse des Proletariats sind diese Tendenzen nicht.

Für beide Organisationen ist der westdeutsche Imperialismus keineswegs Opfer der NATO, sondern treibende Kraft und Profiteur. Auf die Bekämpfung und Schwächung der Rolle der BRD in NATO, EG und WEU legen beide besonderen Nachdruck.

3. Neben den Angriffen auf die Handlungsfähigkeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung greift die Reaktion auf breiter Front erkämpfte demokratische Rechte der Werktätigen an, versucht sie jede Form des Massenwiderstands und auch soziale Bewegungen gegen die Kapitalinteressen zu kriminalisieren. Damit einher geht der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats und seiner Instrumente, deren Bewaffnung zu Bürgerkriegsarmeen, die Militarisierung der Gesellschaft und die Vervollständigung der lückenlosen Überwachung aller oppositionellen Regungen innerhalb der werktätigen Bevölkerung. So werden die Bedingungen dafür geschaffen, um – wie bereits mit den Notstandsgesetzen legalisiert – Massenaktionen gegen grundlegende Kapitalinteressen auch mit militärischer Gewalt niederschlagen zu können.

Die Vorstellung: Armee und Militär für den äußeren Feind, Polizei für den inneren Gegner – ist überholt. Vielmehr wurde ein Konzept der integrierten Feindbekämpfung entwickelt. Dabei wurde auch die Verbindung von Polizei und Armee in Form des Bundesgrenzschutzes entwik-

kelt. Diese Bundespolizei ist gleichzeitig Armee-Einheit, da dieser Truppe der Kombattantenstatus zuerkannt wurde. Dem entspricht das Konzept der NATO, die ebenfalls von einer inneren „fünften“ Front ausgeht und die Kriegsführung nach innen damit ausdrücklich zum Gegenstand des Militärbündnisses macht.

4. BWK und VSP bekämpfen die Bundeswehr als imperialistische Armee nach innen und außen und treten für ihre Auflösung ein. Im Kampf gegen den Militarismus der westdeutschen Bourgeoisie unterstützen wir insbesondere die Kämpfe der Soldaten um individuelle Vertretungs-, gewerkschaftliche und politische Rechte.

BWK und VSP treten für die Auflösung des stehenden Heeres und die allgemeine Volksbewaffnung ein.

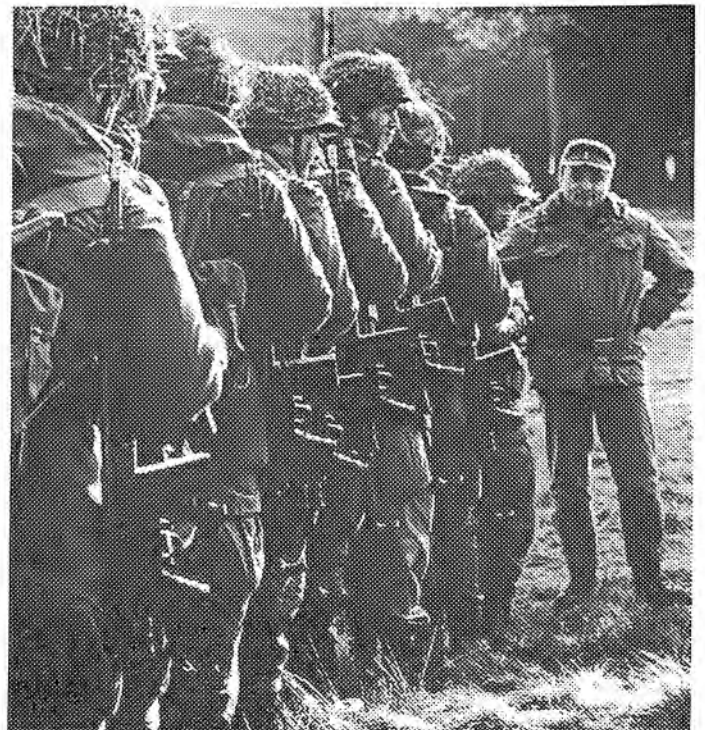
II. Kontroverse Standpunkte haben BWK und VSP in folgenden Fragen:

1. Revanchismus:

Wie schon ausgeführt, vertreten beide Organisationen auch in dieser Frage viele gemeinsame Forderungen: völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Anerkennung der polnischen Westgrenze und der bestehenden Nachkriegsgrenzen, Null- und Nichtigerklärung des Münchner Abkommens. Für beide Organisationen ist Westberlin kein Bestandteil der BRD, und sie wenden sich gegen alle dahingehenden Bestrebungen. Der Status von Westberlin und die daraus zu ziehenden Konsequenzen müssen noch diskutiert werden.

Während allerdings für die VSP aufgrund der realen Verhältnisse eine nationale Frage in der BRD und der DDR nach wie vor existiert, sie aber gleichzeitig jegliche Lösung der nationalen Frage im Sinne der Bourgeoisie bekämpft, existiert für den BWK eine nationale Frage für die Arbeiterklasse in der BRD und der DDR zur Durchsetzung ihrer sozialen Interessen nicht, sondern ist dabei hinderlich.

Für den BWK ist vom Standpunkt des Proletariats aus nach der sozialistischen Revolution und als Frage zweier sozialistischer Staaten eine Vereinigung von BRD und DDR vom gleichen Rang wie z.B. die Vereinigung einer sozialistischen BRD mit einem sozialistischen Dänemark. Darüber hinaus befördert nach Auffassung des BWK die



Linke in der Thematisierung nationaler Fragen leicht die Ideologie der Rechten und verwischt so Klassenwidersprüche.

Für die VSP sind die diesbezüglichen Festlegungen im VSP-Programm hinreichend von bourgeoisen Standpunkten abgegrenzt.

(„Im Interesse der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin und der Arbeiterklasse in der DDR ist es, daß das Problem der deutschen Spaltung aufhört, Anlaß zu revanchistischer Kriegshetze zu sein. Die sofortige bedingungslose völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Null- und Nichtig-Erklärung des Münchner Abkommens von Anfang an, die uneingeschränkte Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, vor allem der polnischen Westgrenze, gehören darum unverzichtbar zu den friedenspolitischen Sofortmaßnahmen der Arbeitermacht. Die nationale Frage in Deutschland ist damit nicht endgültig gelöst. Die Frage der Wiedervereinigung der Bundesrepublik, Westberlins und der DDR kann im Interesse der arbeitenden Menschen niemals im Sinne einer aggressiven, die staatliche Souveränität der DDR infragestellenden Politik aufgeworfen werden. Sie stellt sich erst neu, wenn in Westdeutschland, in Westberlin und in der DDR die Arbeiter die politische Macht erobert haben und sich in demokratischer Selbstbestimmung für oder gegen die Wiedervereinigung entscheiden!“ – VSP-Programm S. 29/30)

2. Stellung zur Militarisierung der Warschauer-Vertragsstaaten und ihrer Militärpolitik

Für beide Organisationen sind die UdSSR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrags seit Jahrzehnten einer imperialistischen Aggressionspolitik ausgesetzt. Wir sehen deshalb historisch und aktuell die Notwendigkeit einer Verteidigungspolitik dieser Länder gegenüber dem Imperialismus. Zugleich lehnen beide Organisationen die Militarisierung dieser Gesellschaften zum Zwecke der Unterdrückung von Arbeiter- und Werktätigeninteressen ebenso ab wie die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bis hin zu militärischer Aggression (z.B. die Aggression der SU gegen Afghanistan).

Für die VSP ist die Solidarität mit einer autonom kämpfenden Arbeiterklasse in diesen Ländern Bestandteil des proletarischen Internationalismus.

Der BWK ist demgegenüber der Auffassung, daß es für die Klassenkampfentwicklung im imperialistischen Westen von großem Vorteil ist, wenn z.B. die Tendenz zur Kollaboration mit dem Imperialismus in den Oppositionsbewegungen dieser Länder in den politischen Kämpfen in diesen Staaten isoliert und ihres Einflusses beraubt werden kann.

Die VSP kritisiert die atomare Aufrüstung in den Ländern des WV, die den Atomkrieg nicht verhindern hilft, sondern ihn wahrscheinlicher macht, die gegen den Willen und unter Ausschaltung der Werktätigen passiert.

Für den BWK sollte dagegen die Frage, inwieweit die bisherige Militärpolitik der WV-Staaten zur Kriegsgefahr beigetragen hat oder in welchem Ausmaß diese besser von ihr – unter den gegebenen Klassenverhältnissen – hätte bekämpft werden können, keinen Eingang in eine programmatische Erklärung der westdeutschen Kommunisten finden. Für den BWK ist eine Überprüfung der Militärpolitik der WV-Staaten wahrscheinlich nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der These von der friedlichen Koexistenz möglich. Ebenso ist die weitere Auseinandersetzung mit der sog. Breschnew-Doktrin betr. „begrenzte Souveränität sozialistischer Staaten“ notwendig, die wohl die theoretische Grundlage zur Bevormundung und Einmischung in die Angelegenheiten befreundeter Staaten abgeben soll.

Für die VSP ist es notwendig, zur Militärpolitik der WV-Staaten Stellung zu nehmen, weil sie (wenn auch nicht



ursächlich und auch längst nicht in gleichem Maß wie die NATO) zur Kriegsgefahr beitragen bzw. sie nicht im gebotenen Maß bekämpfen. Darüber hinaus ergibt sich für die VSP die Notwendigkeit, zur Militärpolitik dieser Länder Stellung zu nehmen, weil die Berechtigung, sich als eigenständige revolutionäre Strömung neben der DKP zu konstituieren, dargelegt werden muß.

3. Stellung von BWK und VSP zur Friedensbewegung in der BRD

Beide Organisationen messen der Auseinandersetzung mit bzw. in der Friedensbewegung große Bedeutung bei.

Die VSP sah und sieht aufgrund ihrer Einschätzung von einer im wesentlichen progressiven Bewegung die Aufgabe darin, am Aufbau und an der Entwicklung der Friedensbewegung lokal und, wo es ging, bundesweit teilzunehmen. Dabei geht es ihr vor allem darum, den radikaleren Flügel der Bewegung zu stärken und linke Differenzierungen anhand der in der Bewegung diskutierten Fragen zu unterstützen (Mitarbeit in der RUF, beim Anti-NATO-Kongreß z.B.).

Der BWK sieht in der Friedensbewegung eine im wesentlichen christlich bestimmte und kirchlich geführte Bewegung gegen Atomwaffen und für Frieden. Folglich sah und sieht er seine wesentlichen Aufgaben in der Auseinandersetzung mit christlichen und liberaldemokratischen Positionen der Friedensbewegung, um zu verhindern, daß die Friedensbewegung letztlich durch die Reaktion benutzbar wird. Die Basis für diese Auseinandersetzung sucht der BWK in der antimilitaristischen Arbeit in den Gewerkschaften und unter den Soldaten zu finden.

BWK und VSP sind der Auffassung, daß die Praxis der jeweils anderen Organisation ein nützlicher Beitrag zum Kampf gegen Imperialismus und Krieg ist.

Materialhinweise:

BWK-Programm

VSP-Programm

Entschließung zur Politik gegen imperialistischen Krieg und Reaktion, BWK, 1982

Ergebnisse des Kongresses der Volksfront „Faschisierung was ist das? Aktuelle Aufgaben des antifaschistischen Kampfes“, Mai 1987

Angela, Peter (VSP); ale, brr, mio (BWK)

ISDN

Billigere Fernmeldedienste zur Förderung sich ändernder Produktionsverhältnisse

ISDN – Integrated Services Digital Network, auf deutsch: integriertes digitales Sprach- und Datennetz – ist das derzeitige Investitionszauberwort der Deutschen Bundespost. Dieses Großprojekt auf der Grundlage des schon bestehenden Telefonnetzes und der neuen Postdienste, die über dieses Netz angeboten werden sollen, soll die schöne neue Welt der Informations- und Kommunikationstechniken erst richtig eröffnen. Seit Jahren werden von der Post und verschiedensten Computerfirmen, die die ISDN-Endgeräte liefern sollen, Riesensummen in die Entwicklung von ISDN gesteckt.

Die Deutsche Bundespost betreibt derzeit im wesentlichen zwei getrennte öffentliche Netze. Zum einen handelt es sich um das Telefonnetz, bei dem faktisch 100% der Haushalte mit Telefonanschlüssen untereinander über Orts- und Fernvermittlungen der Post vernetzt sind. Zum anderen handelt es sich um ein Netz, über das mit Hilfe verschiedenster Kommunikationsdienste maschinenlesbare Daten übertragen werden können. Beim Telefonnetz wird zur Übertragung die Analog-Technik, beim Datennetz IDN (Integrated Digital Network) die digitale Technik benutzt.

Das Vorhaben der Post mit ISDN ist – vereinfacht ausgedrückt – das bestehende analoge Telefonnetz in ein digitales Datennetz umzuwandeln, d.h. auch mit speziellen technischen Verfahren die bisherige Sprachübertragung zu digitalisieren, also in maschinenlesbare Form umzusetzen, zu transportieren und für den anderen Teilnehmer wieder in hörbare Frequenzen zurückzuwandeln. Über dieses neue Netz wird für die Zukunft angestrebt, alle verschiedenen Kommunikationsformen – dazu zählt: Sprache, Text, Daten und Bilder – übertragen zu können. Und dies betrifft sowohl die Netzendgeräte, z.B. das Telefon, die Vermittlungseinrichtungen der Post, die Dienste, die die Post auf diesem Netz anbietet wie z.B. Fernkopieren, Übertragung von maschinenlesbaren Briefen (Teletex) oder Sprachübertragung, bis zur Technik der Fernmeldekabel (z.B. Kupfer- oder Glasfaserkabel), die zur Datenübertragung eingesetzt werden. Die Zeitplanung für dieses Riesenprojekt ist auf Jahrzehnte angelegt, und die Postinvestitionen für die Netzentwicklung und -umstellung verschlingen Riesensummen. Nach der derzeitigen Planung für den flächendeckenden Ausbau für ein solches Universalnetz soll die Umstellung im Jahre 2020 abgeschlossen sein und nach Schätzungen sollen sich die Investitionen der Deutschen Bundespost allein für die Netzumstellung ohne den zusätzlichen Aufwand für die Endgeräte

– auf 30 bis 35 Milliarden DM belaufen.

Bereits 1972 wurde ISDN durch die zuständige europäische Normungsbehörde CCITT als Weiterentwicklung eines digitalen Fernmeldenetzes definiert. 1982 gab dann die Deutsche Bundespost gegenüber der fernmelde-technischen Industrie öffentlich die sogenannte ISDN-Absichtserklärung ab. Im Frühjahr 1984 wurde ein Regierungsbericht „Informationstechnik“ vorgelegt, der zwischen den Ministerien für Forschung und Technologie, für Wirtschaft, für das Post- und Fernmeldewesen sowie für Verteidigung abgestimmt worden war. Dieser Bericht sah den folgenden Vier-Stufen-Plan für den Netzausbau vor: (1)

Stufe 1: Ab 1984 Digitalisierung des Fernsprechnetzes durch Einsatz digitaler Fernsprechvermittlungsstellen.

Stufe 2: Ab 1988 Erweiterung digitalisierter Ortsvermittlungsstellen durch ISDN-Module, nach vorangegangenen ISDN-Pilotprojekten 1986 – 1988 in Stuttgart und Mannheim. Im ISDN-Pilotprojekt werden die benötigten vermittlungstechnischen Komponenten erprobt. Ab November 1988 be-

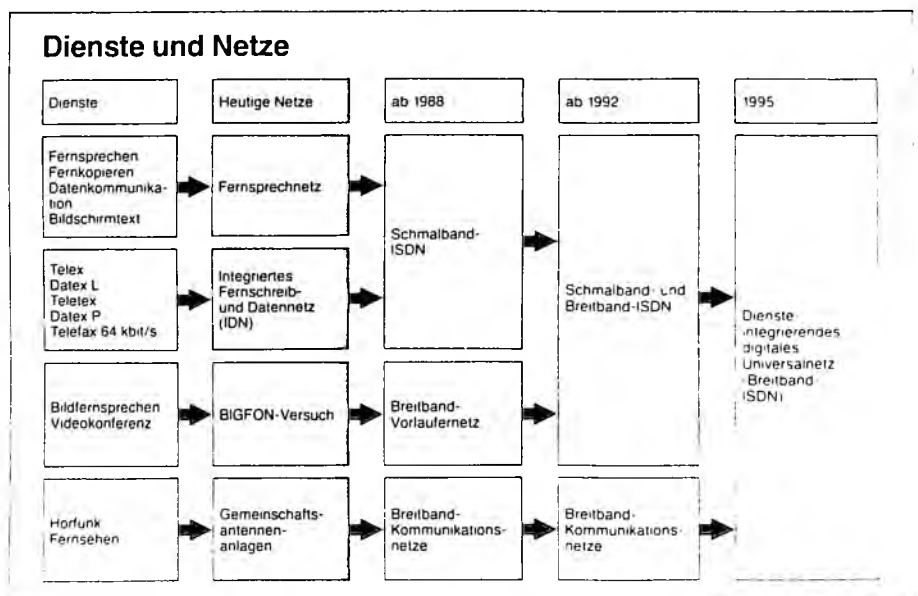
Der folgende Artikel will nicht nur notwendige Grundlageninformationen liefern, sondern sich auch mit den Fragen auseinandersetzen: Welche Triebkräfte im kapitalistischen Produktionsprozeß die Forderungen der Kapitalisten für solche Vernetzungsstrategien hervorrufen und wie deren Bestrebungen für die Zerschlagung des bestehenden Postmonopols und der Minimierung der Kosten für das Netz damit zusammenhängen. Sicher kann in einem solchen Artikel nicht auf alle Fragen eingegangen werden. Insofern verstehen wir dies als einen Teil eines notwendigen Diskussionsprozesses. – (rih, thh)

ginnt ISDN in acht ausgesuchten Netzschnittpunkten. Nach der ersten Inbetriebnahme zwischen den Ortsnetzen Hamburg und Stuttgart werden bis Anfang 1989 die Ortsnetze Frankfurt, Düsseldorf, Hannover, Nürnberg, Berlin und München schrittweise an das ISDN angeschlossen. Bis 1990 wird der Ausbau auf 115 Ortsnetze mit digitalen Vermittlungsstellen ausgedehnt.

Stufe 3: Ab 1990 Aufbau eines Breitband-ISDN auf Glasfaserbasis, das zunächst als Overlay-Netz grobmaschig den Bedarf für Bildfernsprechen, Videokonferenzen und schnellen Datenverkehr decken soll. Bis 1993 wird die Zahl der ISDN-fähigen Ortsvermittlungsstellen auf 600 erhöht und damit eine erste Flächendeckung geschaffen. (Insgesamt gibt es ca. 6000 Ortsvermittlungsstellen).

Stufe 4: Glasfasereinsatz im Ortsnetz mit Bildfernsprechen für jedermann und zusätzlicher Integration von Hörfunk- und Fernsehverteilung und -abruf.

Die Deutsche Bundespost preist den Postkunden ihre „Telekommunikation von morgen“ mit hochtraben-



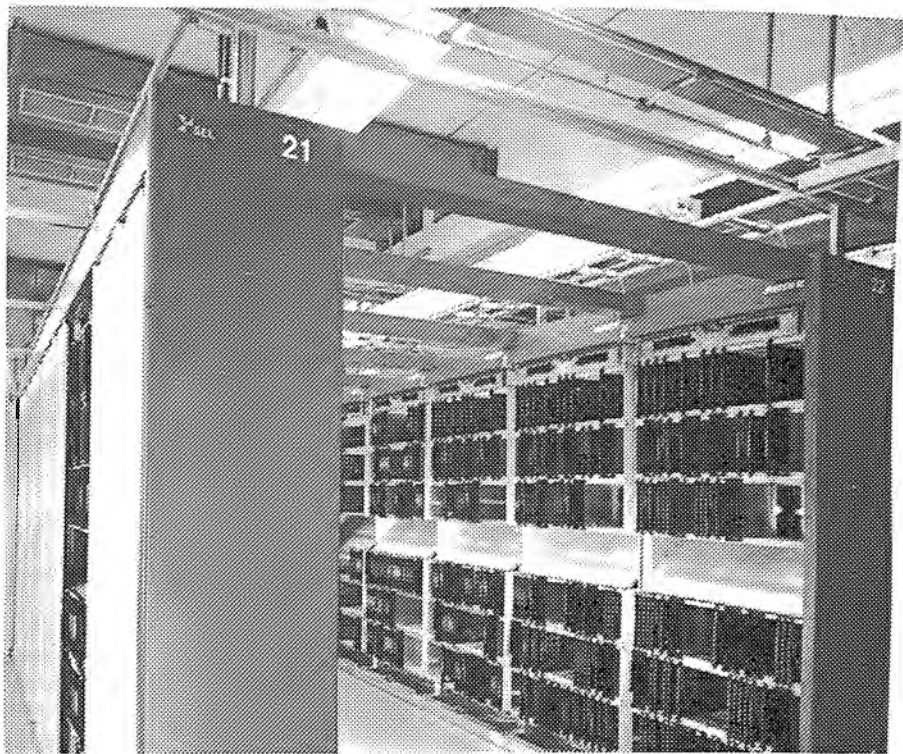
ISDN und Breitband: Ziel ist das gemeinsame Universalnetz

den Sprüchen an: „Wer den Aufgaben der Zukunft gewachsen sein will, der muß heute bereits an morgen und übermorgen denken. Das gilt besonders für die Fernmeldetechnik ... Und diese Entwicklung ist noch längst nicht abgeschlossen. Wir stehen heute an der Schwelle eines neuen Zeitalters, des Kommunikationszeitalters. Der Austausch von Informationen wird in unserer modernen Industriegesellschaft immer wichtiger. Unser Telefonnetz, das heute schon rund 30 Millionen Sprechstellen miteinander verbindet, spielt dabei eine besondere Rolle. Benötigt die Deutsche Bundespost für das derzeitige Dienstleistungsangebot noch verschiedene Fernmeldenetze, so werden bereits in der nahen Zukunft die Telefonleitungen durch die Digitalisierung nicht nur gesprochene Worte und Fernkopien, sondern auch Texte, Daten und Bilder übermitteln können. Somit wird ein Universalnetz für alle Informationsarten entstehen. Das ist nicht nur billiger, sondern eröffnet auch jedem Telefonkunden die Möglichkeit, die neuen Dienstleistungen ohne zusätzliche Anschlüsse zu nutzen. Die Telefonkunden der Post sind damit schon heute an das Netz der Zukunft angeschlossen.“ (2)

Gründe für den allgemeinen Ausbau der Fernmeldetechnik

Die Gründe für den raschen Ausbau dieser Fernmeldetechnik liegen jedoch nicht hauptsächlich in der Verbesserung und Verbilligung der Fernmeldedienste für die übergroße Mehrheit der privaten Haushalte, sondern in der Unterstützung und Förderung geänderter Produktions- und Betriebs- bzw. Konzernführungstechniken. Prozesse in diese Richtung sind: (3)

1. In der betrieblichen Organisation soll z.B. von der Anlieferung der Vorprodukte über die Produktion, das Rechnungs- und Personalwesen bis zum Vertrieb und Handel der Informations- und Steuerungsfluß vernetzt werden. Der betrieblichen Führungsebene sollen weitgehend sämtliche Planungs-, Steuerungs- und Kontrolldaten für deren Entscheidungen zur Verfügung gestellt werden. Vernetzung bedeutet hierbei, daß Informationen aus einem Teilbereich in ein anderes System automatisch übertragen und in diesem anderen System weiterverarbeitet werden können. Dabei müssen die Systeme integriert sein, d.h. ein empfangendes System muß auch verstehen, was ein sendendes System an Daten überträgt, um sie weiterverarbeiten zu können. So lassen sich jedoch nicht nur betriebliche Systeme vernetzen. Insbesondere in der Automobilindustrie werden solche Verbundsysteme erprobt. Pilotprojekte hierzu werden ebenfalls aus Steuermitteln über das Bundesministerium für Forschung und Technologie



ISDN-Pilot-Ortsvermittlungsstelle in Stuttgart von SEL

(BMFT) gefördert. Solche Verbundsysteme sind beispielsweise: die direkte Anlieferung von Zulieferfirmen (Stichwort: Just-in-time) an das Band, die Steuerung des Absatzes über den Verbund mit den Händlern. Solche konzernweiten Verbundsysteme steuern, planen und kontrollieren selbst den konkreten Einsatz von einzelnen Produktionsstätten und den Einsatz von Arbeitskräften.

2. Durch die Anwendung programmgesteuerter Maschinen und Anlagen sowie deren Vernetzung soll die Produktion flexibler und schneller den Marktbedingungen angepaßt werden können. Programmgesteuert heißt hier, daß eine Maschine nicht allein für die Erstellung eines einzigen Produktes benutzt werden kann und daß die Einrichtung einer Maschine nicht per Hand, sondern über ein Steuerprogramm – die sogenannte Software – vorgenommen wird. Auf solche Weise kann von der bisherigen Massenproduktion recht flexibel auf eine Variantenvielfalt umgestiegen werden. Vernetzung bedeutet hierbei, daß die verschiedenen Maschinen oder Anlagen zusammenwirken, daß Steuerdaten „von außen“ einfließen und daß Prozeßdaten zur Kontrolle an eine Steuerzentrale zurückfließen und dort eventuell für andere Zwecke weiterverarbeitet werden können.

3. International sollen die Kommunikationstechniken z.B. zwischen einer Muttergesellschaft und den Konzerntöchtern in Übersee verbessert werden. Dies betrifft aber nicht nur konzerninterne Strukturen, auch der Informations- und Datenfluß zwischen Regierungsverwaltungen, z.B.

innerhalb der EG, zwischen international wirkenden Zulieferern (z.B. von Rohstoffen) oder ein Verbund zwischen Textilienherstellern und Kaufhauskonzernen zählt hierzu. Durch die Unterschiedlichkeit der benutzten Computeranlagen und -systeme sind allgemein verbindliche Normen und Standards erforderlich. Dies ist etwa grob vergleichbar mit dem Problem, daß der Stecker eines Rasierapparates auch in Italien in eine Steckdose paßt. Aber daß Informationen empfangen werden können – im Beispiel, daß die Steckdose paßt und Spannung da ist –, reicht allein nicht aus, sondern die Informationen müssen in der richtigen Form vorliegen – vergleichbar, daß 220 Volt Wechselspannung nötig sind.

Die bisherigen Ausführungen sollten verdeutlichen, daß mit Hilfe der Informations-, Kommunikations- und Fertigungstechniken ein neuer Rationalisierungstyp möglich ist. „Nicht mehr die Steigerung der Leistungsfähigkeit begrenzter Teilprozesse, sondern die Optimierung der Gesamtabläufe unter Einbeziehung außerbetrieblicher Produktions-, Liefer- und Distributions- (Verteilungs-)bereiche kennzeichnen diesen neuen Rationalisierungstyp ... Die mit der Technisierung einhergehende höhere Fixkapitalbelastung drängt die Betriebe noch stärker zu weiteren Flexibilisierungsmaßnahmen, die auf die bessere Nutzung des eingesetzten Kapitals ausgerichtet sind. Maßnahmen zur höheren Kapitalauslastung, Verkürzung der Durchlaufzeiten, kontinuierliche Betriebsmittelnutzung, Mehrschichtbetrieb usw. sind Ausdruck

dieser Strategien“. Und: „neben der Strategie der besseren Nutzung des Fixkapitals wird mit Hilfe von just-in-time-Produktion und Logistik(Steuerung)-Konzepten auch eine Einsparung des Umlaufkapitals angestrebt.“ (3)

Warum setzen die Post und die Konzerne auf ISDN?

Die Deutsche Bundespost und die Computerindustrie haben nach ihren heutigen Aussagen zur rechten Zeit auf das richtige Pferd – ISDN – ge-

setzt. Sie erwarten sich davon eine Spitzenstellung „deutscher Produkte“ insbesondere auf dem europäischen, aber auch auf dem internationalen Markt. Dieser Marktvorsprung soll auch der gesamten Wirtschaft zugute kommen. In einer Broschüre der Fir-

Die bestehende Fernmeldeinfrastruktur der Deutschen Bundespost

Fernmeldenetze wie z.B. das Telefonnetz darf in der BRD außerhalb privater Grundstücke nur die Bundespost errichten, d.h. Leitungen verlegen und betreiben, Telefonvermittlungen einrichten darf nur die Post. Die Bundespost hat auch noch weitgehend das sogenannte Endgerätemonopol, d.h. daß Telefonapparate – ein Endgerät im Telefonnetz – nur über die Post zu erhalten ist, oder daß Netzanschlußgeräte wie z.B. ein Modem, das digitale Computersignale in akustische Signale umwandelt bzw. wieder rückwandelt, um sie über das bestehende Telefonnetz senden zu können. Eine Ausnahme hiervon sind z.B. die sogenannten Akustikkoppler. Auch Endgeräte wie Computer müssen von der Post eine Erlaubnis für den Anschluß an ein Fernmeldenetz haben.

Neben diesem Postmonopol sowie dem Monopol auf das Leitungs- und Vermittlungsnetz (z.B. Ortsvermittlungen, Fernvermittlungen zwischen Ortsnetzen und Vermittlungen ins Ausland) bietet die Post sogenannte Dienste an. Über das Telefonnetz sind dies: das Telefonieren, Bildschirmtext und langsame Datenübertragung; über das eigenständige IDN-Netz: Fernschreiben (Telex und Teletex), Fernkopieren (Telefax) und schnelle Datenübertragung (Datex-L (Leitungsvermittelt) und Datex-P (pa-

ketvermittelt)).

Schließlich wäre noch das Kabelfernsehen und -hörfunk oder solche Versuchsprojekte für Videokonferenzen und Bildtelefondienste zu nennen. Neben diesen Diensten ist die Post noch für die Gebührenstruktur und die teilnehmerbezogene Gebührenabrechnung zuständig.

Das IDN-Netz

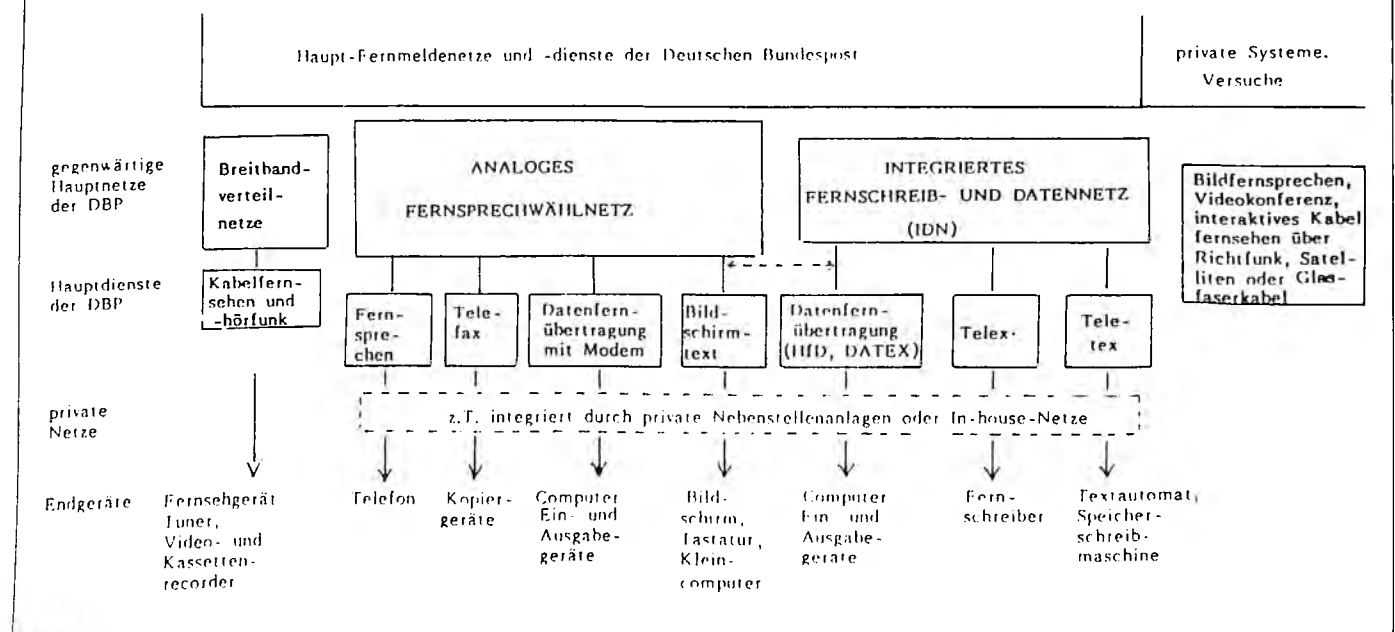
Auf der Basis der Telefonnetzkabel wurden durch den Einsatz elektronischer computer-gesteuerter Vermittlungsstellen seit 1967 das digitale integrierte Fernschreib- und Datennetz (IDN – Integrated Digital Network) aufgebaut. Sein Vorläufer war das Fernschreibnetz (Telexnetz). Das Netz dient in erster Linie der schnellen Datenübertragung. Daher wurden auch die Datenübertragungsgeschwindigkeiten ständig erhöht. Neben Telex wird seit 1982 der zusätzliche Dienst Bürofern schreiben (Teletex, ein verbessertes Telex) möglich. Seit 1984 wird auch das Fernkopieren (Telefax) angeboten. Eine DIN-A-4-Seite, egal ob Text, eine Zeichnung oder ein Bild, kann in weniger als einer Minute übertragen werden. Als Hauptformen der vermittelten Datenfernübertragung dienen Datex-L und Datex-P. Datex steht als Kunstwort-Kurzbegriff für *Data Exchange* (Datenaustausch), „L“ – für die Form der direkten Lei-

tungsvermittlung zwischen zwei Teilnehmern und „P“ für die Form der Paket-Vermittlung ohne direkte Leitungsvermittlung. Im Verhältnis zur Teilnehmerzahl des Telefonnetzes beträgt die Teilnehmerzahl im IDN-Netz nur 2% davon (ca. 400000 bis 500000).

Allerdings sind die Gebühren für dieses Netz im Gegensatz zu den Telefongebühren, nicht kostendeckend. Nach Angaben des Bundespostministeriums liegt die Kostendeckung für Datex-L bei 39%, für Datex-P bei 35%. (6)

Glasfaserverkabelung

„In dem geplanten ISDN können unter Nutzung der Kupferdrähte des gegenwärtigen Fernsprechnetzes alle Nachrichtenformen mit Ausnahme von Bewegbildern in Farbfernsehqualität übertragen und vermittelt werden. Wenn Fernmeldedienste, die auf der Vermittlung bewegter Bilder basieren, in das Fernsprechnet integriert werden sollen, so müssen die Kupferdrähte, die heute von jedem Fernsprechananschluß zu den Ortsvermittlungsstellen und von diesen zu den Fernvermittlungsstellen führen, durch neue Kabel ersetzt werden, die eine entsprechend hohe Übertragungsgeschwindigkeit erlauben. Die fernmeldetechnische Industrie und die Deutsche Bundespost halten dazu Glasfaserkabel für besonders geeignet.“ (12) Die Neuverlegung aller Kabel erfordert Investitionen von ca. 300 Mrd. DM.



ma SEL wird dieser Tatbestand in recht euphorischen Tönen beschrieben: „Mit der Digitalisierung der Vermittlungsstellen, der Übertragungswege und der bevorstehenden Einführung eines neuen Signalisierungssystems hat eine neue Ära wirtschaftlicherer und leistungsfähigerer Kommunikation begonnen, die die Wettbewerbsfähigkeit nahezu aller Branchen in den nächsten Jahrzehnten nachhaltig verbessern wird. Wir in der Bundesrepublik Deutschland haben dank des Weitblicks der Deutschen Bundespost, dem starken Engagement des CCITT und der deutschen Fernmeldeindustrie die Chancen eines dienstintegrierten digitalen Netzes frühzeitig erkannt und verfügen über hervorragende Voraussetzungen, sie auch zu nutzen.“ (4)

Auf dem 3. Deutschen Anwendersymposium zu ISDN werden weitere Gründe für die Einführung des ISDN im Gegensatz zum Ausbau der bestehenden Telefon- und Datennetze genannt: die heutigen Spezialnetze für die Datenübertragung sind für die Firmen kostenintensiver; mit dem Aufbau eines Universalnetzes erhöhen sich die möglichen Kommunikationsverbindungen – quantitativ wie vom Diensteeinsatz – enorm, und langfristig wird ein unerschöpflicher Markt für die Endgeräteproduzenten gesehen, wenn erst einmal das Netz aufgebaut ist und dessen Nutzung sich in den Betrieben und Verwaltungen durchgesetzt hat. Vergleichende Vorstellungen mit der Durchsetzung des Telefons oder des Autos – wie im heutigen Maßstab – sind bei diesen Überlegungen sicher nicht zu hoch gegriffen. „Das Angebot von Telekommunikationsdiensten setzt geeignete, dem Bedarf entsprechend ausgebaute Fernmeldenetze voraus. So haben sich in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Netze entwickelt, die hinsichtlich ihrer technischen Gestaltung und ihrer Struktur auf die Bedürfnisse der einzelnen Telekommunikationsdienste optimiert sind. Mit zunehmender Spezialisierung der Netze sinkt jedoch die Anzahl der potentiellen Kunden am jeweiligen Netz. Aus den Infrastrukturaufgaben Flächendeckung und Tarifeinheit im Raum resultieren hohe Aufwendungen für Ausbau und Unterhaltung des Netzes und damit hohe Gebühren für die Nutzer. Aufbauend auf der Mikroelektronik können heute die Darstellung und die Übertragung unterschiedlicher, d.h. analoger und digitaler Informationsarten (Sprache, Text, Daten, Bild) mit einer einheitlichen Technologie erfolgen. Damit wird der Weg frei zum Aufbau eines universellen Kommunikationsnetzes, dem ISDN. Das ISDN stellt durchgehende digitale Verbindungswege von Teilnehmer zu Teilnehmer bereit. Damit wird die Mög-

lichkeit geschaffen, eine große Vielfalt unterschiedlicher Dienste und Anwendungen über dieses Netz abzuwickeln...

In den Anfangsjahren des ISDN wird im wesentlichen die geschäftliche Nutzung im Vordergrund stehen und vor allem der Nicht-Sprachkommunikation werden durch die relativ schnell verfügbare Flächendeckung der Netzinfrastruktur und günstigere Tarife ungeahnte Entwicklungschancen geboten. Diesen Kommunikationsarten wird zweifellos in Volkswirtschaft und Gesellschaft ähnliche infrastrukturelle Bedeutung zukommen, wie wir sie heute vom Telefon her gewohnt sind. Das verstärkte Vordringen der Informations- und Kommunikationstechnik an den Arbeitsplatz, das durch das ISDN besonders begünstigt wird, wird zu einer Wand-

lung in der Nutzung dieser bisher nur Spezialisten vorbehaltenen Informationsmittel führen und diesen Prozeß erheblich beschleunigen. Mit dem Vordringen dieser Kommunikationsarten in die Arbeitswelt wird ihre Nutzung nach und nach Allgemeingut werden und – ähnlich wie die Entwicklung beim Telefon – langfristig auch mehr und mehr in den privaten Bereich Einzug halten. Diese Entwicklung wird umso mehr beschleunigt werden, je schneller preisgünstige, auch für den privaten Haushalt erschwingliche Endgeräte am Markt angeboten werden. Auf diese Weise werden sich bestimmte Kommunikationsformen herausbilden, die sich besonderer Akzeptanz erfreuen und sich Massen Anwendungen entwickeln lassen.“ (5)

*

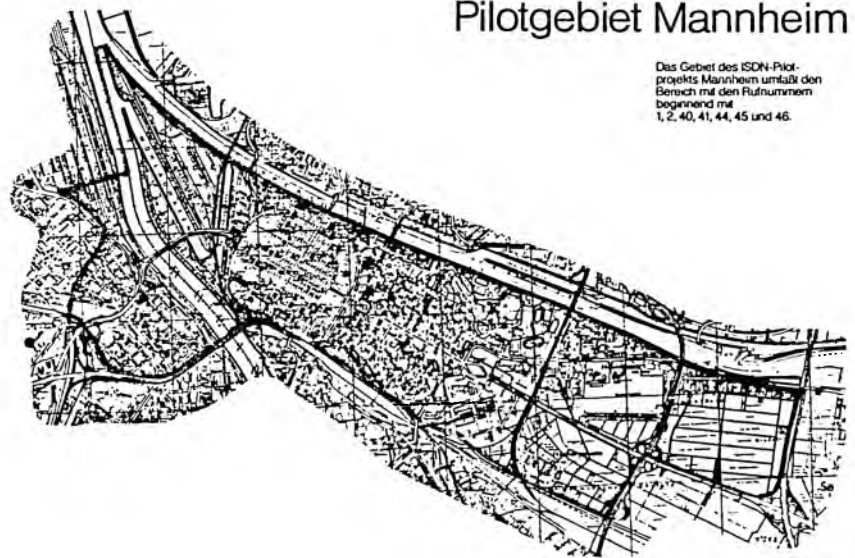
ISDN-Gebühren: Die Wirtschaft profitiert, von den privaten Haushalten wird's geholt

Die Deutsche Bundespost hat die ISDN-Tarife nach zwei Grundsätzen festgelegt. Zum einen sollen die ISDN-Tarife in der Höhe und Struktur den heutigen Fernsprechtarifen entsprechen. Zum anderen sollen die ISDN-Tarife unabhängig vom benutzten Dienst sein, also dasselbe kosten, egal ob telefoniert oder eine Fernkopie übertragen wird. Das bedeutet in aller Regel, daß für die Wirtschaft sowohl die erforderlichen Gebühren für den Erstanschluß wie auch die laufenden Gebühren gegenüber den jetzt zu zahlenden Gebühren für die einzelnen Dienste (sowohl im Telefonnetz wie im IDN-Netz) bedeutend geringer werden. Als Maßzahl für solche Vergleich ist die niedrigste Informationseinheit (das „bit“) von Bedeutung, die übertragen werden soll. Da die ISDN-Dienste alle wie heute das Fernsprechen tarifiert werden, bedeutet dies für die Übertragung von 1000 bit im ISDN im Vergleich zum Datex-L (4800 bit/sec) eine Kostensenkung von 0,49 Pfennig auf 0,03 Pfennig. Zusätzlich sind als neueste Vorhaben von der Bundespost die Senkung der Telefon-Ferntarife und im Gegenzug die Erhöhung der Nahtarifgebühren bekannt geworden. Also ähnliche Entwicklungen in der Preisstruktur wie bei Energiegebühren sollen die Kapitalisten von ihren zunehmenden Informationsbedarf entlasten und die privaten Haushalten sollen noch mehr zu Kasse gebeten werden.

„Als überaus attraktiv kann die

Festlegung gelten, daß für die Nutzung der einzelnen ISDN-Verbindungen die gleichen Sätze gelten wie für die herkömmlichen Telefongebühren, also 0,23 DM pro Einheit. Damit wird es erheblich preisgünstiger, Informationen in Form von Daten oder Texten zu transportieren, als durch das gesprochene Wort. Im Vergleich zu den Datex-Diensten ergeben sich Preisvergünstigungen, die um so höher ausfallen, je mehr Daten transportiert werden sollen... Auch hieran ist eine Orientierung auf DV-Großkunden ablesbar.

Die neue Telekommunikationsordnung (TKO) soll außerdem eine Reihe von Vergünstigungen bringen. So wird die monatliche Grundgebühr beim Telefon – gegenwärtig 27 DM – ab 1988 aufgesplittet. Für den Netzanschluß sollen danach künftig 24,60 DM und für den Anschluß eines Standard-Telefonapparats 2,40 DM erhoben werden. Dies soll... zu „mehr Gebührengerechtigkeit“ führen, bevorzugt aber eindeutig jene Großkunden, die über umfangreiche Nebenstellenanlagen verfügen, da diese in Zukunft 2,40 DM je Amtsleitung sparen. Parallel dazu will das Bundespostministerium auf den bislang üblichen „Systemzuschlag“ bei Nebenstellenanlagen verzichten, da mit der Digitalisierung des Netzes seither erforderliche „übertragungstechnische Aufwendungen“ entfallen würden, ein Gebührenaufschlag von immerhin 260 Mio. DM bis 1990 wird dafür in Kauf genommen...“ (13)



Das Gebiet des ISDN-Pilotprojekts Mannheim umfaßt den Bereich mit den Rufnummern beginnend mit 1, 2, 40, 41, 44, 45 und 46.

Bild links: „Ein Mehrzweck-Telefon wird ... auf dem Diensttisch des Oberbürgermeisters stehen. Peter Rinklef (rechts), Leiter des Mannheimer Fernmeldeamtes, überreicht ihm ... den Apparat. Damit kann Gerhard Widder (links) zwei Dienste der Post gleichzeitig benutzen: Während er zum Beispiel telefoniert, kann er zum Beispiel Skizzen oder Tabellen übermitteln beziehungsweise empfangen ... Außer 50 ISDN-Geräten bei der Post stehen 350 Apparate in der Quadratestadt (siehe Skizze des Pilotgebietes Mannheim, d. Verf.) ... Widder zeigt sich erfreut, daß Mannheim mit ISDN eine Vorreiterrolle übernimmt. Die neue Technik trage dazu bei, den nötigen Wandel in der Wirtschaftsstruktur der Stadt voranzubringen. Die Firmen müßten mit dem Einsatz dieser Technik neue Wege der strategischen Unternehmensführung beschreiten.“ (aus: Mannheimer Morgen vom 5./6. Dezember 1987)

Die Kapitalisten betreiben die Zerschlagung des Monopols der Deutschen Bundespost

Damit die von den Kapitalisten geplanten Zusammenschlüsse der betrieblichen Informations-, Kommunikations- und Fertigungstechniken errichtet werden können, bedarf es Verbindungsnetze zwischen den Anlagen. Außerhalb der einzelnen Firmen werden diese von der Bundespost zur Verfügung gestellt und betrieben.

Unter Umrechnung von Teilkräften auf Vollkräfte hatte die Post 1984 480823 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, davon 273130 im Postwesen und 207693 im Fernmeldewesen. 1984 erwirtschaftete sie Gesamterträge in Höhe von 48486 Mio. DM und tätigte 1986 Bruttoinvestitionen über 18,1 Mrd. DM (7). Damit ist die Bundespost eines der größten Unternehmen in der BRD und der größte Investor. Mit dem rechtlichen und faktischen Monopol bei der Installation und Verwaltung der Verteilnetze, bei den Dienste, welche auf diesen Netzen angeboten werden dürfen, und bei der Zulassung der Endgeräte, welche an diese Netze angeschlossen werden dürfen, verfügt sie über ein immenses Machtpotential gegenüber den Nachfragern nach Dienstleistungen dieser Netze.

Die hohe Konzentration von Beschäftigten in einem Betrieb begünstigt auch die Vertretung und den Zusammenschluß für die Interessen der Werktätigen. Auf örtlicher, bezirklicher und bundesweiter Ebene gibt es

Personalvertretungen. Die Deutsche Postgewerkschaft verzeichnet einen hohen Organisationsgrad und war z.B. die erste Gewerkschaft, die durch Streik die Anrechnung von Schichtarbeit auf Freizeit erkämpfen konnte. Das Bestehen einer Gegenmacht von Seiten der Beschäftigten hemmt das freie Wirken von Rationalisierungs- und Flexibilisierungsinstrumenten.

Die in den vorangegangenen Abschnitten geschilderten Aspekte wirken sich für die Kapitalisten auch nachteilig aus. Die Machtstellung der Bundespost gegenüber den nachfragenden Kapitalisten verzögert die rasche Umsetzung der Anforderungen der Industrie in Angebote der Bundespost. Das Postmonopol macht den freien Unternehmer unmöglich, der Nachfragenischen am Markt erkennt und ein entsprechendes Angebot erstellt. Gewerkschaftliche Interessenvertretung behindert die Intensivierung der Arbeitsethik und Erhöhung der Arbeitsleistung.

Dies treibt die Kapitalisten zu der Forderung nach Aufhebung des Monopols der Bundespost, dem Erlauben von konkurrierenden Dienstleistungen, wie sie in dem Gutachten der Fernmeldekommision und einer Broschüre des BDI zum Ausdruck kommen:

Die Bundespost soll zweigeteilt werden, in eine „gelbe Post“ und eine „Telekom“ für das Fernmeldewesen.

Die Telekom behält das Netzmonopol, „solange sie Mietleitungen zu angemessenen und wettbewerbsfähigen Bedingungen entsprechend dem qualitativen und quantitativen Bedarf überläßt.“ (8) Alle drei Jahre soll die Erfüllung dieser Auflage kontrolliert und bei Verstoß das Netzmonopol beseitigt werden.

Die Telekom behält das Monopol am Telefondienst. Alle anderen Dienstleistungen der Telekommunikation sollen im Wettbewerb angeboten werden. „Jeder Nachfrager soll einen Rechtsanspruch auf Überlassung von Mietleitungen erhalten.“ (8) Die Preise für von der Telekom erbrachte Dienste sollen sich streng an den durch entstandenen Kosten ausrichten. „Die Unternehmensbereiche ... sind so zu behandeln, daß die Übertragung von Monopolgewinnen in den Wettbewerbsbereich verhindert wird.“ (8) Soweit besteht Einigkeit. Der BDI fordert darüberhinaus noch, daß auch das Monopol auf die Bereitstellung von Verteilnetzen sowie auf das Telefonnetz beseitigt wird (9).

Welche Vorteile sich die Kapitalisten von der Zerschlagung des Postmonopols versprechen, läßt sich am besten daran erkennen, wie von Großbritannien, wo die dortige Post seit 1983 vollständig privatisiert ist, geschwärmt wird:

„Für den Bereich der Telekommunikation wurde eine neue unternehmenspolitisch orientierte Entwicklung angestrebt, um den technologischen Veränderungen und der dafür notwendig gehaltenen Innovation Rechnung zu tragen. (S. 51) ... Mit der Öffnung

des Wettbewerbs und der zusätzlichen Privatisierung hat sich bei British Telecom eine weitgehende Mentalitätsänderung und ein neues Selbstbewußtsein eingestellt. Während früher eine enge Bindung an das öffentliche Dienstrecht und an den Staatshaushalt bestand, können nun marktgerechte Gehälter ... bezahlt werden. (S. 54) ... 1980 verfügte British Telecom über eine Belegschaft von 250000 Mitarbeitern, die jährlich um 5000 stieg. Dabei bestand eine Warteliste für eine Viertelmillion Hauptanschlüsse. Fünf Jahre später wurde eine verdoppelte Verkehrsumfang mit 10% weniger Personal abgewickelt. (S. 54)“ (10) „Im de-

regulierten Ausland kann man ... eine deutliche Abkehr von beamtenmäßiger Administration hin zu unternehmerischer Mentalität erkennen. (S. 12)“ (11)

Ausführlich wird in den Stellungnahmen zur Aufhebung des Postmonopols dargelegt, wie durch Zulassung von Konkurrenz eine schnellere Markteinführung von neuen technischen Entwicklungen möglich sei und darüberhinaus sich marktgerechtere Preise bilden könnten. Ein immer wiederkehrendes Beispiel sind die Telefon-Fernstarife, welche im Verhältnis zu den Ortstarifen deutlich überhöht seien.

Postgewerkschaft gegen Privatisierung der Bundespost

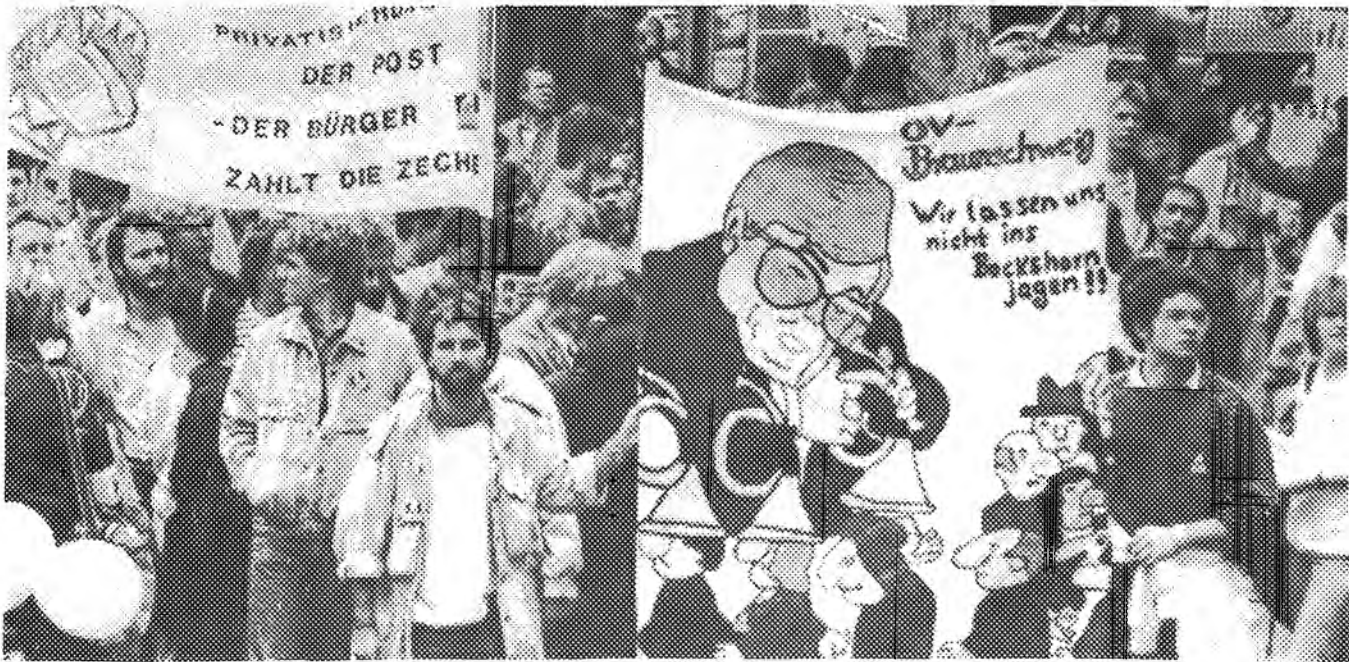
Im Oktober 1986 eröffnete die DPG mit einer bundesweiten Demonstration mit ca. 20000 Postbeschäftigten in Köln ihre Kampagne „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“. Seitdem sind in vielen Städten Aktionen, Stände, Unterschriftensammlungen, Menschenketten, Autokonvois und Demonstrationen durchgeführt worden. Höhepunkt dieser Kampagne war bisher die Verteilung der „bürgerpost“ am 18. November 1987. Bundesweit wurden über 16 Mio. Flugblätter an die Bevölkerung verteilt. Im September 1987 verabschiedeten der Hauptvorstand und Gewerkschaftsrat der DPG die „Dortmunder Erklärung“ gegen die Empfehlungen zur „Neuordnung der Telekommunikation“. Die Empfehlungen der Regierungskommission „gehen an wesentlichen Interessen der Bürger als Arbeitnehmer und Verbraucher vorbei. Die Kommissionsmehrheit formuliert

stattdessen mit ihren Empfehlungen einseitig die Interessen weniger Großanwender und multinationaler Konzerne und verfolgt direkt oder indirekt eine bürger- und arbeitnehmerfeindliche Privatisierungspolitik.“ Die Beschäftigten sind für die Kommissionsmehrheit „offensichtlich eine Restgröße, so werden sie jedoch dort interessant, wo sie als Kostenfaktor eine Rolle spielen: Ein verschärfter Rationalisierungsdruck durch Wettbewerb wird ausdrücklich befürwortet ... Zusätzlich soll ein verstärktes Konkurrenzverhalten ... durch flexible Gestaltung von Stellenobergrenzen und Belohnungsverfahren angeheizt werden.“

„Die Vorschläge, das Post- und Fernmeldewesen zu trennen, würden die aus volkswirtschaftlichen, sozialstaatlichen und politischen Gründen unverzichtbaren Leistungen des Postwesens aufs höchste gefährden. Es drohen eine massive Verschlechterung

des Service, dramatische Gebührenerhöhungen, die Vernichtung von Arbeitsplätzen.“ (14)

Quellen: (1) Herbert Kubicek, Politik für multinationale Konzerne?, in: T. Klebe/S. Roth (Hrsg.), Informationen ohne Grenzen, VSA, 1987 und Zeitschrift „ISDN report“ 12/87; (2) Informationsblatt der Bundespost: ISDN – Telekommunikation von morgen, Oktober 1987; (3) T. Klebe/S. Roth, Globaler EDV-Einsatz und neue Machtstrukturen, in: Informationen ohne Grenzen (s.o.); (4) Standard Elektrik Lorentz AG (Hrsg.), Digitalisierung des Fernsprechnetzes eröffnet neue Wege, 3. Auflage 1987; (5) Dipl.-Ing. Karl Thomas (Ministerialdirigent Abteilung Fernsprechnet/-dienst, ISDN Deutsche Bundespost), Das Dienstkonzept der Deutschen Bundespost im ISDN, in: ISDN – An der Schwelle zum Universalnetz, 3. Deutsches Anwender-Symposium, Congress Report 87; (6) H. Kubicek/A. Rolf, Mikropolis, VSA 1985; (7) Betz/Ebinger/Görgens/Holzer, Die Post im Griff der Konzerne I; (8) Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen, Neuordnung der Telekommunikation; (9) Bundesverband der Deutschen Industrie, Telekommunikation – Technologische, ökonomische und ordnungspolitische Herausforderungen; (10) siehe (8); (11) Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung – Kronberger Kreis, Mehr Markt in der Telekommunikation; (12) Kubicek/Rolf, Mikropolis, S. 210/211; (13) Betz/Ebinger/Goergens/Holzer, Die Post im Griff der Konzerne – Teil 2, Seite 33/34; (14) Gekürzter Nachdruck aus Nachrichten – Analysen – Mitteilungen Nr. 3/88 der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik, die Zitate stammen aus der „Dortmunder Erklärung“ der DPG



20000 demonstrierten in Köln gegen die Privatisierungspläne der Reaktion.



AIDS: Ein Jahr Regierungsbilanz

Vor einem Jahr einigten sich die Regierungsparteien auf eine großangelegte Hetzkampagne in Sachen AIDS. Das Ziel war, über die gesellschaftlichen Ursachen der Krankheit Desinformationen auszustreuen und zugleich Handhaben zu schaffen, um eine systematische Entrechtung und Isolierung aller an AIDS-Erkrankten

und angeblich oder wirklich Ansteckungs-Gefährdeten zu erzielen. Knapp ein Jahr später verschärft die Regierung ihre Propaganda, startet die „Bild“-Zeitung unter Beihilfe von CSU-Gauweiler eine neue Serie über AIDS, liegt der bayerische AIDS-Gesetzentwurf im Bundesrat. Welche praktischen und ideologischen Wirkungen hat die Regierungskoalition nach einjährigem Wirken erzielt?

USA: Wieder konkurrenzfähig durch jahrelange Lohnsenkung

Durch ständige Senkung des Reallohns und mit Hilfe des niedrigen Dollars haben die US-Kapitalisten ihre Lohnkosten unter das Niveau einiger europäischer Konkurrenten gedrückt. Der Druck auf den Lohn fängt unten an: Seit 1981 ist der Minimallohn, der Standard für Niedrigstlöhne, nicht mehr erhöht worden. Wer dafür nicht arbeiten will, dem wird das Heer der Obdachlosen täglich vor Augen geführt. Wenn der Lohn von Mann und Frau nicht reicht zur Bezahlung der Schulden, der Einzelhandel und die Fast-Food-Ketten bieten billige Zweitjobs, Teilzeitarbeit zu jeder Tages- und Nachtzeit, sieben Tage die Woche.



Gauweiler – für die CSU typisch?

Mit 32 Jahren wird er – Gauweiler – Kreisverwaltungsreferent der Stadt München und macht sich bald als bourgeoiser Recht-&Ordnungs-Fanatiker unbeliebt. Heute als Staatssekretär im Innenministerium der bayerischen CSU-Regierung ist er neben F.J. Strauß einer der profiliertesten bayerischen Politiker. Der Aids-Maßnah-

menkatalog und die polizeiliche Unterdrückung des Widerstands gegen imperialistische Großprojekte lassen seine Handschrift erkennen. Auf christliche Traditionen und auf demokratische Grundsätze kann sich dieser CSU-Politiker nicht berufen. Die Menschenverachtung ist so deutlich sichtbar, daß der Widerstand, den seine Politik hervorbringt, bis weit in kirchliche Kreise reicht.

Mit Lebensschutzkampagne umgarnt und spaltet Späth § 218-Gegner

Im Januar hat die Landesregierung von Baden-Württemberg beschlossen, zwei Millionen Mark in eine Kampagne „Für das ungeborene Leben“ zu stecken. Das „ungeborene Kind“ ist für diese Lebensschützer Vorwand, um tief in das Leben schwangerer Frauen einzugreifen, die Werbung für das „werdende Leben“ verdeckt den Zwang, daß Schwangerschaften um jeden Preis auszutragen seien, die Frau soll hinsichtlich der Schwangerschaft ihre willentliche Entscheidung an den Staat abtreten. So soll, wer ein Kind nicht großziehen kann, es zur Adoption freigeben. Dieser ideologische Angriff begleitet Verschärfungen der Beratungsrichtlinien und Ausführungsbestimmungen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie, 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront, 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe – Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe, 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen, 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144 393500. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft-Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-R, KG (NHT), PA, VSP